Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telephon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Zwingerstraße 21. Telephon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ¼10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 213. | Dresden, Mittwoch den 15. September 1909. | 20. Jahrg.

Vom Parteitag.

Leipzig, 14. September.

Am Morgen des zweiten Verhandlungstages konnten wir uch unsern August Bebel mit stürmischer Freude in unserer Mitte begrüßen.

Die Verhandlungen des ganzen heutigen Tages wurden usgefüllt durch die Debatte über den Rechenschaftsbericht er Fraktion, und noch sind 22 Redner eingezeichnet, die orgen sprechen wollen. Außer einigen kleineren Beschwerden und ner Anregung seitens der Arbeiter in den seemännischen Be- ufen wurde ausschließlich über die Haltung unserer Fraktion zur rbschaftssteuer debattiert. Die Haltung unserer Fraktionährend der Beratung des Gesetzentwurfs im Reichstage wurde allgemeinen von allen Rednern gebilligt. Wenn auch einige nossen ein Vorgehen mit schärferen Mitteln forderten, so onnten sie doch nicht sagen, welche Mittel das sein sollten und ie sie hätten angewandt werden können.

Zu einer Abstimmung über die Erbschaftssteuer in dritter esung ist es bekanntlich nicht gekommen, weil es dem Schnaps- ock gelang, sie schon in der zweiten Lesung völlig zu Fall zu ringen. Infolgedessen ist ein sachliches und konkretes Urteil dar- er, ob die Fraktion mit der Zustimmung oder Ablehnung besser andelt hätte, gar nicht möglich. Je nach den verschiedenen abelen politischer Konstellation, die die Finanzreform in ihrer wechsel- d qualvollen Geburtsperiode durchlaufen hat, muß das Urteil ders ausfallen: solange die Regierungserklärung feststand, daß ohne bschaftssteuer keine Finanzreform zustande kommen dürfe, waren edenken gegen eine Zustimmung unserer Fraktion zu dieser ekten Steuer berechtigt. Sobald aber klar war, daß der Bundes- sich mit dem Geschenk der gestundeten Matrikularbeiträge machvoll kaufen ließ und bereit war, jeder Steuer zuzu- mmen, schwand die Befürchtung, daß die Annahme der Erb- aftssteuer zur Bewilligung der 400 Millionen Raubsteuern m Volke mithelfen könne. So entbehrt die allgemeine Er- erung darüber, ob die Fraktion Ja oder Nein hätte sagen müssen, festen Untergrundes. Bisher hat auch niemand den Mut ge- t, eine Resolution vorzuschlagen, die der Fraktion für die kunft eine Bindung für ihre Haltung zu direkten Steuern gibt. rnach ist auch ein unmittelbares Resultat der Debatte kaum zu arten. Wenn nicht einige Genossen durch Indiskretionen aus vertraulichen Besprechungen der Reichstagsfraktion die Aus- anderseßung herbeigeführt hätten, wäre sie zweifellos im In- esse der Partei und ihrer Agitationskraft besser unterblieben. t bleibt uns nur übrig, den theoretischen und erzieherischen rt der Debatte herauszuziehen.

Unser Parteiprogramm fordert prinzipiell progressive Ein- mmen- und Vermögenssteuern und Reichserbschaftssteuern, ab- ufst nach dem Grade der Verwandtschaft und der Höhe des rbteils. Diese Forderung gilt für den kapitalistischen Gegen- artsstaat; denn in einer zukünftigen sozialistischen Gesellschafts- dnung ist für Kapitalvermögen und Millionenerbschaften natürlich in Raum. Prinzipiell hat also die Fraktion und die Partei en direkten Reichssteuern zuzustimmen — wenn nicht besondere mstände eine Ablehnung gebieten.

Einen solchen besonderen Umstand wollte Genosse Hoch rin sehen, daß die Erbschaftssteuer das Sprungbrett zu den direkten Steuern sei. Für die letzte Phase des Kampfes um die Reichs . . . . . trifft das aber in keiner Weise zu. bwohl die Erbschaftssteuer abgelehnt worden ist, sind die in- rekten Steuern von der Schnapsblockmehrheit rasch bewilligt orden. Die Ablehnung der Erbschaftssteuer hat zu keiner Reichstagsauflösung geführt, und es bleibt demnach nur der Schluß, aß die einzige Aussicht zur Erreichung dieses von uns erstrebten Zieles die Annahme der Erbschaftssteuer gewesen äre, nach der vielleicht die Pfaffen und Junker Schwierigkeiten ei den indirekten Steuern gemacht hätten. Offenbar meinen die erradikalen Genossen etwas ganz anderes: sie wünschten die ablehnung der Erbschaftssteuer, um den Liberalen und Freisinnigen as Feigenblatt zu entreißen, mit dem sie die Schande ihrer Teil- ahme an der Steuerraubpolitik verdecken wollten. Ein solcher edankengang ist natürlich das Gegenteil einer prinzipiellen nd taktisch geschickten Politik. Genosse Geyer hat gemeint, aß die Anhänger der Erbschaftssteuer nur Wahlpolitik rieben, weil es ganz unbestritten und vom Genossen Singer ls Gegner der Erbschaftssteuer ausdrücklich zugegeben ist, daß ie Zustimmung zur Erbschaftssteuer uns die Agitation in den chwärzesten Gegenden, wo man noch an die Giesberts und eydebrands glaubt, ungemein erleichtert. Wir haben in der at aber nicht den mindesten Grund, einen vernünftigen Schritt nur deshalb nicht zu tun, weil er uns agitatorisch fördert. Wir treiben rinzipielle Programmpolitik und vernünftige Aufklärungspolitik. arum darf die Partei der Enterbten nicht gegen die Steuer auf die reichen Erben sein. Wir hätten dadurch keine indirekte Steuer ver- indert, sondern, wie ja tatsächlich geschehen ist, nur schlechtere Besitz- euern für die Erbschaftssteuer eingetauscht, hätten uns unter Ver- etzung unseres Programms in eine Reihe mit der Triole Junker, ssiff und Schlachtschitze gestellt und den für die Erbschaftssteuer otgedrungen und nur aus Angst vor uns nach langem Sträuben intretenden Liberalen zu einer unverdienten Popularität verholfen. Alle taktischen Einwendungen gegen die Zustimmung zur Erbschafts- euer sind also verkehrt und beweisen gerade, wie nützlich die altung der Fraktion war, die uns die schönen Nachwahlsiege in Landau-Neustadt und Stollberg-Schneeberg eingebracht hat. Mit Recht hat Genosse Ulrich (Offenbach) an seinen jüngsten Kollegen Schöpflin appelliert, der weiß, wie im 19. sächsischen Wahlkreis bereits die Nationalliberalen mit Stadthagens Aeußerungen gegen die Erbschaftssteuer krebsen gingen, und wie sehr unser Votum für die Belastung der Reichen uns gefördert hat.

Ein zweiter Einwand gegen die Absicht der Fraktionsmehrheit, in dritter Lesung für die Erbschaftssteuer zu stimmen, nimmt seine Kraft aus dem in der Tat volksfeindlichen Verwendungszweck des Geldes. Jedoch waren die Ausgaben für Heer und Flotte nun einmal von den bürgerlichen Reichstagsparteien bewilligt, und nur um die Frage der nachträglichen Kostendeckung handelte es sich. Ein bestimmter Verwendungszweck war nicht vorgesehen; es sollte nur einfach die leere Reichskasse aufgefüllt werden. Der Fall liegt hier also noch wesentlich klarer, als bei den Flottenvorlagen, bei denen die Fraktion sich durch Stellung eines besonderen Antrages bereit erklärt hat, die Mittel zu bewilligen, wenn sie — nach Annahme der Vorlage selbst durch die bürgerliche Mehrheit — ausschließlich von den wirklich Reichen genommen würden. Eine Ablehnung direkter Steuern für bereits bewilligte militaristische Ausgaben hieße nur alle Lasten des wahnsinnigen Wettrüstens der Arbeiterklasse auferlegen. Aus bloßem Ueberradikalismus würde die Sozialdemokratie also hier direkt zu einer Mehrbelastung der Arbeiter beitragen. Gerade wegen des Verwendungszwecks müssen wir direkte Reichsteuern bewilligen. Denn je mehr die Bourgeoisie für die Weltpolitik zahlen muß, um so eher wird sie für die Friedenspolitik des Proletariats zugänglich. Zum Beweise dafür, daß die Erbschaftssteuer nichts Sozialistisches sei, verwies Wurm auf die Steuergesetzgebung des kapitalistischen England. Aber daß die englische Bourgeoisie einen Friedens- und Abrüstungsvertrag mit Deutschland will, während Deutschland jede Verhandlung ablehnt, rührt ja eben daher, daß in England auch die Reichen zahlen, während man in Deutschland alle Lasten der großen Politik den Armen aufhalst.

So sprechen alle prinzipiellen und taktischen Gründe dafür, daß die Fraktion auch in dritter Lesung der Erbschaftssteuer zustimmen mußte. Das Hirngespinst einer Obstruktion hat Molkenbuhr verscheucht; an ein Verhindern der ganzen Finanzreform war nicht zu denken, dazu hatte unsre Fraktion nicht die Macht. Naturgemäß konnte sie nicht nachholen, was die Wähler im Jahre 1907 bei der Hottentottenwahl zu ihrem Schaden versäumt hatten. So blieb ihr gar nichts andres übrig — viele Genossen aus den verschiedensten Gegenden des Reiches bestätigen es — als zu versuchen, so viel wie möglich von den neuen Steuern auf die Reichen überzuwälzen. Daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nicht nur agitatorische Anträge stellt, sondern ernsthaft bemüht ist, praktisch zur Hebung der großen Arbeitermasse beizutragen, und daß sie in diesem Streben von der ungeheuren Mehrheit der Genossen unterstützt wird, das hat die heutige Debatte wieder einmal bewiesen und der morgige Tag kann an diesem Ergebnis nichts mehr ändern. Je weiter diese Erkenntnis in das Volk dringt, um so besser wird es für die Partei sein.

Die Steigerung der Produktion in der Landwirtschaft.

Die Agrarier behaupten bekanntlich, die deutsche Landwirtschaft könne in die Lage gebracht werden, den Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten für das Deutsche Reich selbst zu decken. Die natürliche Möglichkeit hierzu hat die Sozialdemokratie noch nie bestritten. „Wenn Deutschland heute Lebensmittel importieren muß“, schreibt Kautsky in seiner Abhandlung über Handelspolitik und Sozialdemokratie, „so ist das eine soziale, nicht eine natürliche Notwendigkeit, eine Notwendigkeit, die nur so lange dauert, wie die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse herrschen.“ * Die natürliche Möglichkeit liegt vor, die Produktivität in der Landwirtschaft so zu steigern, daß Deutschland seinen Bedarf reichlich selbst decken kann, eine entgegengesetzte Anschauung müßte ja auch zur Malthusschen Theorie führen. Denn mit der Entwicklung Amerikas und Afrikas, die infolge der Kolonisation eine sehr rasche ist, läßt der Export von landwirtschaftlichen Produkten aus diesen Erdteilen nach den stark bevölkerten Staaten der „alten Welt“ einmal nach und die von Malthus angekündigte Uebervölkerung würde eintreten, wenn nicht eine Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft entsprechend der Bevölkerungszunahme möglich wäre. Es handelt sich aber auch nicht nur darum, die Bevölkerung ständig ernähren zu können, sondern auch sie immer besser und reichlicher zu ernähren! Eine Zunahme des Wohlstandes hat zur ersten Vorbedingung eine Steigerung der Produktion. In der kapitalistischen Gesellschaft wird nicht produziert, um allen Mitgliedern der Gesellschaft die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zu ermöglichen, sondern um den einzelnen Kapitalisten Reichtümer zu verschaffen. Aber der kapitalistischen Produktion wohnt die Tendenz inne, die Produktivität ständig zu steigern. Und da in der Landwirtschaft ebenfalls die kapitalistische Produktion vorherrscht, so muß sich diese Tendenz auch in der Landwirtschaft zeigen. In der Tat weist die Landwirtschaft auch eine starke Steigerung der Produktivität auf und trotz der Industrialisierung des Landes und des Rückganges der Anbaufläche werden in Deutschland von Jahr zu Jahr ganz bedeutend mehr landwirtschaftliche Produkte erzeugt, und diese Zunahme der Produktivität ist nach der Ansicht vieler Forscher sogar größer als der Bevölkerungszuwachs.

Professor Dr. Karl Ballod (Berlin) legt der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, die vom 27. bis 29. September in Wien stattfindet und sich mit dieser Frage beschäftigen wird, ein gedrucktes Referat über die Produktivität der Landwirtschaft vor, in dem er das Dogma vom abnehmenden Bodenertrage bekämpft und nachzuweisen versucht, daß überall eine Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft stattfindet und eine weitere Steigerung um den doppelten Ertrag bei sinkenden Produktionskosten und also auch bei sinkenden Preisen der landwirtschaftlichen Produkte möglich sei. In Deutschland wurde in den Jahren 1904 bis 1908 eine jährliche Nettoernte an Getreide von 22,43 Millionen Tonnen erzielt gegen 14,87 Millionen Tonnen in den Jahren 1879 bis 1883. Es wurden also nach 30 Jahren rund 7,56 Millionen Tonnen mehr erzielt, und da sich die Anbaufläche für Getreide in dieser Zeit nicht wesentlich verändert hat, so bedeutet dies eine Steigerung der Produktivität um 50 Prozent. In noch erheblicherem Maße ist die Kartoffelernte gestiegen: von rund 15 Millionen Tonnen auf 36 Millionen Tonnen. Das bedeutet eine Gesamtsteigerung der Produktivität der Ackerkultur um mindestens 66 Prozent, während die Bevölkerung in der Zeit von 1880 bis 1905 nur eine Zunahme von etwa 33 Proz. erfahren hat. Nicht ganz so in die Augen fallend ist die Zunahme des Viehstandes. Anfang der sechziger Jahre hatte Deutschland rund 15 Millionen Rinder. Bis zum 10. Januar 1883 war diese Anzahl erst auf 15,79 Millionen angewachsen; bis zum 1. Dezember 1887 auf 18,4 Millionen; am 2. Dezember 1907 betrug sie 20,589 Millionen. In dieser selben Zeit ist freilich auch die Anzahl der Schafe von 28 auf 19,2, 10,9 und 7,68 Millionen zurückgegangen. Aber ganz gewaltig ist die Schweinezucht gestiegen: von 6,46 Millionen in den sechziger Jahren und 9,20 Millionen im Jahre 1893 auf 22,08 Millionen im Jahre 1907. Heute kommen 35,4 Schweine auf 100 Einwohner gegen 17,4 im Jahre 1873. Ballod behauptet ferner, das Lebendgewicht der Rinder habe eine Zunahme von mindestens 20 Prozent erfahren. Nach einer von Dr. Gerlich in der Zeitschrift für Agrarpolitik (Heft 7 und 8) mitgeteilten Statistik des preußischen Landwirtschaftsministeriums kam im Jahre 1907 auf den Kopf der Bevölkerung ein Schlachtgewicht (Fleisch und Fett) des Lebendviehstandes von 91,79 Kilogramm, gegen 80,06 Kilogramm im Jahre 1883. Ballod meint, daß das Ansteigen der Gesamtproduktivität auch in der Viehzucht kaum niedriger veranschlagt werden könne als bei der Ackerkultur. Und da die landwirtschaftliche Bevölkerung seit 1882 nicht gestiegen sei, so habe die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit eine sehr erhebliche Zunahme erfahren.

Nach Delbrücks Berechnungen wäre bekanntlich die Produktion des Brotgetreides in Deutschland im 19. Jahrhundert um 136,74 Prozent, die Bevölkerung um 130 Prozent gewachsen. Ballod berechnet auch eine Verdoppelung der landwirtschaftlichen Produktivität in Frankreich in der Zeit vom Jahre 1820 bis 1905. In einigen Staaten Amerikas soll die landwirtschaftliche Produktivität nach Ballod mindestens viermal so groß sein wie in Deutschland. Diese Steigerung der Produktion wird erzielt durch eine bessere Bearbeitung des Bodens, durch Kunstdünger, landwirtschaftliche Maschinen usw. Durch entsprechende Stickstoffzufuhr kann die Produktion an Getreide, wie Versuche ergaben, noch um das Doppelte gesteigert werden. Eine rationelle Viehzucht ergibt ein immer höheres Schlachtgewicht.

Diese Statistiken sind allerdings nicht ganz zuverlässig. Die statistischen Erhebungen waren früher mangelhaft und viele in der Eigenproduktion erzeugten Produkte mögen statistisch nicht erfaßt worden sein. Aber die große Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wird von keiner Seite bestritten. Und sie ist das beste Argument gegen die agrarische Zollpolitik. Die deutsche Landwirtschaft kann heute den heimischen Bedarf nicht decken, weil nicht nur die Bevölkerung rapide wächst, sondern auch der relative Bedarf an landwirtschaftlichen Produkten, sowohl für die Ernährung als auch zu gewerblichen Zwecken, gestiegen ist. Aber die Schutzzölle erhöhen die Grundrente, sie verteuern dadurch die Produktionskosten und bringen also auch den Landwirten keinen dauernden Vorteil. Die Zölle halten aber auch die Konkurrenz fern, schaffen künstliche Preise und nehmen damit den Anreiz zur Steigerung der Produktivität, die, wie Ballod sehr interessant nachweist, zu einer Verbilligung der Produktion führt. Denn wenn auch die Kunstdüngung Kosten verursache, der Arbeitsaufwand bleibt ja der gleiche und die Produkte stellen sich bei höheren Erträgnissen immer billiger als bei niederen. Da die Produktion von Maschinen und Kunstdünger unbestritten unter das Gesetz der abnehmenden Kosten falle, so sei damit die wirtschaftstechnische Möglichkeit der Verbilligung gegeben. Das gleiche sehen wir ja auch in der Industrie. Denn mit der Steigerung der Produktivität geht überall eine Verbilligung der Produkte und demnach eine Steigerung des Gewinnes der Unternehmer Hand in Hand. In der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität liegt daher auch allein das Heilmittel der Landwirtschaft und die zukünftige Lösung der Ernährungsfrage.

* Siehe: Handelspolitik und Sozialdemokratie. Von Karl Kautsky. Berlin. Verlag Vorwärts 1901. Seite 94.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090915/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1908.

Die Statistik der freien Gewerkschaften über die Arbeitskämpfe im Jahre 1908 zeigt, daß wohl die Unternehmer das Jahr des stärksten wirtschaftlichen Niederganges und der geradezu erschreckenden Arbeitslosigkeit benutzen wollten, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, daß aber auch die Gewerkschaften dank ihres wachsenden Einflusses nicht nur diese beabsichtigten Verschlechterungen erfolgreich zurückweisen, sondern darüber hinaus noch Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreichen konnten. Mit dem im Jahre 1907 einsetzenden wirtschaftlichen Niedergang trat auch zugleich ein Rückschlag in der Zahl der Bewegungen ein. Dieser Rückgang kommt für das Jahr 1908 noch erheblicher zum Ausdruck als im Jahre 1907. Die Zahl der Bewegungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zeigt eine starke Abnahme, während die Zahl der Abwehrkämpfe stieg. Bewegungen mit und ohne Arbeitseinstellung wurden im Berichtsjahre 5837 geführt gegenüber 8058 im Jahre 1907; doch ist die Zahl noch höher als im Jahre 1905, das 5050 Bewegungen aufwies. Von den Bewegungen wurden im Berichtsjahre 15 798 Orte und 49 117 Betriebe mit 742 704 beschäftigten Personen betroffen. Ohne Arbeitseinstellung wurden 63,7 Proz. der Bewegungen für 449 434 beteiligte Personen erledigt. Von diesen ohne Arbeitseinstellung verlaufenden Bewegungen wurden 88,9 Proz. durch erfolgreiche Verhandlungen mit den Unternehmern, 1,7 Proz. durch Zugeständnisse der Unternehmer ohne Verhandlungen und 7,7 Proz. durch Zurückziehen der Forderungen erledigt.

Streiks und Aussperrungen fanden 2230 statt mit 129 883 beteiligten Personen. Im prozentualen Verhältnis der mit oder ohne Arbeitseinstellung verlaufenen Bewegungen zeigt das Jahr 1907 mit dem Berichtsjahre sehr geringe Differenzen, die zu irgendwelchen Schlüssen keine Berechtigung geben. Während 1908 auf friedlichem Wege 63,7 Proz. der Bewegungen endeten, waren es 1907 61,8 Proz.; durch Arbeitseinstellung wurden 1908 26,3 Proz. der Bewegungen erledigt, 1907 38,2 Proz.

Von den gesamten Bewegungen waren erfolgreich: 3025 = 51,8 Proz., teilweise erfolgreich: 1425 = 24,4 Proz., erfolglos: 1183 = 20,33 Proz.

129 Bewegungen waren am Jahresschluß nicht beendet und von 75 Bewegungen blieb der Ausgang unbekannt. Es waren beteiligt: an den erfolgreichen Bewegungen 191 428 Personen = 38,2 Prozent, an den mit teilweisem Erfolg beendeten Bewegungen 217 862 Personen = 37,8 Proz. und an den erfolglosen Bewegungen 146 238 Personen = 25,3 Proz.

Die Gesamtausgabe für die Bewegungen ohne und mit Arbeitseinstellung betrug 4 024 325 M. An den Bewegungen partizipierten 55 Verbände. Keine Bewegungen hatten die Verbände der Bureauangestellten, Friseure, Hoteldiener, Notenstecher und Zivilmusiker.

Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung dienten 3059 mit 401 334 Beteiligten der Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. 548 Bewegungen mit 48 100 Beteiligten wurden veranlaßt durch beabsichtigte Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen seitens der Unternehmer. Die Zahl der Angriffsbewegungen hat sich um 36,3 Proz. und die Zahl der daran beteiligten Personen um 21 Proz. verringert. Dagegen ist die Zahl der Abwehrbewegungen um 106 Proz. gestiegen und die Zahl der daran beteiligten Personen war um 174,7 Proz. gestiegen.

Die Angriffsbewegungen endeten in 54,2 Proz. erfolgreich, in 30,7 Proz. teilweise erfolgreich und in 372 Fällen mit 91 156 Beteiligten erfolglos. Von den 548 Abwehrbewegungen waren 79,8 Prozent erfolgreich, 9,5 teilweise erfolgreich und in 61 Fällen mit 5404 Beteiligten erfolglos.

Der Erfolg der friedlich verlaufenen Bewegungen hat sich im Berichtsjahre noch ungünstiger gestaltet als im Jahre 1907. Immerhin muß berücksichtigt werden, daß die Erfolge dieser Bewegungen auch in diesem Jahre trotz der ungünstigsten wirtschaftlichen Konjunktur außerordentlich große sind, zumal die erfolglosen Bewegungen doch nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Zeigt die Zahl der Streiks und Aussperrungen schon eine Verminderung um 26,5 Proz., so ist die Zahl der daran beteiligten Personen mit 126 883 gar um 54,8 Proz. zurückgegangen. Die Kämpfe hatten also auch einen geringeren Umfang. Die Ausgaben dafür betrugen denn auch nur 4 477 030 M. gegenüber 12 364 082 M. im Jahre 1907. Beachtenswert ist, daß das Bestreben der Verbände, ihre Kämpfe aus eigenen Mitteln zu bestreiten, in den Jahren steigende Tendenz zeigt. Im Jahre 1908 wurden mit 99,2 Proz. fast sämtliche Streikunterstützungen aus den eigenen Mitteln, also ohne Hilfe von außen, des betreffenden Verbandes bestritten. Von den Kämpfen waren Angriffsstreiks: 33,1 Proz. (1907: 58,6 Proz.), Abwehrstreiks 54,4 Proz. (1907: 29,9 Proz.), Aussperrungen 12,5 Proz. (1907: 11,5 Proz.).

Die Erfolge der Kämpfe sind etwas günstiger als im Jahre 1907, sie stehen auch unter dem Durchschnitt der 18 Berichtsjahre. Den größten Anteil an der Zahl der Kämpfe hat das Baugewerbe mit 911 Kämpfen und 29 008 beteiligten Personen, dann folgt die Holzindustrie mit 309 Kämpfen und 15 197 Beteiligten, die Metallindustrie mit 240 Kämpfen weist jedoch mit 34 643 Personen die höchste Beteiligungsziffer auf. Die Bekleidungs- und Lederindustrie weist 163 Kämpfe auf, steht aber mit 24 530 Personen an dritter Stelle der Beteiligungsziffern. Den geringsten Anteil an den Kämpfen hat das graphische Gewerbe mit 26 Kämpfen und 935 Beteiligten.

Beteiligt waren 92 001 männliche und 10 513 weibliche Personen, von denen 83 412 bezw. 5803 gewerkschaftlich organisiert waren. Die Verluste an Arbeitstagen betrugen rund 2 045 000 Tage, an Verdienst nahezu 8 Millionen Mark. —

Die Angriffsstreiks haben mit 678 gegenüber 1635 im Jahre 1907 einen Rückgang von 58,5 Proz. erfahren. Erfolgreich endeten 46,4 Proz., teilweise erfolgreich 25,8 Proz. und erfolglos waren 24,6 Proz. Die Zahlen weisen eine geringe Verschlechterung gegenüber 1907 auf, sie stehen unter dem Durchschnitt der letzten neun Berichtsjahre, sind jedoch noch erheblich günstiger als in den Krisenjahren 1901 und 1902.

Die Abwehrstreiks weisen mit 1117 gegen 834 des Jahres 1907 eine Vermehrung um 33,9 Proz. auf, die Zahl der Beteiligten stieg mit 36 120 Beteiligten jedoch nur um 8,8 Proz. Erfolgreich endeten 47,0 Proz., teilweise erfolgreich 12 Proz., erfolglos 36,7 Prozent. Auch von den Erfolgen der Abwehrstreiks gilt das von den Angriffsstreiks Gesagte. 673 Streiks mit 16 880 Beteiligten mußten um Zurückweisung von Lohnreduktionen geführt werden, die zu 47,7 Proz. erfolgreich und zu 10,5 Proz. teilweise erfolgreich beendet wurden. In 179 Fällen fanden Streiks wegen Maßregelungen statt.

Ueberaus bezeichnend für unsere „herrliche Gesellschaftsordnung" ist es, daß bei der erschreckenden Arbeitslosigkeit des Jahres 1908 noch 37 Streiks geführt werden mußten, um — eine Verlängerung der Arbeitszeit abzuwehren! In 18 Fällen = 48,6 Proz. war es leider nur möglich, solche, allen Vernunftgründen hohnsprechenden Maßnahmen zurückzuweisen. In vier Fällen wurde nur ein teilweiser Erfolg erzielt und in 15 Fällen war die Abwehr der Arbeitszeitverlängerung erfolglos. In 16 Fällen mußte gegen den vom Unternehmer verlangten Austritt aus der Organisation gekämpft werden, die leider den geringsten Erfolg aufzuweisen hatten.

Die Aussperrungen sind ungefähr im gleichen Verhältnis wie die gesamte Zahl der Kämpfe zurückgegangen. Es wurden 257 Aussperrungen mit 60 576 Beteiligten gezählt gegenüber 823 Aussperrungen mit 104 738 Beteiligten im Jahre 1907. Der Zahl der Beteiligten nach sind die Aussperrungen im Jahre 1908 im Verhältnis zu den gesamten Kämpfen erheblich umfangreicher vorgenommen worden als in früheren Jahren. Von den Aussperrungen endeten für die Arbeiter insgesamt 54 = 27,0 Proz. mit 4828 Beteiligten = 8,1 Proz. erfolgreich und 84 Aussperrungen = 32,7 Proz. mit 29 241 Beteiligten = 48,3 Proz. teilweise erfolgreich. Bei den anderen Kämpfen ist der Erfolg der Arbeiter bei den Aussperrungen ungünstiger als in den Vorjahren, jedoch trat auch für die Unternehmer nicht der Erfolg ein, den sie erwarteten.

Die Resultate der Bewegungen insgesamt sind eine Arbeitszeitverkürzung für **59 324 Personen in Höhe von 183 751 Stunden pro Woche und Lohnerhöhungen für 230 541 Personen im Gesamtbetrage von 365 923 M. pro Woche.** Außerdem wurden noch für 175 087 Personen sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erreicht. **Korporative Arbeitsverträge** wurden 1860 **für 282 908 Personen abgeschlossen.**

So zeigen die wirtschaftlichen Kämpfe der freien Gewerkschaften selbst in dem so schweren Krisenjahre und der erheblich verminderten Zahlen noch die tatkräftige Hilfe der Organisation, die den Arbeiter gegen die willkürlichsten Anschläge des Unternehmertums schützt. Würde das immerhin noch große Heer der den freien Gewerkschaften noch fernstehenden Arbeiter doch erst diese Kulturarbeit der Zentralverbände richtig würdigen und durch Kasseneintritte in die Gewerkschaften die Reihen der Kämpfer stärken. In so geschlossener Phalanx würden die Gewerkschaften auf wesentlich größere Erfolge blicken können.

Deutsches Reich.

Die Wirkungen des Tabaksteuergesetzes

äußern sich auch im dritten Gau des Deutschen Tabakarbeiterverbandes (Braunschweig) in erschreckender Weise. Bis vorige Woche wurden in diesem Gau, und zwar in den Orten Dessau, Braunschweig, Gandersheim, Wernigerode, Hannover, Stendal, Zellerfeld, Magdeburg, Klausthal, Seesen a. H., Saarstedt bei Hildesheim, Burg bei Magdeburg, Emmerke, Erxleben, Ursleben, Gittelde a. H., Neundorf, Halberstadt, Hildesheim, Weißewarte, Goslar und Zerbst, 414 Tabakarbeiter arbeitslos. 570 Tabakarbeiter wurden mit verkürzter Arbeitszeit bezw. mit Festsetzung eines Arbeitspensums in Bernburg, Braunschweig, Gandersheim, Ildehausen, Mündehof, Rhüden, Seesen, Köthen, Oranienbaum, Oschersleben, Groß-Heere und Zellerfeld beschäftigt.

In Oerlinghausen (Lippe) ist den Arbeitern der Firma Aug. Groneneier und Fritz Schling gekündigt worden. Nur die Firma A. Reuter hat noch nicht gekündigt. Es sind 45 bis 50 Tabakarbeiter am Orte arbeitslos.

Den Arbeitern der beiden größten Zigarrenfabriken in Blotho (Westfalen), Firma Saatmann u. Bödicker, etwa 150, wovon in Vlotho einige vierzig, in Bentor, Hohenhausen und Bahrenholt im Lippeschen an die hundert beschäftigt sind, und Firma Niemann u. Tintelnot, die über 300 Arbeiter zusammen beschäftigen, wurde am Freitag angekündigt, daß sie wechselweise feiern müssen. Die Firma Georg Meier, Söhne (Westfalen) will ihre sämtlichen Filialfabriken auf vier Wochen schließen. Davon werden über 500 Arbeiter betroffen.

An Unterstützungsgesuchen sind bis vorige Woche eingegangen beim Magistrat in Bünde 230, beim Amte Ennigloh 927, beim Amte Enger 465, beim Amte Gohfeld über 750. Die ersten Unterstützungen wurden vorige Woche ausgezahlt.

Ein Friedensmanifest.

Durch die bürgerliche Presse ging vor kurzem die Nachricht, daß in einem marokkanischen Orte die deutschen Schutzgenossen ins Gefängnis geworfen worden seien. Ein offiziöses Telegramm in der Kölnischen Zeitung macht hierzu folgende Ausführungen:

An amtlicher Stelle ist von einem solchen Vorgange nicht das mindeste bekannt. Man glaubt daher, daß es sich um eine entstellte aber aufgebauschte Nachricht handelt, der zu schnell Glauben geschenkt worden ist. Solche Meldungen können aber die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich in Marokko schädigen, die sich seit Abschluß der Verständigung wesentlich gebessert haben und für beide Seiten manche guten Früchte getragen haben. In den letzten Tagen ist es z. B. noch möglich gewesen, die Begleichung der Forderung der Firma Renschhausen an den Machsen durchzusetzen. In der Kölnischen Zeitung wurde beim Abschluß der Verständigung betont, daß man sie deshalb begrüßen müsse, weil sie eine Quelle der Gefährdung des allgemeinen Verhältnisses zwischen Deutschland und Frankreich zu beseitigen vermöge, vorausgesetzt, daß der Grundsatz der offenen Tür für alle Länder in Marokko gewahrt werde. Was die Franzosen seitdem in Marokko unternommen haben, entspricht allerdings durchaus dem Gedanken der pénétration pacifique (des friedlichen Eindringens), hielt sich aber dabei im Rahmen der internationalen Abkommen, die durch den Vertrag von Algeciras eingeleitet wurden. Man hegt hier den Wunsch, daß es wegen der jetzt im Werke befindlichen Anleihe zu einer Einigung zwischen Frankreich und Marokko kommen möge, durch die deutsche Interessen nur gefördert werden können. Die Zeiten haben sich geändert, und wenn in der akuten Periode des deutsch-französischen Marokkostreites manchmal alles, was den Franzosen schädlich war, als Deutschland nützlich angesehen wurde und wohl auch angesehen werden konnte, so ist das jetzt nicht mehr der Fall. Von beiden Seiten werden jetzt Rücksichten beobachtet, und der ehrliche Versuch wird gemacht, ein Nebeneinanderbestehen der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und Frankreichs zu ermöglichen. Diesem Bestreben wird aber nicht gedient durch Verbreitung wahrscheinlich übertriebener, jedenfalls vorläufig nicht beglaubigter Nachrichten, die den alten Streit wieder ins Gedächtnis zurückrufen.

Die Novelle zum Strafgesetzbuch

die wegen Schluß des Reichstages nicht erledigt werden konnte, wird, wie der L.-A. berichtet, wahrscheinlich dem Reichstage von neuem vorgelegt werden.

Durch diese Novelle sollte eine mildere Rechtsprechung für Hausfriedensbruch, kleinen Diebstahl, Erpressung usw. Platz greifen, dagegen Strafverschärfung für Mißhandlungen von Kindern, anderen wehrlosen Personen und Tieren und für Beleidigungen eintreten. Besonders die Vorschriften über die Bestrafung von Beleidigungen, die ohne Rücksicht auf die Erweislichkeit der Behauptungen erfolgen sollte, wenn es sich um Privatverhältnisse handle, und die weitere Bestimmung, daß die Beweisaufnahme nur mit Zustimmung des Beleidigten zulässig sein sollte, haben in der Oeffentlichkeit und im Reichstage lebhaften Widerspruch gefunden. Unter diesen Umständen dürfte — so schreibt das Scherlblatt — der Reichskanzler nach dem Wiederzusammentritt des Reichstages die Parteiführer über ihre Wünsche nach dieser Richtung hin befragen, ehe der Bundesrat seine Entschließungen trifft.

Eine Abrechnung mit dem Zentrum.

In Essen-West, wo die Essener Zentrumsfanatiker zu Hause sind, fand am Sonnabend abend eine Zentrumsversammlung statt, zu der sich 4½ Tausend Menschen eingefunden hatten, weil unseren Genossen freie Diskussion zugesichert war. Der weitaus größte Teil der Erschienenen waren Sozialdemokraten, wie die Zentrumspresse am Montag selbst zugibt.

Mit dem größten Bemühen, sachlich zu bleiben, suchten Dr. Bell und Giesberts die Haltung des Zentrums zu verteidigen. Um die Diskussion in ein ihnen passendes Fahrwasser zu leiten, verlas Dr. Bell zwölf Thesen, um deren Besprechung er die sozialdemokratischen Redner ersuchte. Die erste dieser Thesen lautete:

Der von der Sozialdemokratie aufgestellte Programmsatz „Religion ist Privatsache" ist unwahr und zur Irreführung der Wähler geeignet. Im Gegensatz zu diesem Programmpunkt ist das wahre Ziel der Sozialdemokratie die Durchführung des Atheismus.

Weiter hieß es dann, die Sozialdemokratie erstrebe die religionslose Schule, wolle auf den Trümmern des heutigen Staates den Zukunftsstaat einrichten, sie stimme gegen alle Maßnahmen, die geeignet seien, die heutige Gesellschaft zu stützen, gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung usw. Erst die letzte Hälfte der Thesen betraf die Finanzreform.

Das Kunststück, die Debatte auf das religiöse Gebiet zu lenken, schlug natürlich fehl; von unseren Rednern Limbertz, Weyers und Becker wurde die Verrätertaktik des Zentrums im Reichstage und Landtage unter stürmischem Beifall gebührend gebrandmarkt. Wir glauben nicht, daß sich Giesberts nach einer weiteren derartigen Versammlung sehnen wird.

Bülow als Reichstagskandidat.

Die Leipziger Neuesten Nachrichten machen den Vorschlag, in dem durch den Rücktritt des Triolen-Schack freigewordenen Wahlkreise Eisenach-Dermbach Bülow als Block-Kandidaten aufzustellen. Das Blatt glaubt, daß durch diese Kandidatur die Wahl eines Sozialdemokraten verhindert werden würde.

Die Vossische Zeitung bemerkt zu dem Vorschlage:

„Bei der Stichwahl 1907 erlangte der Sozialdemokrat [illegible] gegen 9834 Stimmen. Das ist keine Situation, in die man einen Mann wie den Fürsten Bülow bringen darf, keine, in die er sich wird bringen lassen wollen. Die Sozialdemokratie würde ein Heer von Agitatoren in den Wahlkreis senden, um einen Triumph zu erringen und alle Freunde des schwarzen Blocks wären laue Anhänger oder geheime Widersacher der Kandidatur Bülow."

Auch die Deutsche Tageszeitung nimmt den Vorschlag mit etwas gemischten Gefühlen auf. Sie schreibt:

„Wir halten es aber kaum für denkbar, daß die sämtlichen bürgerlichen Parteien sich auf eine Reichstagskandidatur des Fürsten Bülow einigen würden. Die Deutschsoziale Partei wird kaum darauf verzichten, einen Kandidaten aus ihrer Reihe vorzuschlagen; das Zentrum dürfte einer Kandidatur des Fürsten kaum beistimmen, und wie die Dinge im Wahlkreis liegen, ist das Zentrum bis zu einem gewissen Grad ausschlaggebend. Auch selbst, wenn es möglich wäre, daß alle Parteien sich auf die Kandidatur des Fürsten vereinigten, so würde man ihm doch eine Kandidatur nur dann anbieten können, wenn diese einigermaßen Erfolg verspräche. Das ist aber in Eisenach-Dermbach durchaus nicht der Fall. Im Gegenteil, der Wahlkreis ist von der Sozialdemokratie so bedroht, daß es sehr schwer sein wird, ihr den Erfolg streitig zu machen. Eine Wahlniederlage des Fürsten Bülow würde aber weder in seinem Interesse noch in dem der Gesamtpolitik liegen."

Auch dem gestürzten Blockvater hängen die Trauben zu hoch. Bülow erwiderte auf die Anfrage, ob er das Eisenacher Reichstagsmandat übernehmen würde, er würde die Kandidatur nicht annehmen. Er bitte, von solchen Anerbietungen abzusehen, da er politisch nicht mehr in die Oeffentlichkeit zu treten wünsche.

Reichstagsersatzwahl in Koblenz-St. Goar.

Koblenz, 14. September. Bis abends 8 Uhr wurden bei der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Koblenz-St. Goar für den Senatspräsidenten Wellstein (Zentr.) 8595 Stimmen, den Gewerkschaftssekretär Hatz (Soz.) 1616 Stimmen gezählt. Ein großer Teil der Wahlergebnisse von Koblenz-Land steht noch aus.

Bei der Hauptwahl 1907 erhielten das Zentrum [illegible], die Nationalliberalen 5972 und die Sozialdemokraten 2172 Stimmen. Der Wahlkreis ist eine sichere Zentrumsdomäne. Trotzdem ist es überaus kennzeichnend, daß nach dem vorliegenden Resultat je 11 Zentrumsstimmen 5 sozialdemokratische gegenüberstehen.

Die Radbod-Katastrophe vor Gericht. Der Bergwerksdirektor Andree hatte gegen den Redakteur der Bergarbeiterzeitung, Genossen Theodor Wagner, Strafantrag wegen Beleidigung gestellt. Die Angelegenheit sollte im Juli d. J. zur Verhandlung gelangen, wurde aber dann auf unbestimmte Zeit vertagt. Es wurde allgemein angenommen, daß an eine neue Verhandlung so bald nicht zu denken sei. Wie jetzt berichtet wird, ist der neue Termin auf den 18. Oktober anberaumt worden.

Preußens polnischer Kampf. Der Reichstagsabgeordnete Graf Mielczynski wurde in Posen wegen Aufreizung, die in einer Rede, die er in einer polnischen Versammlung gehalten hat, erblickt wurde, zu 150 M. Geldstrafe verurteilt.

Kleine politische Nachrichten. Am Dienstag beendete im Agramer Hochverratsprozeß der Staatsanwalt sein Plädoyer. Er beantragte gegen fünf Angeklagte Todesstrafe, gegen die anderen 10 bis 20 Jahre Kerker. — Der Madrider Imparcial teilt mit, daß in Katalonien über 120 Schulen geschlossen sind. Ihre Wiedereröffnung hängt von dem Gutachten der betreffenden Bürgermeister und Dorfpfarrer ab. Demselben Blatte zufolge, das seine Mitteilungen von dem Abgeordneten Senor erhalten haben will, sind augenblicklich 3000 Gefangene in den Gefängnissen Kataloniens interniert. — Der marokkanische Finanzminister El Mokri hat den Auftrag erhalten, sich nach Europa zu begeben und dort Waffen einzukaufen, zu welchem Zweck ihm 300 000 Duros zur Verfügung stehen. — Der Generalgouverneur von Französisch-Ostafrika berichtet, daß die Operationen im Adrargebiet die Unterwerfung zahlreicher Stämme veranlaßt habe. Die letzten aufrührerischen Stämme seien in Touarine überwältigt worden. Es wurden hierbei 31 Mauren getötet; ihnen wurden 2000 Kamele abgenommen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Eine Demonstration gegen die nationale Verhetzung

veranstaltete die Wiener Arbeiterschaft. Genosse Dr. Ellenbogen legte vor Tausenden Zuhörern dar, aus welch geringfügigen, maßlos aufgebauschten Anlässen die Bewegung gegen die angeblichen „tschechischen Verstöße" in Wien und Niederösterreich hergeleitet werden. So scharf wie die tschechischen Ausschreitungen in Prag usw. im vorigen Jahre verurteile die Sozialdemokratie die von gewerbsmäßigen oder [illegible] „Rettern der Nation" herbeigeführten Roheiten gegen [illegible] Arbeiter, die Ausflüge veranstalten oder harmlose nationale Feste feiern. Er zeigte, wie die nationale Vermischung mit Notwendigkeit aus der kapitalistischen Betriebsweise hervorwächst. Derselbe Fabrikant, der gegen die „Angriffe auf den deutschen Charakter Wiens" demonstriert, würde sich energisch zur Wehr setzen, wenn man ihm den Bezug billiger slawischer Arbeitskräfte abschneiden wollte. Die Gefahr dieser nationalen Hetze sei aber noch dadurch gesteigert, daß sie dem Volke die wirklichen Gefahren verdecken, die es bedrohen. Neue gewaltige Ausgaben für Heer und Marine stehen bevor, neue Steuerlasten werden die Folge sein. Die nationalen Kämpfe lähmen die Arbeitsfähigkeit des Parlaments und der Absolutismus triumphiert. Vor allem gilt es

… zu die ins Stocken geratene sozialpolitische Gesetzgebung frei zu machen. Die Arbeiterschaft werde sich die Möglichkeit, durch das Parlament für die Verbesserung ihrer Lage zu wirken, nicht nehmen lassen und, wenn es nötig werden sollte, schließlich selbst die Straße von den nationalen Radaubrüdern säubern.

Im gleichen Sinne sprach Genosse Neumann. Eine Resolution, die den nationalen Haß verwirft und friedliches Zusammenleben der Völker Oesterreichs auf dem Boden voller nationaler Gleichberechtigung fordert, wurde einstimmig angenommen. —

Balkan.

Die Lage in Griechenland.

Athen, 14. September. Das Einvernehmen zwischen dem König und dem Ministerpräsidenten Mavromichalis ist wiederhergestellt worden. Eine Ministerkrisis und die Rückkehr des Kronprinzen zur Zeit der Eröffnung der Kammer gelten als ausgeschlossen.

Athen, 14. September. Patris meldet, Theotokis habe zwei Vertrauenspersonen seiner Partei mitgeteilt, daß er in Anbetracht der geschaffenen Situation irgendwelche Erklärungen abzugeben verweigere und die Führung der Partei und sein Mandat niederlege. Die hiesigen Abgeordneten sind zur Beratung zusammengetreten. Die Anhänger von Theotokis in der Provinz sind von der neuen Wendung der Dinge benachrichtigt worden.

Der Zarenbesuch in Konstantinopel.

Konstantinopel, 14. September. Die Verhandlungen über den Besuch des Zaren in Konstantinopel sind wieder aufgenommen worden. Mitte der nächsten Woche wird eine türkische Deputation mit dem Minister des Aeußern an der Spitze dem Zaren in Livadia die Einladung des Sultans überbringen. Die Begegnung mit dem Sultan wird wahrscheinlich auf dem Bosporus in dem Sommersitze der russischen Botschaft stattfinden.

Rußland.

Der Prozeß der „Stschigrower Republik".

Aus Petersburg wird der Russ. Korresp. vom 12. September geschrieben:

Am 11. September befaßte sich auch das Petersburger Hauptkriegsgericht mit dem entsetzlichen Urteil, das vor zwei Monaten das Kiewer Kriegsgericht über die Mitglieder der sogenannten Stschigrower Republik gefällt hatte. Neunundachtzig Personen, darunter der Geistliche Molotkow, die Abgeordneten der zweiten Duma Kulsin und Bjanych und andre waren beschuldigt, dem sozialrevolutionären Bauernbund angehört, eine Reihe von Expropriationen, Brandstiftungen und Exzessen begangen und eine umfangreiche revolutionäre Propaganda entfaltet zu haben; dem Abgeordneten Bjanych und seinem Vater war außerdem die Ermordung eines Kursker Lockspitzels zur Last gelegt worden. Das Kiewer Kriegsgericht hatte damals neun Angeklagte, darunter die beiden Bjanych, zum Tode durch den Strang, 25 weitere Revolutionäre, zu denen auch der Geistliche Molotkow und der Abgeordnete Merkulow gehörten, zu schweren Zwangsarbeitsstrafen und 34 zur Verbannung verurteilt, während nur 21 freigesprochen wurden. Die meisten Verurteilten hatten gegen das unerhört grausame Verdikt Berufung eingelegt, die jedoch von der Petersburger Gerichtskammer unter dem Vorsitz des Generals … zurückgewiesen wurde. In der gebildeten Gesellschaft Rußlands herrscht darüber die schwerste Depression.

Eine Aktion zugunsten Burtzeffs.

Burtzeff darf schweizerischen Boden nicht betreten. Auf Grund der Denunziationen hatten seinerzeit die Feinde des gefürchteten … seine Ausweisung aus der Schweiz erwirkt und Harting konnte sich darauf berufen, als er, um sich reinzuwaschen, Burtzeff mit … als einen Anarchisten hinzustellen sich bemühte. Gegenwärtig ist nun, wie die Russkoje Slowo meldet, von Professor … eine Aktion zur Annullierung des betreffenden Ausweisungsbefehls in die Wege geleitet. Eine Petition mit etwa zehntausend Unterschriften, darunter solchen von den namhaftesten Schweizer Bürgern, will die schweizerische Regierung dazu bestimmen. Begründet wird das Gesuch damit, daß Burtzeff durch die Aufhellung der Tätigkeit von Azew und … sich hervorragende Verdienste erworben hat.

Die Kosaken des Blutzaren.

Petersburg, 14. September. Der betrunkene Kosak Archip des … Garderegiments setzte gestern abend die Bevölkerung des Alexander-Newsky-Stadtviertels in Schrecken. Auf der Straße begannen einige Kinder den betrunkenen Kosaken zu necken. Der Kosak wurde plötzlich von der Wut erfaßt, zog blank und stürzte sich auf die Kinder, die sich schreiend in den Hof des Arrestlokals retteten. Der Torwächter dem heranstürmenden Kosaken den Weg versperrte, traf ihn ein wuchtiger Säbelhieb über den Kopf, so daß er leblos zusammenbrach. Dann stürzte der Kosak auf einen im Hof spielenden …jährigen Knaben, den Sohn des Gefängnisaufsehers, und spaltete mit einem Säbelhieb den Kopf und Körper des Kindes. Der Knabe stürzte lautlos nieder. Darauf drang der betrunkene Kosak auf einen Holz spaltenden Arrestanten und schlug ihm mit einem Hiebe den Kopf ab. Schließlich kam er in das Waschhaus, wo eine Panik unter den Wäscherinnen ausbrach. Eine Wäscherin wurde schwer verwundet. Das Geschrei der Frauen alarmierte das Haus. Es gelang es den Kosaken, dem ersten auf ihn eindringenden Wächter durch einen wohlgezielten Hieb den Kopf zu spalten, dann wurde der Rasende selbst niedergeschlagen und gefesselt.

* * *

Petersburg, 14. September. Stolypin hat die Generalgouverneure und Gouverneure durch Rundschreiben angewiesen, die Tätigkeit der Kriegsgerichte nach Möglichkeit einzuschränken und nur in besonders wichtigen Fällen Zivilpersonen durch sie aburteilen zu lassen.

London, 14. September. Privatmeldungen aus Helsingfors zufolge hat die russische Regierung wieder vier finnische Priester und … Frauen unter dem Verdacht verhaftet, an einer politischen Verschwörung beteiligt zu sein. Sie wurden alle in das Gefängnis zu … gebracht. Alle Gefangenen gehören angesehenen Familien an, weshalb die Verhaftungen großes Aufsehen erregen.

Parteiangelegenheiten.

Der Verein Arbeiterpresse

hielt am Sonnabend den 11. September im Volkshause in Leipzig seine 9. Generalversammlung ab. Den allgemeinen Geschäftsbericht erstattete Genosse Wurm. Die Mitgliederzahl des Vereins ist ständig gewachsen. Sie betrug 1899 177, im vorigen Jahre 986, und ist gegenwärtig ungefähr auf 1000 gestiegen. Der Kassenbericht, den Genosse Rob. Schmidt erstattete, ist sehr ungünstig. Den Reineinnahmen von 3577 M. standen 4291,50 M. Ausgaben gegenüber, so daß ein Defizit von 714,50 M. zu verzeichnen ist. Um die Ausgaben zu decken, mußten von dem Vereinsvermögen 500 M. abgehoben werden. Das Defizit ist durch die hohen Ausgaben für das Jahrbuch des Vereins (1251,60 M.), für die Statistik vom vorigen Jahre (…,55 M.) und für die Generalversammlung (818,60 M.) entstanden. Die Versammlung nahm deshalb einen Antrag des Vorstandes an, künftig die Generalversammlungen nur alle zwei Jahre tagen zu lassen.

Hierauf kam die Gehaltsregulierung für die Gruppe II der Mitglieder (Angestellte in Expedition und Buchhandlung) zur Verhandlung. Robert Schmidt begründete die Anträge des Vorstandes, die dahin gingen, an Stelle der bisherigen drei Ortsklassen deren nur zwei zu schaffen. Und zwar sollte für die Ortsgruppe I eine Skala aufgestellt werden, die mit einem Anfangsgehalt von 1500 M. beginnt und in zweijährigen Zulagen von je 150 M. in den ersten … Jahren bis 2400 M. und darauf in zweijährigen Zulagen von je … M. bis zum 18. Jahre zur Höchstgrenze von 2700 M. steigt. Für Gruppe II wurde eine Skala beantragt, die mit einem Anfangsgehalt von 1800 M. beginnt, das alle zwei Jahre um je 200 M., also im 12. Jahre bis 3000 M. steigt, und dann durch alle zwei Jahre eintretende Zulagen von je 100 M. im 18. Jahre die Höchstgrenze von 3200 M. erreicht.

In der Diskussion wurden die vom Vorstande vorgeschlagenen Anfangsgehälter mit Rücksicht auf die gesteigerten Anforderungen als zu niedrig bezeichnet. Ferner wurde bemängelt, daß die Steigerungssätze für die beiden Ortsgruppen verschieden bemessen werden sollten und entsprechende Verbesserungsanträge gestellt, die nach längerer Debatte angenommen wurden. Danach sollen für die in Expeditionen und Buchhandlungen Angestellten folgende Gehälter gefordert werden:

Es werden zwei Lohnklassen gebildet, und zwar eine höhere Lohnklasse I und eine niedere Lohnklasse II. Das Anfangsgehalt beträgt für die Ortsklasse I 2000 M., für die Ortsklasse II 1800 M. Für beide Klassen gilt gleichmäßig eine zweijährige Steigerung um 200 M., bis das Höchstgehalt von 3500 M. in der ersten und 3000 M. in der zweiten Klasse erreicht wird. Die Beschlüsse sollen den Parteiverlagen zugestellt werden.

Bestimmt wurde noch, daß die Mindestsätze für männliche und weibliche Angestellte gelten.

Unterm 4. Punkt der Tagesordnung: Anträge der Mitglieder, wurde ein Antrag Fabian-Magdeburg angenommen, wonach der Vorstand beauftragt ist, bis zur nächsten Generalversammlung Arbeitsbedingungen für Arbeiter- und Parteisekretäre auszuarbeiten.

Es lag ferner ein von mehreren Delegierten unterstützter Antrag vor, die Pensionssätze der Unterstützungsvereinigung um 50 Proz. zu erhöhen unter entsprechender Steigerung der Beiträge, der in Form eines Wunsches dem Vorstande der Unterstützungsvereinigung überwiesen werden soll.

Der alte Vorstand, bestehend aus den Genossen E. Wurm, Rob. Schmidt, H. Schulz, M. Grunwald und Hans Block, wurde einstimmig wiedergewählt. Als Vorort für den Ausschuß wurde wieder Hamburg bestimmt.

Den Zweck erreicht.

In Vilbel bei Frankfurt a. M. hat Sonnabend die Beigeordnetennachwahl stattgefunden. In der ersten Wahl wurde Genosse Armbrust gewählt. Die Regierung erklärte diese Wahl jedoch für ungültig. In der Nachwahl unterlag Genosse Armbrust mit 378 gegen 385 Stimmen, die der Kandidat der vereinigten Bürgerlichen erhielt.

Bildungsarbeit

ist der Titel eines vielverheißenden neuen Organs der österreichischen Arbeiterschaft. Von den Genossen Wienarsky und Danneberg herausgegeben, hat es die Aufgabe, als Organ des Unterrichtsausschusses der Arbeiterschaft Niederösterreichs das Bildungswesen planmäßig zu organisieren und die mächtig in die Breite gewachsene Bewegung auch in die Tiefe auszubauen. Dieser Aufgabe dient die Besprechung von Bildungs-Organisationsfragen, die pädagogische Behandlung politischer Tagesfragen, die Förderung des Bibliothekswesens und würdiger Ausgestaltung der Arbeiterfeste. Die erste Nummer enthält außer dem Programmartikel einen Aufsatz von Dr. Adolf Braun über den Parteitag und seine Nutzbarmachung zur politischen Fortbildung in den Vereinen, einen Hinweis von Engelbert Pernerstorfer auf den bevorstehenden 150. Geburtstag Schillers und Fingerzeige für eine Gedenkfeier, Hinweise auf die Einrichtung von Bibliotheken mit Musterkatalog und Hinweis zum Katalogamlegen, die erste Hälfte der Disposition eines zehnstündigen Vortragskurses über das Parteiprogramm mit Literaturangaben von Danneberg, Berichte aus der praktischen Bildungsarbeit, Bücherschau u. a. Das Blatt legt Zeugnis ab von dem kräftigen Streben, der glücklichen Vereinigung praktischen Sinnes mit warmer Begeisterung, dem harmonischen Zusammenwirken von Partei- und Gewerkschaftsbewegung, das unseren österreichischen Genossen eigen ist. Glückauf der Bildungsarbeit und ihrem neuen Organ.

Kommunalwahlsieg.

Bei der Bürgerausschußwahl in Lörrach (Baden) erhielt die Sozialdemokratie in der 3. Wählerklasse 421, die vereinigten bürgerlichen Parteien 355 Stimmen. Die sozialdemokratische Liste ging demnach glatt durch. Lörrach ist zwar ein reines Fabrikstädtchen, aber das Zentrum hat dort ziemlich starken Anhang und es ist immerhin ein schöner Erfolg unserer Genossen, aus eigener Kraft die bürgerlichen Parteien überwunden zu haben.

Der Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie

auf dem zum erstenmal auch Organisationen sozialdemokratischer Lehrer vertreten waren, behandelte besonders ausgiebig die nationale Frage. Dr. Schmeral forderte in seinem vierstündigen Referat die Verwandlung Oesterreichs in eine Föderation freier Nationen. Er lehnte jede Spekulation auf den Zerfall des Reiches ab. Innerhalb Oesterreichs müßten die Nationen ihr Auskommen suchen, die volle nationale Freiheit der Völker werde erst die sozialistische Gesellschaft schaffen. Ebenso entschieden sprach er gegen die bürgerlich-feudale Forderung des „böhmischen Staatsrechts", das wieder eine nationale Unterdrückung bedeute und die tschechische Nation durch die Gefahr einer Einmischung Deutschlands bedrohe, auch die Verbindung mit den ungarischen Slowaken, die auch zur tschechischen Nation gehören, aufgebe. Er forderte, entsprechend dem vom Genossen Dr. Renner aufgestellten System: nationale Autonomie für jede Nation auf der Grundlage des Personalitäts- (also nicht des Territorialitäts-) Prinzips in national-kultureller Beziehung — Demokratisierung und Dezentralisierung der staatlichen Verwaltung in allen übrigen Beziehungen, nationales Parlament und nationale Regierung für jede Nation zur Erledigung der Kulturaufgaben (Schule usw.) — in allen übrigen Beziehungen autonome, demokratisch organisierte Landes- und Bezirksbehörden nach englischem Muster. Jede Nation Herrin ihrer Aemter!

In der eingehenden Diskussion kamen entschieden internationale, nur das gemeinsame Interesse des Klassenkampfes anerkennende und nationale, die speziellen Interessen des tschechischen Volkes, auch im Gegensatz zur deutschen Parteiorganisation, verfechtende Auffassungen zur Geltung. Schließlich wurde der Antrag des Referenten: die Parteivertretung zu beauftragen, mit den Parteivertretungen der anderen Nationen zu verhandeln, damit das 1899 beschlossene nationale Programm revidiert und so detailliert ausgearbeitet werde, daß es nicht nur für die einheitliche politische Auffassung, sondern auch für einheitliche Praxis der sozialdemokratischen Parteien Oesterreichs die Grundlage bilde, einstimmig angenommen.

a. k.

Sozialistische Presse in der Türkei.

Der Arbeiterbote in Saloniki, das Organ der sozialistischen Föderation, hat seit dem 29. August wöchentlich einmal zu erscheinen begonnen. Im Leitartikel der ersten Nummer sagt die Redaktion: „Es ist die Aufgabe des Arbeiterboten, die Interessen der Arbeiter ohne Unterschied der Nationen zu vertreten."

Wetterbericht von der Wettersäule an der Augustusbrücke am 15. September, mittags 12 Uhr.
Barometer: 755. Veränderlich.
Thermometer: + 17 ° R.
Thermometrograph: Min. + 9. Maxim. + 17.
Hygrometer: 80 %.
Wasserstand: — 173 Wasserwärme: + 13.

Wetterprognose des Sächs. Meteorologischen Instituts zu Dresden für den 16. September 1909.
Mäßige nördliche Winde; wolkig; kühl; kein erheblicher Niederschlag.

Dresdner Polizeibericht vom 15. September.

In den Nachmittagsstunden des vergangenen Sonntags ist in einem Schneideratelier auf der Marschallstraße ein äußerst dreister Nachschlüsseldiebstahl ausgeführt worden. Allem Anscheine nach sind zwei Personen daran beteiligt gewesen, die beim Verlassen des Tatortes mit Paketen beladen gewesen sein müssen. Den Tätern sind außer barem Gelde ein ziemlich neuer schwarzer Winterüberzieher, ein grauer stark weißgestippter Sakkoanzug, eine neue schwarze Hose, eine ebensolche weit ausgeschnittene Frackweste und 11 Stück schwarze, blau- und grau gestreifte Kammgarn-Cheviotstoffe für Herren- und Damenkleider im Gesamtwerte von etwa 800 M. in die Hände gefallen. Für die Wiederherbeischaffung der gestohlenen Sachen und Stoffe wird von den Bestohlenen eine entsprechende Belohnung in Aussicht gestellt. Sachdienliche Wahrnehmungen erbittet die Kriminalabteilung.

Gestern abend gegen 9 Uhr sprang am Amalienplatz ein älterer Arbeiter von einem langsam fahrenden Straßenbahnwagen ab, wobei er zu Boden fiel und außer Hautabschürfungen an den Händen eine größere Quetschwunde an der rechten Schläfe erlitt.

Trotz umfangreicher polizeilicher Erhebungen war es bis jetzt nicht möglich, die Persönlichkeit des am 11. August am Landungsstege der Dampffähre an der Karlstraße aus der Elbe gezogenen unbekannten, ungefähr 35 Jahre alten Toten festzustellen. Die Leichenschau ergab damals, daß der Tod etwa 5 bis 6 Tage vor der Auffindung infolge Ertrinkens eingetreten war. Der Unbekannte war 1,75 Meter groß, hatte lange, dunkelblonde Haare, freie Stirn und dunklen Schnurr- und Spitzbart. Seine Kleidung bestand aus dunklem Rockanzug, weißem Sporthemd mit blaukariertem Einsatz und schwarzem Selbstbinder. Unter anderem wurden bei ihm ein Zimmermannsbleistift und ein paar weiße Taschentücher vorgefunden. Es besteht die Vermutung, daß der Unbekannte aus einem der Nachbarstaaten stammt. Nachrichten über ihn werden an die Polizeidirektion erbeten.

Letzte Telegramme.

Vom Parteitage.

Leipzig, Volkshaus, 15. September, 11 Uhr 50 Min. (Privattelegramm.) In der fortgesetzt sehr lebhaften Debatte über die Erbschaftssteuer sprachen u. a. noch Genosse Fischer-Berlin und Kautsky, der Ablehnung aller Steuern, auch der Erbschaftssteuer, fordert, weil das ganze herrschende System bekämpft werden müsse. Darauf wurde Schluß der Debatte beschlossen.

Ein Antrag, der die Haltung der Fraktion billigt und der fordert, daß die bürgerlichen Parteien dahin gedrängt werden sollen, die Kosten ihrer volksfeindlichen Politik den Besitzenden aufzuerlegen, konnte nicht mehr zur Abstimmung gelangen, da gerade bei seiner Einbringung der Schluß der Debatte angenommen war.

Genosse Ledebour vertritt in seinem Schlußworte die Ablehnung jeder Steuer. Es erfolgen vielfache stürmische Zwischenszenen. Ledebour führte aus: Wir würden uns selbst ins Gesicht geschlagen haben, wenn wir dem von uns so scharf bekämpften System Bülow irgendetwas bewilligt hätten. Wir dürfen unsere Agitation nicht von der Rücksicht auf ganz unaufgeklärte Kreise beeinflussen lassen. Die Debatte hat uns nichts geschadet. Wir wollen alle zusammenkämpfen in dem Feldzuge gegen die Steuerbedrückung.

Zahlreiche persönliche Bemerkungen schlossen sich dem Schlußworte Ledebours an.

Leipzig, Volkshaus, 15. September, 12 Uhr 50 Min. (Privattelegramm.) Der Streit um die Erbschaftssteuer endet mit einer Erklärung Bebels: Er habe nach Pfingsten aus Gesundheitsrücksichten den Verhandlungen des Reichstags und der Fraktion nicht beiwohnen können; aber er habe Singer brieflich seine Meinung mitgeteilt, daß er es für bedenklich und unrichtig gehalten hätte, in der dritten Lesung gegen die Erbschaftssteuer zu stimmen. (Große Erregung im ganzen Parteitage und stürmischer Beifall.)

Die Angelegenheit der Württemberger Landtagsabgeordneten wird darauf in Kürze erledigt. Die württembergischen Abgeordneten, die als Parteitagsdelegierte anwesend sind, haben dem Bureau eine schriftliche Erklärung eingereicht, in der es heißt: Wir haben mit unserer Teilnahme an diesem Ausfluge selbstverständlich nicht beabsichtigt, an einer monarchischen Demonstration mitzuwirken. Soweit diese Auffassung vorherrscht, beruht sie auf irrigen Auffassungen und mangelhaften Informationen. Hätten wir jedoch annehmen können, daß diese Veranstaltung in ihrem weiteren Verlaufe wider Erwarten zu einer monarchischen Huldigung benutzt wurde, so wären wir, der Tradition der Partei entsprechend, die auch für uns maßgebend ist, ferngeblieben.

Singer schlägt vor, die ganze Angelegenheit auf Grund dieser Erklärung für erledigt anzusehen. Der Parteitag stimmt diesem Vorschlage unter lautem Beifall zu.

Royalistische Flegel.

Paris, 15. September. Gestern abend drangen gegen dreißig Camelots du roi in das Vereinslokal der republikanischen Jugend im 9. Bezirk ein und mißhandelten mehrere Mitglieder des Vereins. Die Polizei verhaftete sieben Camelots.

Erhöhung der Erbschaftssteuer in England.

London, 15. September. Unterhaus. Die Paragraphen des Finanzgesetzes über Erhöhung der Erbschaftssteuer sind nach zweitägiger Beratung angenommen worden. Die letzte Sitzung dauerte bis heute früh 4 Uhr 20 Minuten.

Schweden.

Stockholm, 15. September. Die offizielle Zählung der „Arbeitslosen" gab gestern die Zahl auf 125 000 an, gesteht aber selbst ein, daß diese Zahl unvollständig ist. Die Landeszentrale der Gewerkschaften stellt fest, daß 140 000 ausständig sind.

Das späte und schwache Eingreifen der Regierung, um eine Vermittlung zwischen den Kämpfenden herbeizuführen, ist hier im allgemeinen mit einer Erleichterung aufgenommen worden. Die liberale Presse findet nur langsam den richtigen Ton gegen die Herausforderung der öffentlichen Meinung, die sich die Regierung mit der Auflösung der Kollektivvertragskommission erlaubt hat. Die eine bürgerliche Masse gegenüber der Arbeiterklasse steht noch im wesentlichen fest, was für die Arbeiterpresse von großem Vorteil ist.

Die ersten Verhandlungen zwischen den beiden Parteien werden in den nächsten Tagen im Reichstagsgebäude beginnen.

Persien.

Frankfurt, 15. September. Wie der Frankf. Zeitung aus Teheran gemeldet wird, ist die Bevölkerung durch die Nachricht, der ehemalige Schah habe unterwegs Halt gemacht und weigere sich, seine Reise fortzusetzen, sehr beunruhigt. Man fürchtet, daß ihm die reaktionären Stämme zu Hilfe kommen und daß daraus neue Unruhen entstehen werden.

Z. III.

Frankfurt, 15. September. Das Luftschiff Z. III ist um 9 Uhr 5 Min. nach Mannheim aufgestiegen und zwar unter der persönlichen Leitung des Grafen Zeppelin. Vor Z. III hatte das Luftschiff Parseval einen Aufstieg unternommen. Es kreuzte dann über dem Fluggelände und begleitete Z. III eine Strecke auf dessen Fernfahrt nach Mannheim.

Groß-Gerau, 15. September. 9 Uhr 38 Min. Soeben überflogen beide Luftschiffe in rascher Fahrt Groß-Gerau und nahmen die Richtung auf die Eisenbahnstrecke Mainz-Darmstadt. Der Parsevalballon ist an der Spitze.

Das heutige Blatt umfaßt 16 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090915/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Zur Landtagswahl in Dresden!

Mittwoch den 22. September

abends 8½ Uhr

Sieben öffentl. polit. Versammlungen

Tages-Ordnung:

Die bevorstehende Landtagswahl

1. Kreis: **Meinholds Säle,** Moritzstr.
Referent: Landtagskandidat Stadtverordneter **H. Krüger.**

2. Kreis: **Blumensäle,** Blumenstr.
Referenten: Landtagskandidat Stadtverordneter **V. Braune** und **K. Sindermann.**

3. Kreis: Hammers Hotel, Striesen, Augsburger Str.
Referent: Landtagskandidat **P. Starke.**

4. Kreis: **Schweizerhäuschen,** Schweizerstr.
Referenten: Landtagskand. Stadtverordneter **R. Schnabl** und Redakteur **Gustav Riem.**

5. Kreis: **Dreikaiserhof,** Löbtau Tharandter Str.
Referent: Landtagskandidat **Ernst Schulze.**

6. Kreis: **Ballhaus,** Bautzner Str.
Referent: Landtagskandidat Stadtverordneter **O. Kühn.**

7. Kreis: **Watzkes Etablissement,** Mickten. Referent: Landtagskandidat **Robert Wirth.**

Freie Aussprache für jedermann!

Zu massenhafter Beteiligung laden die Einwohnerschaft von Dresden ein

Die vereinigten Landtags-Wahlkomitees.
Bernhard Jungnickel, Cottaer Straße 3b.

Oeffentl. Versammlung

Freitag den 17. September, abends 8½ Uhr, im Saale der **Zentralhalle,** Fischhofsplatz 10.

Tagesordnung:

Der Generalstreik in Schweden.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Lindblad** aus **Gothenburg.**

Gewerkschafts- und Parteigenossen! Erscheint in Massen in dieser wichtigen Versammlung, damit sich diese zu einer gewaltigen Sympathiekundgebung für unsere heldenmütig im Kampfe stehenden schwedischen Genossen gestaltet.

Die Vorstände des Gewerkschaftskartells und der Sozialdemokratischen Vereine des 4., 5. und 6. Reichstagswahlkreises.

---

16. ländlicher Landtags-Wahlkreis

Mittwoch den 22. September, abends 9 Uhr

Versammlung

im Gasthof zum „Sächsischen Wolf" in Deuben.

Tages-Ordnung:

Die bevorstehende Landtagswahl.

Referent: Redakteur **Hermann Fleissner,** Dresden.

In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung sieht einem zahlreichen Besuch entgegen

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

NB. Der Kandidat der konservativen Partei, Herr Gemeindevorstand Rudelt, Deuben, ist zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen.

Kleines Volkshaus

Dr.-Plauen, Hofmühlenstr. 51.

Wir empfehlen unsere Lokalitäten einer geneigten Beachtung und machen besonders auf unsere schöne **Asphalt-Kegelbahn** sowie auf unseren **Gesellschafts-Saal** aufmerksam. Derselbe eignet sich vorzüglich zu Vereinsvergnügen für Sonntags.

Hochachtungsvoll

Ernst Gosslau und Frau.

Möbel

in jeder Holzart, echt und imitiert, komplette Salons, Speise-, Wohn-, Herren- und Schlafzimmer, Küchen- und Vorsaalmöbel empfiehlt solid und billig unter Garantie

C. Leonhardt

31 Am See 31.

Soliden Leuten Teilzahlung.

Anzug, fast neu, 11 Mark Türerstr. 34, pt. r.

Glasarbeiter von Deuben und Döhlen

Freitag den 17. September, abends 7½ Uhr

Öff. Glasarbeiter-Versammlung

im Lokale Augusta-Bad.

Tages-Ordnung:

1. **Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Glasarbeiter im Zeichen der Krise u. Finanzreform.** Referent: E. Girbig, Vorsitzender. — 2. Gewerkschaftliches. — 3. Aufnahme neuer Mitglieder.

Es ist Pflicht aller in der Glasindustrie beschäftigten Arbeiter, in dieser Versammlung zu erscheinen. Ebenso sind auch alle Frauen herzlich eingeladen.

Der Einberufer.

Sohlenleder-Ausschnitt!

und **Schuhmacherartikel**

Max Börner, Lederhandlung

Schäferstr. 2 u. Freiberger Str. 132, am Crispiplatz.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Robert Grötzsch, Dresden-Neugruna. — Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden. — Druck von Kaden u. Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090915/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

1. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 213. | Dresden, Mittwoch den 15. September 1909. | 20. Jahrgang.

Zur Landtagswahl.

Eingelenkt.

Das Dresdner Ratsblatt teilt folgendes mit:

Der Gesamtrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, nicht nur verjährte Steuerreste als das Landtagswahlrecht nicht ausschließend anzusehen, sondern auch festzustellen, daß auch auf Gemeindesteuerreste die Verjährungsbestimmung des § 80 des Einkommensteuergesetzes Anwendung zu finden hat. Infolge dieser Entschließung werden alle sonst wahlberechtigten Personen, die mit vor 1906 fälligen Staats- und Gemeindesteuern im Rückstand geblieben sind, in der Wählerliste nachgetragen werden.

Wir konstatieren mit Genugtuung, daß der Dresdner Rat seine bisherige Haltung vollständig geändert und sich in der Sache, besonders auch in der Frage der Gemeindesteuerreste, vollständig auf unserm Standpunkt gestellt hat, den wir am Sonnabend im Anschluß an eine kritische Auslassung in der Chemnitzer Volksstimme also präzisierten:

Den kritischen Bemerkungen der Volksstimme können wir uns nur anschließen. Dagegen waren die Wahlbehörden keineswegs genötigt, eine längere Verjährungsfrist für Gemeindesteuerreste anzunehmen, soweit deren Behandlung bei der Wählerlistenaufstellung in Betracht kommt. Man hätte aus der Tatsache, daß landesgesetzlich für die Einkommensteuer eine dreijährige Verjährungsfrist vorgesehen ist, sehr wohl eine solche durchweg annehmen und anwenden können. Aehnlich ist ja auch das Oberverwaltungsgericht in der früher von uns zitierten Entscheidung verfahren. Es scheint aber, als habe die Absicht, möglichst viele Arbeitermähler zu entrechten, die Wahlbehörden zur unbegrenzten Anrechnung der Steuerreste veranlaßt.

Die vernünftige Schwenkung des Stadtrats löst aber keineswegs die Frage für das ganze Land; es sei denn, daß auch die übrigen Wahlbehörden dem Dresdner Stadtrat folgten. Inwieweit dies geschieht, muß noch abgewartet werden.

Auch die Regierung zeigt jetzt Neigung, eine etwas andere Haltung einzunehmen. Früher hat sie die Sache so dargestellt, als seien ihr die Hände völlig gebunden. Jetzt aber läßt sie sich im Dresdner Journal also vernehmen:

Die von den Wahlbehörden verschieden gehandhabte Beurteilung der Steuerrückstände für die Stimmberechtigung zur Zweiten Kammer der Ständeversammlung hat, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, dem Ministerium des Innern Veranlassung gegeben, die nach § 19 des Wahlgesetzes zur Entscheidung über erhobene Einwendungen berufenen Behörden zu Beschleunigung ihrer Entschließungen anzuweisen. Auch ist Vorsorge getroffen, daß die ergehenden endgültigen Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts, soweit möglich, noch vor Abschluß der Wählerlisten am 12. Oktober im Dresdner Journal bekannt gegeben werden, und es ist eine entsprechende Anweisung der Wahlbehörden vorgesehen, den bekannt gegebenen endgültigen Entscheidungen allgemein und sofort nachzugehen. Soweit endgültige Entscheidungen über verjährte und solche Gemeindeanlagenrückstände, deren Nachzahlung nicht möglich gewesen ist, weil die Unterlagen fehlen, nicht feste Richtlinien geben sollten, ist gleichfalls der Erlaß einer allgemeinen Anweisung in Aussicht genommen. Hiernach steht noch vor Abschluß der Wählerlisten eine einheitliche Auslegung streitiger Fragen mit einiger Sicherheit zu erwarten.

Wenn von anderer Seite eine einheitliche Regelung der Streitfragen im Wege der Auslegung oder der Ausführung des Gesetzes im gegenwärtigen Zeitpunkte angeregt worden ist, so wird übersehen, daß eine solche Auslegung oder Ausführungsbestimmung durch das Ministerium des Innern die nach dem Gesetze zur Entscheidung berufenen Behörden gegenüber dem Wortlaute des Gesetzes nicht binden könnte. Eine solche Maßnahme würde auch nur geeignet sein, Verwirrung hervorzurufen, wenn die endgültigen Entscheidungen andere Auslegungen zeitigen würden, als von dem Ministerium des Innern seiner Auffassung zugrunde gelegt wären.

Von der Stellung des Oberverwaltungsgerichts zu den einzelnen Zweifelsfragen wird es zunächst abhängen, ob und welche Maßnahmen alsdann noch von der Regierung zu treffen sein werden.

Die Regierungserklärung läßt an Klarheit einiges vermissen. Man hat eine allgemeine Anweisung in Aussicht genommen, die eine einheitliche Auslegung strittiger Fragen erwarten lassen soll, dann aber heißt es, daß man nicht so weit gehen könne, das Gesetz auszulegen, sondern man müsse die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts abwarten.

Unserer Meinung nach hätte die Regierung schon jetzt auf Grund früherer Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts über Verjährung der Steuerrückstände eine allgemeine Anweisung ergehen lassen können, wonach verjährte Steuerrückstände nicht zu einer Streichung aus der Wählerliste führen dürfen. Damit hätte das Ministerium in der einfachsten Weise Klarheit geschaffen, ohne nur im geringsten befürchten zu müssen, von dem Oberverwaltungsgericht korrigiert zu werden. Erstens hätte dann wohl niemand die Entscheidung dieser Instanz angerufen, aber auch wenn es der Fall gewesen wäre, hätte mit Sicherheit erwartet werden müssen, daß das Oberverwaltungsgericht in derselben Weise wie früher entscheiden würde, keineswegs konnte angenommen werden, daß es sich selbst desavouieren werde.

Wenn jetzt Verwirrung und Zerfahrenheit besteht, so daß schon die Frage aufgeworfen worden ist, ob unter solchen Umständen überhaupt noch gültige Wahlen zustande kommen können, so ist das allein die Folge einer Unterlassungssünde der Regierung. Sie stellt die Sache so dar, als hätte sie sich jeder Auslegung des Wahlgesetzes enthalten müssen. Sie ist aber tatsächlich sonst gar nicht so schüchtern gewesen. So hat sie — um nur ein Beispiel anzuführen — in ihrer Anweisung an die Wahlbehörden in § 11 Abs. 2 verfügt:

Die hier (bei § 11 des Wahlgesetzes) in Frage kommenden Mehrstimmen hat weder derjenige, der im Jahre der Wahl das erforderliche Einkommen bezieht, es aber im Vorjahre nicht gehabt, aber nicht zur staatlichen Einkommensteuer versteuert hat, weil er außerhalb des Königreichs Sachsen lebte.

Der letzte Satz beruht doch nur auf einer Auslegung des Wahlgesetzes und, wie uns scheinen will, auf einer recht gewagten. Doch wollen wir darüber mit der Regierung nicht rechten; es kann aber auch kein Zweifel darüber bestehen, daß hier eine Auslegung vorliegt. Wenn man aber hier ausgelegt hat, weshalb konnte man es nicht auch bei § 10? Hier wäre garnicht einmal eine Auslegung erforderlich gewesen; die Regierung hätte ja nur nötig gehabt, aus den vorliegenden Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts und aus dem § 80 des Einkommensteuergesetzes in der Weise die Konsequenzen zu ziehen, wie es jetzt endlich der Stadtrat in Dresden getan hat. Vielleicht könnte man auch da noch von einer Auslegung des Absatzes 1 in § 10 reden, aber es wäre eine von zwei Seiten gesicherte Auslegung gewesen, die noch dazu in der Rechtsauffassung des Volkes eine zuverlässige Stütze gefunden hätte. Daß man nicht so verfahren ist, wird uns immer unverständlich bleiben. Es wird durch das Verhalten der Regierung der Eindruck erweckt, als hätte sie einer wahlrechtsfeindlichen Auslegung des Pluralwahlrechts keinerlei Schranken ziehen wollen.

Wir wollen aber noch darauf hinweisen, daß andere strittige Fragen ebenfalls noch ungelöst sind, so zum Beispiel die Anrechnung der Kinderabzüge bei der Feststellung des versteuerten Einkommens. Da ist ebenfalls sehr verschieden verfahren worden; die Regierung hat es auch hier zugelassen, daß in den meisten Fällen eine wahlrechtsfeindliche Auslegung durch die Wahlbehörden Platz gegriffen hat. Daraus ergibt sich die geradezu unsinnige Konsequenz, daß ein Arbeiter oder Beamter vielfach deshalb eine Stimme weniger bekommt, weil er Familienvater ist und Kinder hat, weil er also seine gesellschaftlichen Pflichten unter oft großen Opfern besser erfüllt als derjenige, der ledig bleibt. Auch hier hätte die Regierung ohne weiteres eine Auslegung veranlassen können, die solche Unsinnigkeiten vermieden hätte. Sie hätte sich dabei darauf stützen können, daß es die Absicht des Landtags gewesen ist, dem Familienvater allein deshalb, weil er das ist, eine Mehrstimme zu geben. Auf vielen Seiten ist dieser Wunsch zutage getreten. Nur formelle Schwierigkeiten haben dazu geführt, daß der Familienstand als Voraussetzung zu einer Zuschlagsstimme nicht gesetzlich festgelegt wurde. Mit dieser Haltung des Landtags steht aber doch die Auslegung, wonach die Kinderabzüge zu einer Verminderung der Pluralstimmen führen können, in schärfstem Widerspruch. Dazu kommt noch, daß man auf diese Weise auch noch einen Unterschied zwischen den Wählern mit mehr als 3100 M. und denen mit weniger Einkommen konstruiert. Denn bekanntlich sind Kinderabzüge nur bei letzteren zulässig. Also nur die Wahlberechtigten mit weniger Einkommen können auf die geschilderte Weise um eine Mehrstimme gebracht werden, diejenigen, denen die Erziehung der Kinder am schwersten fällt, die die größten Opfer hierfür bringen müssen.

Das ist also unsinnig, schon deshalb hätte die Regierung hier mit einer Verfügung eingreifen können. Sie hat aber nichts getan, wodurch aufs neue der Eindruck erzielt wird, es seien hier Entscheidungen der Wahlbehörde willkommen gewesen, die das Wahlrecht soweit als möglich einschränken, die das Pluralwahlsystem zu einem noch schlimmeren Wahlunrecht machen als es ohnedies ist.

An die Langhammer-Affäre

erinnert anläßlich der bevorstehenden Sitzung des nationalliberalen Landesausschusses die Leipziger Volkszeitung, indem sie schreibt: Vielleicht nimmt diese Ausschußsitzung endlich auch Stellung zu dem famosen Herrn Langhammer, dessen brenzlige Tiag-Affäre immer noch in der Schwebe ist. Der Vorstand des nationalliberalen Landesvereins hat Herrn Langhammer bis zur Erledigung dieser Tiag-Affäre als Vorstandsmitglied suspendiert. Die Wahlen rücken aber immer näher, ohne daß die erwartete Klarstellung der Angelegenheit erfolgte. Herr Langhammer ist in Chemnitz der erste Wortführer der Nationalliberalen. Kann die Leitung des nationalliberalen Landesvereins zusehen, daß Herr Langhammer in den Landtag gewählt wird, ohne daß die Tiag-Affäre geklärt ist?

Landtagskandidaturen.

Die Konservativen stellten folgende Kandidaten auf: für den 43. ländlichen Kreis (Falkenstein, Klingenthal) Amtsgerichtsrat Dr. Jahn, für den 44. Wahlkreis (Plauen-Treuen) Rittergutsbesitzer Sieber-Lieban bei Jocketa, für den 48. Wahlkreis (Rodewisch) Privatus Schwabe-Obergölzsch. — In einer in Schandau abgehaltenen Versammlung der Bezirksgruppe der Sächsischen Mittelstandsvereinigung wurde, wie man uns schreibt, für den 4. städtischen Landtagswahlkreis (Pirna, Schandau, Königstein) der Baumeister Stadtrat Haupt-Pirna als Kandidat der Mittelstandsvereinigung aufgestellt. In diesem Wahlkreise kandidierte bis vor kurzem der bisherige konservative Vertreter Justizrat Dr. Spieß und als nationalliberaler Kandidat Stadtrat Burghardt. Beide traten aber zugunsten des gemeinsamen Ordnungskandidaten Schuldirektors Dr. Kraner zurück. — Im 13. städtischen Wahlkreise, den bisher der Linksliberale Zöphel im Landtage vertrat, war von den Konservativen der frühere konservative Vertreter dieses Kreises, Stadtrat Liebau, wieder als Kandidat in Aussicht genommen; jetzt ist dieser angeblich aus Gesundheitsrücksichten von der Kandidatur zurückgetreten. An seiner Stelle wird Bürgermeister Schröter in Frohburg für die Mittelstandspartei und die Konservativen kandidieren. — An Stelle des von der Kandidatur zurückgetretenen Herrn Schiersand hat der nationalliberale Verein Chemnitz Stadtverordneten Kaufmann Grote als Kandidaten aufgestellt. Die Kandidaten der Nationalliberalen in Chemnitz verteilen sich auf folgende Wahlkreise: Im 1. (südlichen) Wahlkreis kandidiert Herr Professor Dr. Wend, im 2. (westlichen) Wahlkreis Herr Landtagsabgeordneter Langhammer, im 3. (nördlichen) Wahlkreis Herr Stadtverordneter Fritz Grote, im 4. (östlichen) Wahlkreis Herr Fellenhauermeister Fomm. — Im 14. ländlichen Wahlkreise wurde von den Nationalliberalen Rechtsanwalt Freigang als Kandidat aufgestellt.

Sächsische Angelegenheiten.

Der Verband sächsischer Gewerbeschulmänner versendet gegenwärtig die Einladungen zur 3. Hauptversammlung in Plauen am 26. September. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Vortrag des Gewerbeschullehrers Rüth-Dresden: „Schwebende Fragen auf dem Gebiete der Erziehung unserer gewerblichen Jugend.“ In diesem Zusammenhange sollen erörtert werden: Die Fortbildung bis zum Eintritt in das Heer, die Einführung des staatsbürgerlichen Unterrichts und die körperliche Erziehung. Der 1. Vorsitzende des Verbandes, Herr Professor Kuhnow, der Direktor der Dresdner Gewerbeschule, wird über die Schritte berichten, die in der Angelegenheit der Zukunft der gewerblichen Fortbildungsschulen bisher vom Vorstande eingeleitet worden sind. Außerdem wird über Fortbildungskurse und die Errichtung einer Lehrmittel-Zentrale beraten werden.

Die Vereinigung zur Förderung des Hilfsschulwesens hielt am Sonnabend ihre Jahresversammlung in Meißen ab. Der wichtigste Beratungsgegenstand lautete: Deutsch in den Meißner Hilfsschulklassen (für Schwachsinnige) an praktischen Lektionen vorgeführt durch die Hilfsschullehrer Meißens. Vorträge und Beratungen. Die praktischen Vorführungen sollten an einem Unterrichtsgegenstande, dem Deutsch, zeigen, wie auch die geistig schwachen Kinder bei geeigneter Methode zu sicherer Lesefertigkeit gefördert werden können. Freilich müssen dabei drei Punkte besonders beachtet werden. 1. Löse jede Aufgabe bis ins Einzelnste auf! Mache in der Gedankenfolge keine Sprünge! Halte nichts für selbstverständlich und darum überflüssig! 2. Halte an derselben Unterrichtsform fest. 3. Uebe das Dargebotene immer wieder. Die Vorführungen zeigten nun in der Tat, wie in der untersten Stufe bei den „grundlegenden Uebungen im Aufsatzbilden“, in der 2. Stufe beim „Lesen und Rechtschreiben“, in der 3. Stufe beim „mündlichen Aufsatz“ und „Lesen eines Satzes“ und auf der obersten Stufe beim „vorstellenden Lesen“ von verschiedenen Lehrern nach ein und demselben Grundsatz unterrichtet wurde, und wie sich die Lesefertigkeit von den unbeholfensten Lautierübungen der untersten Stufe bis zum verständnisvollen Lesen einfacher Geschichten in der obersten Klasse entwickelte. — In der Nachmittagsversammlung, die um 3 Uhr begann, wurden zunächst die praktischen Vorführungen durch einen Vortrag theoretisch begründet. — Darauf erfolgte eine Aussprache über die Ausgestaltung des Personalbogens. Eine wichtige Angelegenheit, da die Personalbogen sowohl der Justizverwaltung bei den Jugendgerichtshöfen als auch der Militärverwaltung bei Rekrutenaushebungen zur Unterlage dienen sollen. Aus diesem Grunde wünscht der Deutsche Hilfsschulverband einen einheitlichen Personalbogen für ganz Deutschland, dem der Horrigsche Bogen (Düsseldorf) zugrunde gelegt werden soll.

Sodann brachte Hilfsschullehrer Mehnert in Dresden die Wünsche der sächsischen Hilfsschullehrer zum neuen Schulgesetz in einem Vortrage zum Ausdruck, wobei als wichtigster Wunsch der hervorgehoben sei, daß „für die Ausbildung schwachsinniger schulpflichtiger Kinder jede Schulgemeinde bezw. jeder Schulinspektionsbezirk besondere Maßnahmen zu treffen hat“. Die übrigen Wünsche beziehen sich auf die Gestaltung der Hilfsschule, auf die Hilfsschulzöglinge und die Hilfsschullehrer. Auch diesem Vortrage folgte eine lebhafte Aussprache. — Damit hatte die Jahresversammlung ihre Tagesordnung erledigt.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Durch **Explosion einer Petroleumlampe** hat sich in Waldheim die Frau verw. Otto tödliche Brandwunden zugezogen. Die im 68. Lebensjahre stehende Frau hatte bei ihr zu Besuch weilende Personen die Treppe herabgeleuchtet und dabei jedenfalls die Lampe etwas zu schief gehalten, so daß das im Ballon befindliche Petroleum explodierte und die Kleider der Frau in Flammen setzte. Die Frau verstarb am anderen Morgen an den erlittenen Brandwunden. — In Seifhennersdorf hat der **Fabrikbrand** der mechanischen Weberei von Stephanus, Leibnitz u. Komp. am 20. Juli unerwartet seine Aufklärung gefunden. Vorgestern stellte sich der Tagarbeiter Kaiser, genannt Berndt, bei der Gendarmerie in Großschönau und gestand unter Darlegung der einzelnen Tatsachen, das **Feuer vorsätzlich angelegt** zu haben. Er wurde in das Amtsgericht Großschönau eingeliefert. Berndt ist 1884 in Neugersdorf geboren, verheiratet und Vater von zwei Kindern. Wie verlautet, hat er das Feuer aus Rache angelegt. — In Chemnitz wurde ein 15jähriger Schneiderlehrling, der beim Kaffeetrinken seinem Lehrmeister **Bitterkleesalz in die Tasse geschüttet** hatte, festgenommen. Der Meister, welcher die Sache rechtzeitig gewahr wurde, hat von dem Getränk nicht getrunken. — Die im Dienst der sächsischen Wasserbaubehörde stehende Tauchermannschaft ist gegenwärtig am Nixstein bei Strehla (Elbe) tätig, einer Granitklippe, die sich unter dem Strehlaer Schloß quer durch den Strom legt. Der steigende Elbverkehr und die immer größer werdenden Fahrzeuge fordern gebieterisch eine Verbreiterung der Fahrrinne. Der im Wege liegende Felsen muß auf mehrere Meter Breite weggesprengt werden. Das kann, weil der in Betracht kommende Teil des Nixsteins zu jeder Jahreszeit überflutet ist, nur mit Zuhilfenahme der Taucherglocke geschehen. — Unter den Anzeichen einer **Vergiftung** wurde beim Krankenhaus St. Jakob in Leipzig ein Rechtsanwalt eingeliefert. Der Betreffende ist herzleidend und sehr nervös. Man fand ihn am Sonnabend in seinem von innen verschlossenen Bureau auf dem Sofa liegend bewußtlos vor. — Der 50 Jahre alte Besitzer eines Südfrucht- und Delikatessengeschäfts in Zwickau, Wilhelm August Köhler, wollte in dem Keller der Kühlanlage die zu einem Wasserloch führende Rohrleitung reinigen. Er stürzte dabei, jedenfalls infolge eines Schwindelanfalles, **mit dem Kopfe voran in das sehr enge Loch**, aus dem er sich nicht mehr befreien konnte, so daß der Tod alsbald eintrat. — Der Sohn eines Zwickauer Lehrers, der in Leipzig Tierarzneikunde studiert, brachte sich in selbstmörderischer Absicht einen **Revolverschuß in den Kopf** bei, wodurch er lebensgefährlich verletzt wurde.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090915/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Stadt-Chronik.

Lockartikel der Warenhäuser.

Die Berliner Börsenzeitung schreibt zu diesem Thema:

„Der Kampf der Warenhäuser untereinander nimmt jetzt in Berlin schärfere Formen an. Den Anlaß dazu gibt die bevorstehende Eröffnung des W.-H.-Warenhauses, wie es kurz genannt wird, des Unternehmens des Herrn Wolf Wertheim in der Potsdamer Straße. Gewissermaßen als Vorbotengefechte kann man die Konkurrenzangebote auf dem Lebensmittelmarkt betrachten. Hier leisten die Warenhäuser das menschenmöglichste. Sie bieten gewisse Produkte bedeutend unter dem Einkaufspreis an, um das Publikum anzulocken. So kosten beispielsweise im Warenhause die Pflaumen 9 Pf., während der Einkaufspreis 12 Pf. beträgt. Ein ähnliches Verhältnis besteht mit dem Pfirsichen, Birnen, Weintrauben. Auch die anderen Artikel in der Lebensmittelabteilung sind zum großen Teil unter den Einkaufspreisen ausgezeichnet. Gewöhnlich wird an den Lebensmitteln nicht viel verdient. Der Gewinn wird hier auf 8 Proz. berechnet, während die Unkosten durchschnittlich 20 Proz. betragen. Die Lebensmittelabteilung ist aber trotzdem eine für das Warenhaus unerläßliche Abteilung, da hierdurch das Publikum dem meisten Anreiz zum Kauf erfährt."

Es gibt Leute, die meinen, eine Konsumgenossenschaft könne mit einem Warenhaus nicht konkurrieren. Daß diese Annahme falsch ist, wird ja durch die Tatsachen der Entwicklung bewiesen, man braucht aber auch bloß die hier mitgeteilten Zahlen näher anzusehen, um zu begreifen, wie es mit den Warenhäusern als Konkurrenten der Konsumvereine beschaffen ist. 28 Prozent Unkosten haben ihre Abteilungen für Lebensmittel, Konsumvereine kommen aber mit einem Unkostenkonto von 8 bis 10 Prozent aus. Freilich, wenn die Warenhäuser Lebensmittel als Lockartikel unter Einkaufspreisen verkaufen, kommen die Konsumvereine nicht mit. Verschenken können diese nichts. Allerdings tun das die Warenhäuser auch nicht; wenn sie trotzdem einzelne Lebensmittel zeitweise unter dem Einkaufspreis abgeben, so nur deshalb, weil sie an anderen Waren soviel verdienen, daß sie bei Lebensmitteln zusetzen können. Wer reell und preiswürdig bedient sein will, tut also immer noch am besten, in den Konsumverein zu gehen. Dort gibt es keine Lockmittel, aber auch keine exorbitanten Preisaufschläge auf andere Waren, mit denen die Lockmittel bezahlt werden müssen.

Die neue Augustusbrücke

ist nun so weit, daß die Einweihung voraussichtlich am 1. Oktober 1910 mit der Einweihung des neuen Dresdner Rathauses stattfinden kann. Die Gründungen der Brücke sind vollständig fertiggestellt, nur drei Bogen sind noch auf Altstädter Seite zu bauen, deren Vollendung bis zu dem oben angegebenen Termin keinerlei Schwierigkeiten haben dürfte. Der alte Pfeilerstumpf, der jetzt noch auf Altstädter Seite aus der Elbe hervorragt, soll bis nach dem im nächsten Frühjahre zu erwartenden Eisgange stehen bleiben und dann erst abgetragen werden, um als Schutz für die dort noch stehenden Holzbauten der Interimsbrücke zu dienen. Auf der Altstädter Seite ist die hohe Kaimauer, die die Fortsetzung des Terrassenufers nach der Elbe zu abschließt, bis zum Hotel Bellevue durchgeführt worden. Die neue Straße, welche unter dem ersten Bogen der Brücke hinwegführen soll, ist allerdings nicht ganz hochwasserfrei, denn sie wird wie das Terrassenufer bei zirka 2 Meter Wasserstand über Null überflutet werden. Auf Neustädter Seite wird eine zirka 40 Meter breite Hochuferstraße angelegt, die von der gleichen Straße am Königlichen Finanzministerium bis zur Marienbrücke durchgeführt werden soll und die Anschluß an den Neustädter Brückenkopf der Augustusbrücke erhält. Sie ist bis zu diesem Punkte schon fertiggestellt. Bezüglich der künstlerischen Ausschmückung der Brücke sind die Verhandlungen zwischen der Stadt, der Bauleitung und Herrn Professor Wilhelm Kreis (Düsseldorf) noch nicht abgeschlossen. Auch sind noch nicht alle Mittel für die Ausführung dieses Schmuckes bewilligt. Nach der gegenwärtigen Planung werden auf Altstädter Seite zwei Pavillons für die Brückenzolleinnehmer, für Läden usw. errichtet. Der Brückenaufgang resp. die Straße über dem ersten Bogen erhält eine Breite von 30 Metern, während die Brücke selbst 18 Meter breit ist. Auf dem zweiten Pfeiler kommen zwei Löwen zu stehen, die gewissermaßen als Brückenwächter gelten sollen. Den Hauptschmuck erhält der Mittelpfeiler, auf dem eine Kreuzgruppe ähnlich derjenigen in früheren Jahrhunderten aufgestellt werden soll. Auf Neustädter Seite, und zwar auf dem siebenten Pfeiler, werden noch zwei Figuren sächsischer Fürsten aus der Zeit der Erbauung der ersten steinernen Brücke aufgestellt. Den Abschluß auf Neustädter Seite sollen zwei Figurengruppen bilden, welche die Elbe und Nordsee und die Elbe und Weißeritz darstellen sollen. Die gesamte Länge der neuen Brücke wird 327 Meter betragen. Sie wird den Strom mit sieben Bogen überspannen, die eine Spannweite von 17 bis 40 Meter haben. Die Straßenhöhe der Brücke liegt zirka 1,50 Meter höher als diejenige der alten Brücke, so daß die auf der Elbe verkehrenden Schlepp- und Personendampfer die Bogen immer noch bei einem Wasserstande von 2,50 Meter über Null passieren können. Die gesamten Baukosten belaufen sich auf zirka 4½ Mill. M., wozu noch die Kosten für den Landerwerb und die Uferbauten kommen.

Erschreckendes soziales Elend

rollte wieder einmal eine Verhandlung des Jugendgerichts auf. Ein 14jähriger Schuljunge mit bleichen, unnatürlich ernsten Gesichtszügen fragte vergeblich bei einem Arbeitgeber um Beschäftigung nach. Er benutzte die Gelegenheit, um eine Uhr und eine Mark zu entwenden. Die Uhr wollte er verkaufen und den Erlös der Mutter als angeblichen Arbeitsverdienst aushändigen. Die Uhr wurde ihm aber vorher wieder abgenommen. Schluchzend bezeichnet er als Motiv der Tat das Verlangen der Mutter, Geld nach Hause zu bringen. Die Lebensbedingungen des Kindes sind äußerst traurige. Die Familie zählt insgesamt acht Kinder. Der Vater hat infolge eines Leidens zeitweise keine Beschäftigung, die Mutter kann wegen der vielen Kinder nicht auf Arbeit gehen. So herrscht manchmal bittere Not und die Mutter schickte deshalb die Kinder auf Verdienst aus. Der Klassenlehrer Werner kann über das sittliche Betragen des Jungen nichts Nachteiliges berichten. Die Wurzel alles Uebels ist seiner Ansicht nach in den traurigen häuslichen Verhältnissen der Familie zu suchen. In der 8. Klasse fing es schon an. Der damals sechsjährige Junge mußte mit Streichhölzchen handeln gehen und wurde noch nachts 11½ Uhr bei Gaßnewet angetroffen. Die frühe Erwerbstätigkeit beeinträchtigte die geistige Entwicklung des Knaben derart, daß er aus der Klasse 3b entlassen werden muß. Dieselbe Ursache verschuldete auch, daß der Junge keine Schularbeiten machte und in dem Bestreben, sich herauszureden, lügenhaft wurde. Wenn der Junge nicht aus diesen Verhältnissen entfernt würde, werde er auf der betretenen Bahn weiter schreiten. Komme er aber in eine andere Umgebung, dann werde aus ihm sicher noch etwas werden. Das Gericht erkannte mit Rücksicht darauf, daß das Kind ein Opfer der traurigen sozialen Verhältnisse ist, auf einen Verweis.

Das Schicksal dieses Proletarierkindes kann typisch genannt werden. Gesetzmäßig folgen hier Ursache und Wirkung aufeinander. Das sieht aber die bürgerliche Gesellschaft nicht — sie zetert nur über die „wachsende Verwahrlosung der Proletarierjugend".

Zur Sitzung der Stadtverordneten

am Donnerstag, abends 7 Uhr, lauten die wichtigsten Punkte der Tagesordnung: Schreiben des Rates, mittels dessen er zufolge eines Ersuchens der Stadtverordneten vom 22. Februar 1907 eine Uebersicht über die Entschädigungen übersendet, die im Jahre 1908 von den Versicherungsgesellschaften auf Grund des mit ihnen über die Haftpflichtversicherung der städtischen Straßenbahn abgeschlossenen Vertrages gezahlt worden sind. — Die Errichtung eines städtischen Fürsorgeamtes und die Einsetzung eines besonderen gemischten Ausschusses für die Geschäfte dieses Amtes. — Die im Interesse der Kinderfürsorge zu ergreifenden Maßnahmen und die Einstellung von Berechnungsgeldern zur Unterstützung der Kinderfürsorgeanstalten und zur unmittelbaren Unterstützung der vom Waisenamte beaufsichtigten Kinder, soweit sie in Dresden unterstützungswohnsitzberechtigt sind, in den Haushaltplan für das Jahr 1910. — Die Bewilligung von 8000 M. zu Lasten der Pos. 50 des diesjährigen Haushaltplans zur Erhöhung der in Pos. 17b zur Bestreitung des Aufwandes für Landtagswahlen vorgesehenen 7000 M. — Die Verwilligung eines Beitrags von 15 000 M. zugunsten der Brandgeschädigten der Dresdner Vogelwiese.

Dienstbotenelend.

Ein Selbstmordversuch unter eigenartigen Umständen ereignete sich gestern früh im Hause Waisenhausstraße Nr. 5. Aus dem Treppenflurfenster des ersten Stockwerks stürzte sich ein 19 Jahre altes Dienstmädchen kopfüber in den gepflasterten Hofraum hinab, nachdem es sich die Röcke unterhalb der Knie mit Bindfaden fest zusammengeschnürt hatte. Bewußtlos blieb die Unglückliche liegen, aus deren Mund Blut quoll. Der schnell von den im Hofe beschäftigten Markthelfern hinzugerufene Arzt stellte eine Rückgratverletzung und Armverstauchungen fest. Die anscheinend auch innerlich Schwerverletzte wurde sofort im Krankenwagen nach dem Friedrichstädter Krankenhaus gebracht. Ueber den Grund zur Tat verlautet folgendes: Das Mädchen stand erst seit dem 1. September d. J. bei der Herrschaft Krüger in Dienst, deren Personal im Laufe der letzten Jahre häufig gewechselt hat. Das aus Oesterreich stammende Mädchen hatte vor wenigen Tagen an seine dort lebende Mutter einen Brief geschrieben mit der Bitte, die Mutter möchte es doch wieder aus dem Dienst nehmen. Als Antwort war ihr der Bescheid geworden, ein Jahr wenigstens auszuhalten. Dieser Brief hat das Mädchen mutlos gemacht. Dazu kam, daß sich vorgestern abend wieder ein heftiger Auftritt in der Wohnung der Herrschaft ereignete, weil das Mädchen, das die fünf kleinen Kinder versorgen mußte, angeblich einen Gashahn nicht völlig abgedreht hatte. So faßte das Mädchen den Entschluß, aus dem Leben zu gehen.

Einen plumpen Versammlungsschwindel

hat sich ein vorläufig noch Unbekannter mit mehreren Dresdner Wirten erlaubt. Unter dem Namen „Karl Kindermann" hat er einige Saalbesitzer antelephoniert, um jeden der Säle gleich für eine Serie aufeinander folgender „sozialdemokratischer Versammlungen" zu belegen. Die an uns ergehenden Anfragen beweisen, daß die Antelephonierten den Besteller von vornherein nicht ernst genommen haben, weshalb wir auf das Kindische der ganzen Manipulation nicht weiter einzugehen brauchen.

Frauen von Dresden-Neustadt! Morgen Donnerstag den 16. d. M. findet bei W. Rothe, Großenhainer Straße, Diskussionsabend statt. Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht.

Die Verwaltung des Zoologischen Gartens hat beschlossen, für den verregneten letzten billigen Sonntag nochmals, und zwar nächsten Sonntag den 19. September, den Eintrittspreis auf 25 Pf. die Person zu ermäßigen. Wiederum soll an diesem Tage 5 Uhr nachmittags von den bekannten Dresdner Aeronauten Lämmel und Beckert eine Luftballonfahrt mit ihrem neuen Ballon „Greif" unternommen werden. Die Füllung des Ballons beginnt mittags 1 Uhr, und es kann von der großen geschützten Tribüne für 25 Pf. die Vorbereitung zur Auffahrt beobachtet werden. Das Konzert beginnt nachmittags 4 Uhr. — Der derzeitige Tierbestand des Gartens ist sehr reichhaltig, wozu die vielen eingegangenen Geschenke und Geburten beitragen. Von letzteren seien nur die zwei jungen männlichen Löwen erwähnt, die mit ihren drolligen Spielen viel Spaß bereiten.

Aus der Umgebung.

Coschütz. Da die vorigen Donnerstag anberaumte öffentliche Gemeinderatssitzung wegen Beschlußunfähigkeit nicht stattfinden konnte, soll dieselbe Donnerstag den 16. September, abends 7½ Uhr, abgehalten werden.

Birkigt. Ein recht trauriger Anblick wurde Montag früh den Passanten der Potschappler Straße zuteil: von 21 jungen gesunden Obstbäumen lagen die Kronen auf der Straße oder hingen abgebrochen noch an ihren Stämmchen. Die Gemeindebehörde hat 50 M. Belohnung demjenigen ausgesetzt, der die Uebeltäter so nachweist, daß sie gerichtlich bestraft werden können.

Rabenau. Am Sonnabend abend gegen 9 Uhr brach in dem mit Stroh gedeckten Anwesen des Stuhlbauers Max Schubert Feuer aus. Das Feuer nahm vom Stalle aus seinen Ausgang, verbreitete sich über die sämtlichen Gebäude und äscherte diese vollständig ein. Durch das auf dem Boden aufgestapelte Heu und Grummet fand es reiche Nahrung, ebenso durch das Holzmaterial. Die Feuerwehr löschte mit drei Schläuchen, konnte aber weiter nichts ausrichten, als die benachbarten Gebäude vor dem Uebergreifen des Feuers zu schützen. Eine Kuh, zwei Schweine und der größte Teil der Möbel wurden gerettet. Der Kalamitose hat versichert. Die Brandursache ist vorläufig unbekannt.

Dippoldiswalde. Wie die bürgerliche Presse zu melden weiß, wurde hier neuerdings ein dringendes Bedürfnis befriedigt: es wurde ein Nationalliberaler Verein für den Amtsgerichtsbezirk Dippoldiswalde gegründet.

Vereinskalender für Donnerstag.

6. Wahlkreis, Bezirk Bannewitz, Welschhufe u. Umg. Abends 9 Uhr Mitglieder-Versammlung im Gasthof Welschhufe.
Deutscher Arbeiter-Abstinentenbund. Abends 9 Uhr öffentliche Versammlung im kleinen Volkshaussaale, Marienstraße.
Deutscher Arbeiter-Stenolachgraphen-Bund (Ortsgruppe Dresden). Abends 8½ Uhr Versammlung im Volkshaus.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Wie ein Abenteurer-Roman hörte sich eine Verhandlung an, die unter großem Andrange von Neugierigen vor der dritten Strafkammer gegen den 1878 in Adlerdorst bei Bromberg geborenen Maschinenschreiber Alois Lewandowsky wegen schweren Diebstahls stattfand. Nachdem der Angeklagte hier schon mehrfach wegen Betrugs und Diebstahls vorbestraft war, ging er anfangs dieses Jahrhunderts nach Amerika. Unter dem Namen Charles Anstell reisend, verzeiht er sich an einem Gefängnisbeamten und wurde im Jahre 1903 wegen versuchten Mordes zu 14 Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Jahre 1909 begnadigt, kehrte er mit 34 Dollar nach Europa zurück. In Skandinavien landete er, fand daselbst jedoch keine Arbeit und wandte sich wieder nach Deutschland, und zwar nach Dresden. In der Nacht zum 3. Juli, nachdem er, seiner Angabe nach, den ganzen Tag gewandert, aber nichts gegessen hatte, erbrach er in einen Steinbruch im Lößnitzgrunde eine Baubude, nächtigte daselbst und verschwand am Morgen unter Mitnahme einer Zange und eines Schraubenschlüssels. Die nächste Nacht verbrachte L. in der Laube eines Schrebergartens an der Wienerstraße. Ein in der Laube liegendes Küchenmesser steckte er zu sich und wollte nun Lebensmittel stehlen, um seinen Hunger zu stillen. An der englischen Kirche vorbeikommend las er einen Anschlag in englischer Sprache, wonach für eine milde Sammlung zwei Pfund Sterling eingegangen waren. Da kam ihm der Gedanke, das Geld zu stehlen. Durch ein Kellerfenster kroch er in die Kirche, erbrach die Tür zur Sakristei und versuchte zunächst den Kasten zu öffnen. Derselbe widerstand aber seinen Anstrengungen. Aus einem gesprengten Pulte entwendete er 65 Pf. Einige kostbare Meßgewänder, eine Prachtbibel, mehrere Fruchtschalen aus Silber und Perlmutter raffte er zusammen und versteckte alles unter den Altar. Eine Anzahl Toilettegegenstände, Seife, Bürsten usw., nahm er mit und verließ den Schauplatz seiner Tätigkeit. Dem Geistlichen schrieb er einen Brief, worin er sich erbot, gegen Hinterlegung einer Summe das Versteck anzugeben. Dasselbe tat er auch von Bodenbach aus, nachdem er sich gewendet hatte. Da die erwartete Geldsendung ausblieb, teilte er das Versteck umsonst mittels Briefes mit. Von Bodenbach aus kam er in der Nacht zum 11. Juli wieder nach Dresden. Als er die Pirnaer Landstraße passierte und am Vereinshause vorüberkam, sah er ein Küchenfenster offen und beobachtete, wie das Mädchen die Küche verließ und sich zur Ruhe begab. Nach einem Weilchen stieg L. durch das offene Fenster ein und suchte zunächst etwas Genießbares, um seinen Hunger zu stillen. Nachdem er einige Töpfe Milch ausgetrunken hatte, entdeckte er einen Glasschrank mit Silbergeschirr. Diesen öffnete er gewaltsam und nahm Messer, Gabeln und Löffel im Gesamtwerte von 400 M. mit. Während seiner Tätigkeit hatte sich das Gas angebrannt, so daß er von der Straße ganz gut beobachtet werden konnte, es kam aber niemand dazu. Mit den gestohlenen Gegenständen begab sich L. zunächst in die Gärtnereianlagen und verscharrte sie daselbst im Gebüsch. Nun ging er wieder ins Vereinshaus, klingelte den Portier heraus und teilte ihm mit, daß er gesehen habe, wie jemand eingestiegen sei, jedenfalls war es ein Dieb. Nach Aussage des Angeklagten habe der Portier ganz verschlafen und „blöd" geantwortet: „Bei uns ist nichts gestohlen". L. wollte gern Finderlohn herausschlagen. Da es nicht gab, rief er laut nach Polizei, aber so sehr er rief, merkwürdigerweise ließ sich kein Vertreter der heiligen Hermandad sehen. Nun ging er einer Droschke und fuhr mit derselben zur Polizei. Dort meldete L., er Zeuge des Vergrabens von vermutlich gestohlenen Gegenständen gewesen sei. Da er keine Papiere bei sich hatte, nahm man ihn fest und holte dann die Gegenstände. L., der gefesselt in den Verhandlungssaal geführt, auf seinen Antrag aber, trotz des Widerstandes des Staatsanwalts, von dem Schließzeug befreit wurde, legte ein umfassendes Geständnis ab, infolgedessen eine Zeugenvernehmung überflüssig wurde. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust. 6 Wochen der Strafe gelten als verbüßt.

Jugendgericht.

Ein 14jähriges Schulmädchen ging mit Postkarten handeln. Die Familie war auf seinen Verdienst mit angewiesen, denn das Kind hatte noch zehn Geschwister. Eines Tages wurde es von einer Köchin mit in die Küche genommen und erhielt etwas zu essen. Es benutzte die Gelegenheit, ein dort liegendes Zwanzigmarkstück zu stehlen, das es später aus Furcht vor Entdeckung weggeworfen haben will. Nach den Würdigung der Sachlage erkennt das Gericht wegen Diebstahls nur auf einen Verweis und spricht das Kind vom unbefugten Handeln frei, da es zweifellos in diesem Falle nicht die Strafbarkeitseinsicht besessen habe.

Verführungen der Großstadt. Zwei 13 Jahre alte Schulknaben entwendeten einem Bäckermeister aus der Ladenkasse gemeinschaftlich an drei verschiedenen Malen insgesamt 4 M. und kauften sich dafür Lebensmittel. In einem Fischgeschäft erlangten sie durch einen Griff in die Ladenkasse gleichfalls 50 Pf. Schuldirektor Müller kann über die beiden Jungen nur günstig berichten. Die Klassenlehrer bezeichnen den einen als sehr intelligent, zwar etwas vorlaut, aber sonst von tadelloser Führung. Der andre wird ebenfalls als ein sehr anhängiger und fleißiger Junge geschildert. Der Amtsanwalt beantragt, sie beide „mal zusperren", das Gericht erkennt aber vernünftigerweise nur auf einen Verweis.

Jugendtorheiten. Im Vorzimmer eines photographischen Ateliers verschwand einer jungen Dame aus dem Geldtäschchen ein Zehnmarkschein. Als die Verlustträgerin hiervon dem Photographen Mitteilung machte, wollte er seinen Kopf dafür zum Pfande setzen, daß von seinen Angestellten keiner der Dieb sein könne. Bald darauf verschwand aus seiner Brieftasche ein Zwanzigmarkschein und eines Tages merkte er den Verlust eines Hundert- und eines Zwanzigmarkscheins. Gleichzeitig verschwand einer von seinen Lehrlingen im Alter von 15 Jahren. Der Lehrling war der Dieb; er wurde mit dem Geld nach der Schweiz flüchtig, wo er als Photographengehilfe Stellung zu finden hoffte. Unterwegs wurde er aber festgenommen. Der Dienstherr wollte den Strafantrag wieder zurückziehen, weil es sich aber nicht um Sachen von „unbedeutendem Werte" handelte, war hierzu nicht

Zu haben in den einschlägigen, durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften.

Gesetze keine Möglichkeit mehr vorhanden. Dem Lehrling wird ch von seinem Meister ein glänzendes Zeugnis ausgestellt, er sei rordentlich intelligent, habe sich stets ausgezeichnet benommen und uverlässig in jeder Weise. Für die Diebstähle findet niemand eine lärung. Der Lehrherr hat den Lehrling auch wieder zu sich ge- nen und bittet für ihn um Bewilligung einer Bewährungsfrist. Gericht verurteilt ihn zu 7 Wochen Gefängnis.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Vom gelben Bäckerbund.

Der Bund der Bäcker und Konditorangestellten Deutschlands in Kassel seinen 4. Bundestag abgehalten. Getreu dem ndzweck, die wirklichen Organisationsbestrebungen der Bäcker hindern, dagegen den Bäckermeistern ein möglichst williges und iges Arbeitermaterial zu stellen, eröffnete der Bundespräsident schnöski-Berlin die dreitägigen Verhandlungen mit der sicherung, man wolle das Los der Gesellen verbessern, indem man t den Meistern im besten Einvernehmen bleibe". — Im Ge- schäftsbericht wurde die Mitgliederzahl mit 10 038 in 200 Orts- ppen angegeben. Welche Bewandtnis es mit diesen Zahlen hat, de bereits dieser Tage in einer von der sozialdemokratischen sse veröffentlichten Ermittlung des freigewerkschaftlichen Ver- bes der Bäcker und Konditoren nachgewiesen. — Ueber den chentlichen Ruhetag, der seit Jahren von den Gesellen dert wird, referierte Grumm-Berlin. Er empfahl, für einen 16stündigen „Ruhe"-Tag einzutreten, weil für die — Meister (!) 22stündige Ruhepause eine ernste Gefahr bedeute. Für diesen sterfreundlichen Standpunkt vermochte sich aber nicht einmal die sammelte gelbe Gefolgschaft zu erwärmen; es wurde beschlossen, gesetzliche Backverbot auf 22 Stunden auszudehnen, und zwar Sonntag früh 8 Uhr bis Montag früh 6 Uhr.

Da schon in der Diskussion des Geschäftsberichts Klage geführt den war, daß durch den „zu hohen" Bundesbeitrag — 3 M. pro r — Mitgliederverluste zu verzeichnen waren, wurde die Herab- ng des Beitrages auf nur 1,80 M. beschlossen. — Der zweite handlungstag brachte eine erbauliche Auseinandersetzung mit früheren Herausgeber des Bundesorgans, dem Ehrenmitglied gelben Bäcker, W. Hartmann. Dieser hatte das famose Bundes- m auf eigene Kosten und Gefahr gegründet, kam aber nicht auf e Rechnung und gab deshalb das gelbe Papier an den Bund ab. verlangte als Gegenleistung 36 000 M.; es war indes, wie chardt-Berlin berichtet, ganz ausgeschlossen, daß der Bund bezahlen konnte, denn er hatte kein Geld! So erhielt tmann nur 10 000 M., verlangte jetzt aber noch 11 000 M., n Bewilligung indessen vom Bundestag abgelehnt wurde. Be- flich! Denn der ruhmredige Bund hat nach seiner eigenen An- e überhaupt nur insgesamt 9800,15 M. Kassenbestand. — Ueber „Terrorismus unserer Gegner und die Maßregelungen unserer ünde" referierte Wischnövski-Berlin, der die Regierung chte, gegen den „sozialdemokratischen" Verband einzuschreiten, n was dieser an „haarsträubendem" Terrorismus leiste, seien waltmaßnahmen, wie sie das Gesetz unter keinen Umständen eißen könne". Ueber einen veritablen gelben Schwindel be- ete mit treudeutscher Offenheit Bundesbruder Vollmar- scheid. Er berichtete, daß die Arbeiterkundschaft vom Meister oft die Marken zeigen ließe, um festzustellen, ob Verbandsmit- er beschäftigt würden. Oft seien die Kunden dadurch zufrieden- llen gewesen, daß man ihnen die Markenbücher des Bundes e, die man dann als Verbandsmarken angesehen habe. — Zur ahme gelangte eine Resolution, in der es heißt: „Der 4. Bundes- erwartet von der Regierung, daß endlich den berechtigten schen und Forderungen, den arbeitswilligen Bäcker- und Kon- gehilfen besseren gesetzlichen Schutz angedeihen zu lassen, statt- den wird."

Das Ehrenmitglied der Gelben, Reichstagsabgeordneter feberg, wurde aufgefordert, zur gegebenen Zeit an ent- ender Stelle für diese „gerechte Forderung" einzutreten. Dem- steht dem Reichstage eine humorvolle Viertelstunde bevor, be- n von dem spaßigen Quedlinburger gelben Ehrenmitglied und nen Bäckermeister. — Der Kieler Bundestag hatte einen g angenommen, eine achtstündige Arbeitszeit in den Groß- eben zu erstreben. Jetzt wurde aber in einer der vielen Reso- nen — man leistete Unheimliches in der Produktion von Reso- nen — erklärt, daß man „die Durchführung der achtstündigen itszeit für die Großbetriebe mit Rücksicht auf die Meisterschaft für möglich halte". Deshalb man sich zu diesem Standpunkte kentwickelte, erklärte Hinzmann-Danzig, indem er sagte, das Streben nach dem Achtstundentag für die Großbetriebe ie Gefahr gegeben, daß die Meisterschaft nicht mehr in der bis- en Weise mit den Bundesgesellen und deren Bundesvorständen iten werde. Deshalb wird man noch etwas braver und ersucht Vorstand des Meisterverbandes Germania untertänigst, er ge dahin wirken, daß die Meister in wirtschaftlichen Fragen den llen etwas mehr Entgegenkommen zeigen möchten".

Aus der ganzen Tagung gewann man den Eindruck, daß der nd sich seiner Bedeutungslosigkeit immer mehr bewußt wird. e ein roter Faden zog sich durch die gesamten Verhandlungen das fühl der Furcht vor dem weiteren Erstarken des Verbandes der ker und Konditoren.

Lokales.

Achtung, Zimmerer und Bauarbeiter!

Der Bau von Symank, Schlüterstraße, ist für organisierte Ar- ter gesperrt.

Aus der Umgebung.

Die Tabakarbeiter

Meißen und Großenhain sind in eine Tarifbewegung ein- treten. Es ist zu hoffen, daß die bescheidenen Forderungen von den brikanten allgemein anerkannt werden. Einige derselben haben sich reits zustimmend geäußert.

Inland.

Tarifverträge in der Brauindustrie.

Erhebliche Verbesserungen erzielte der Brauereiarbeiterverband rch den mit dem Verein der Brauereien von Breslau nd Umgegend abgeschlossenen Tarifvertrag für alle Arbeiter r den Brauereiverein angehörenden Betriebe. Die Arbeitszeit, her 10 Stunden, wurde für den Sommer auf 9½ Stunde, für n Winter auf 9 Stunden reduziert. Die Lohnerhöhung beträgt n Durchschnitt 3 M. pro Person und Woche, für Kutscher 5 bis M., für Handwerker 4 M., für Heizer und Schmierleute 3 bis M. Bierfahrer 4—5 M. Ueberstunden und Sonntagsarbeit werden höher vergütet, auch Ferienurlaub von 2—6 Tagen wird gewährt. — Mit einer Augsburger Brauerei, Prügelbräu, at der Brauereiarbeiterverband ebenfalls einen vorteilhaften Tarif bgeschlossen und sich so das Mitbestimmungsrecht, das ihm vor- nthalten werden sollte, gesichert. Erzielt wurden: Lohnerhöhung on 2,50 M. pro Woche, Arbeitszeitverkürzung um ½ Stunde pro ag und eine Stunde an Sonntagen, Erhöhung der Ueberstunden- ätze usw. — Auch auf die Bierniederlagen und Selterwasserfabriken rstrecken sich die Tarifabschlüsse des Verbandes. So sind letzthin olche in Kiel, Fürstenwalde und Herford zustande gekommen, die ohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen und sonstige Verbesse- ungen der Arbeitsverhältnisse im Gefolge hatten.

Kleine gewerkschaftliche Nachrichten. Der Streik der Gießer und Gießereiarbeiter bei der Firma Schneider-Jacquet in Straßburg ist beendet. Die Firma stellt es den Arbeitern frei, sich u organisieren, nur soll im Geschäft keine Agitation getrieben werden. Auch die übrigen Beschwerden sollen tunlichst abgestellt werden. — Die Sperre der Böttcher und Küper über die Vereinigte Faß- handelsgesellschaft m. b. H., Noack u. Witt, Hamburg- Wilhelmsburg, dauert unverändert fort.

Ausland.

Die Arbeiter der italienischen Staatswerften zugunsten der Staatsindustrie.

Dem demnächst in Terni zusammentretenden Landeskongreß der italienischen Arbeiter in Staatsbetrieben wird ein Referat der Arbeiter der Staatswerften vorgelegt werden, das lebhaft gegen die Zurückdrängung der staatlichen durch die privatkapitalistischen Werften Stellung nimmt. In der von fachkundigen Arbeitern verfaßten Broschüre werden zahlreiche Beweise dafür angeführt, daß die Staatswerften wesentlich billiger arbeiten als die anderen. So wurden Arbeiten an der Regina Margherita, für die die Firma Ansaldo Armstrong 90 000 Lire forderte, vom Arsenal von Spezia für 50 000 Lire ausgeführt; Reparaturen, die für 10 000 Lire herzustellen waren, wurden Privatindustriellen mit 32 000 Lire bezahlt, usw. Das Referat mißbilligt daher die Verminderung der Arbeiter der Staatswerften, deren Zahl von 19 000 auf 14 000 reduziert wurde und binnen kurzem auf 12 000 zusammengeschmolzen sein wird, und hebt hervor, daß die anderen Staaten die Werften ihrer Regie beständig ausbauen, so daß Deutschland in den Staatswerften über 20 000 und England gar 32 362 Arbeiter beschäftigt. Die in Italien für die Marine bewilligten Gelder würden zurzeit mindestens zur Hälfte zur Bezahlung von Unternehmerprofit verwendet. Die Folge dieses Zustandes sei einerseits, daß die Gelder nie ausreichen, und zweitens, daß das Privatkapital durch beständige Pressionen die Bewilligung neuer Summen fordert. Das interessante Referat enthält eine Reihe von Reformvorschlägen für die bessere Organisierung der Staatswerften.

Soziales.

Die Wahlen zu den unteren Verwaltungsbehörden!

Folgendes Zirkular des sogen. „nationalen" Nucharbeiter-Mischmasches wird uns zur Verfügung gestellt:

„Dresden, den 11. September 1909.
Feldherrenstr. 5, Fernspr. 3669.

Die in Dresden und Umgegend in Stärke von etwa 17 000 Mitgliedern zusammengeschlossenen Nationalen Arbeiter- und Gehilfen-Organisationen gestatten sich auf folgendes hinzuweisen:

In den letzten Jahren haben sich die auf nationalem Boden stehenden Arbeiter in wachsendem Maße um die Wahlen zu den Organen der Arbeiterversicherung (Gewerbegerichte, Kaufmannsgerichte usw.) bemüht, und es ist ihnen bereits stellenweise gelungen, die sozialdemokratische Alleinherrschaft unter den Versichertenvertretern zu brechen.

Jetzt stehen die Wahlen zu den unteren Verwaltungsbehörden vor der Tür. Bei diesen Wahlen entscheidet es sich schon, ob in den übrigen Organen der Arbeiterversicherung — Ausschuß der Landesversicherungsanstalt, Schiedsgerichte und Reichsversicherungsamt — die nationalen Arbeiter eine entsprechende Vertretung erhalten sollen, oder ob die sozialdemokratische Alleinherrschaft wieder fünf Jahre stabiliert werden soll.

Wer das nicht will, muß eine Zersplitterung der auf die nicht sozialdemokratischen Kandidaten entfallenden Stimmen zu vermeiden suchen und ungeachtet vielleicht vorhandener Bedenken für die nachstehende Liste der nationalen Arbeiter- und Gehilfen-Organisationen stimmen. Eine Stimmenzersplitterung kommt nur den Sozialdemokraten zugute. Darum haben wir in den Kreisen der nationalen Arbeiter und Gehilfen Umschau gehalten und schlagen Ihnen deshalb vor, bei der bevorstehenden Wahl die Ihnen zustehenden Versichertenstimmen einmütig abzugeben für nachfolgende bewährte Kandidaten:

1. Heimberger, Karl, Klempnergehilfe, Dresden-N., Rückertstr. 21
2. Schramm, Emil, Handlungsgeh., Dresden-N., Trachenberger Str. 7
3. Schurz, Oswald, Kellner, Dresden-A., Feldherrenstr. 20, und
4. Schwiedam, Ernst, Maschinenbauer, Dresden-N., Bürgerstr. 17.

In der Erwartung, daß Sie unsere nationalen Bestrebungen freundlichst unterstützen werden, zeichnet

mit vorzüglichster Hochachtung!

Ausschuß der Nationalen Arbeiter- und Gehilfen-Organisationen von Dresden und Umgegend.

Für den Vorsitzenden M. Golbs."

Es ist dieser Aufforderung des nationalen Sammelsuriums gegenüber darauf zu verweisen, daß die Wahlen zu den unteren Verwaltungsbehörden von großer Wichtigkeit sind und daß es deshalb dringend nötig ist, dieser Maulwurfsarbeit der „Nationalen" entgegenzuwirken. Die nötigen Schritte sind ja von dem Arbeitervertreterverein in Dresden, in dem die Vertreter allen Arten von Kassen Mitglieder sind, geschehen. Die Sonderorganisatiönchen, in denen neben wenigen Arbeitern auch viele Unternehmer, Geistliche usw. und andere Nichtarbeiter Mitglieder sind, dürfen sich nicht anmaßen, als Vertreter der Arbeiter aufzutreten. Sie wenden sich berechnend an die Innungskrankenkassen usw., weil sie glauben, in diesen noch am meisten Aussicht für ihre arbeiterfeindlichen Pläne zu finden. Bis jetzt haben sie noch niemals Glück mit ihren Bestrebungen unter der Dresdner Arbeiterschaft gehabt und werden es auch diesmal nicht haben. Die Nucharbeiter stürzten sich also umsonst in Unkosten.

Von der Kommunalen Praxis ist soeben ein 36 Seiten starkes Heft erschienen, das sicher bei allen Kommunalpolitikern großen Beifall finden wird. Besonders interessieren wird eine genaue Tabelle aller deutschen Städte und Gemeinden, in denen die Wertzuwachssteuer bereits eingeführt ist, versehen mit den Angaben über die Höhe der zu erhebenden Sätze und allen weiteren wichtigen Fragen.

Ebenso wird eine Aufstellung über die Steuern, die die Gemeinden und Städte überhaupt einführen dürfen, größtem Interesse begegnen. Berücksichtigung fanden hierbei alle Bundesstaaten. Der Einzelpreis dieser Nummer beträgt 60 Pf. Bestellungen auf die Kommunale Praxis zum Preise von 3 M. pro Quartal nehmen alle Postanstalten, Buchhandlungen und Spediteure entgegen. Probenummern gratis vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Neues aus aller Welt.

Berlin, 14. September. Die für heute angesagten Flugvorführungen auf dem Tempelhofer Felde mußten in letzter Stunde abgesagt werden, da das am Vormittag schon ungünstige Wetter keine Neigung zur Besserung zeigte. Da Orville Wright in geschäftlichen Angelegenheiten Berlin auf einige Tage verläßt, und die Flugmaschine nach der bisherigen Campagne einer gründlichen Nachprüfung unterzogen werden soll, so wird jetzt in den Vorführungen eine kleine Pause eintreten und dann die große aviatische Veranstaltung voraussichtlich in den ersten Tagen der nächsten Woche ihren Abschluß finden.

Berlin, 15. September. Der 28jährige Schlosser Schwarz, ein arbeitsscheuer Mensch, versuchte von seinen Eltern Geld zu erlangen. Als dies mißlang, überfiel er seinen alten Vater. Hausbewohner schritten ein und verhinderten den Trunkenbold an weiteren Mißhandlungen.

Breslau, 14. September. Der Inhaber der Breslauer Maschinenfabrik und Eisengießerei Paul Heinerici, Karl Petersen, hat sich in die Oder gestürzt und ist ertrunken.

Altona, 14. September. Der Landarbeiter Timm, der unter dem Verdachte, an dem Dienstmädchen Anna Schmock in Moorhusen bei Elmshorn einen Lustmord verübt zu haben, vor einigen Tagen in Untersuchungshaft genommen wurde, hat heute vor dem Untersuchungsrichter das Geständnis abgelegt, daß er den Mord begangen habe.

Helgoland, 14. September. An der Südspitze der Düne kenterte bei starkem Seegang ein Segelboot, in dem sich zwei Kurgäste und zwei Schiffer befanden. Dr. Löwenthal aus Berlin und der Schiffer Franz sind bereits als Leichen geborgen. Die Leiche des anderen Kurgastes, dem Vernehmen nach Verlagsbuchhändler Taendler aus Berlin, ist bisher nicht gefunden worden. Der Schiffer Brobers wurde gerettet.

Frankfurt a. M., 14. September. Das Luftschiff Z. III unternahm heute nachmittag vom Ausstellungsgelände drei Flüge von zirka $^3/_4$ und $^5/_4$ stündiger Dauer über dem Weichbilde und der näheren Umgebung. Um $6^3/_4$ Uhr war das Luftschiff wieder in der schützenden Halle geborgen.

Kassel, 14. September. Bei Sieberitzhausen wurden zwei Frauen beim Sandholen in einer Sandgrube verschüttet und getötet.

Frankfurt a. M., 14. September. Heute nachmittag kurz nach ½3 Uhr spielte sich in der neuen Rothofstraße ein Familiendrama ab. Dort wohnte der 40 Jahre alte Theodor Jäger. Er hat seine 26 Jahre alte Frau erschossen und seinen 2½jährigen Sohn schwer verletzt. Er selbst hatte sich zu erhängen versucht, wurde aber noch rechtzeitig abgeschnitten. Die Frau hat einen Schuß in die linke Schläfe erhalten und war sofort tot. Das Motiv der Tat sind Nahrungssorgen. Nach einer anderen Version soll Eifersucht vorliegen. Jäger war seit einem halben Jahre ohne Stellung.

•

Basel, 14. September. Wie man nachträglich erfährt, hat die Zeppelin-Begeisterung anläßlich der Durchfahrt des Luftschiffes in Basel zwei Opfer gefordert. Ein älterer Mann stürzte auf der Straße vor Aufregung tot zu Boden und ein Neugieriger fiel vom Dache herab und war sofort tot.

Paris, 14. September. In der vergangenen Nacht kam es in den Zentralmarkthallen infolge von Streitigkeiten über die Besitznahme neuer Verkaufsstände zu Szenen, die das Eingreifen der Polizei notwendig machten. Der Polizeikommissar wurde durch Faustschläge verletzt, ebenso einige Gemüsefrauen, die sich an dem Kampfe beteiligten. Es wurde eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen.

Toulon, 14. September. An Bord des Kreuzers Descartes wurden infolge Bruches eines Dampfrohres ein Matrose getötet und ein anderer lebensgefährlich verletzt.

Marseille, 14. September. Der Käfig einer Königstigerin, die nach Oran transportiert werden sollte, wurde durch die Hufschläge eines erschreckten Pferdes zertrümmert. Die Tigerin entkam und eilte mit großen Sätzen zur Mole, verwundete einen Arbeiter durch Tatzenschlag und tötete einen Hund durch Bisse. Einem Aufgebot von bewaffneten Polizisten und Gendarmen gelang die Einkreisung des Tieres und seine Ueberführung in einen neuen Käfig.

Monte Carlo, 14. September. Der polnische Schauspieler Brzozowski verlor hier das ganze Vermögen seiner Reisebegleiterin, der Schauspielerin Rednarzewska, im Spiel. Darauf erschoß Brzozowski die Frau und versuchte Selbstmord.

Briefkasten.

R. F. Soviel uns bekannt im Krankenhause. Aber die ganze Frage müssen Sie mit Ihrem Arzte lösen.

Branntwein-Nachversteuerung. Die Notiz kommt aus Berlin aus zuverlässiger Quelle, ist also absolut zuverlässig.

B. S., Bialystok. Diese Form des Unterrichts ist ganz ausgeschlossen. — Den Text des Liedes finden Sie in jeder Zusammenstellung von Arbeiterdichtungen. Besten Gruß!

Quittung. Beim Holzarbeiter-Verband gingen für die ausgesperrten Schweden ein vom 7. bis 14. September: Arbeiterschaft der Firma Starke u. Weinrebe 3,20. Tischlerei Schwibbus, 3. Rate, 2,90. Tischlerei Adluft u. Hartmann, 4. Rate, 20,90. Sieben Tischler von Friebe u. Komp. 3,30. Arbeiterschaft der Kammfabrik Moritz Zwahr 9,30. Tischlerei Jähnigen, 2. Rate, 10,50. Jgs 3,—. Parkettleger von Lang u. Sohn, 4. Rate, 7,30 M. J. B. 1,—. Tischlerei Schwarz 2,—. Vom Tanzabend der Modelltischler, 2. Rate, 6,—. Stellmacher bei Klammt, durch Voigt, 10,—. Stellmacher durch Voigt, 9,80. Stellmacher auf Liste 75, durch Voigt, 6,—. Möbelfabrik Hermann u. Söhne, Potschappel, 10,10. Rahmenfabrik Krauße, Potschappel, 5 M. Modell- und Ausbautischler Werft Uebigau 6,40. Tischlerei Albert Frank 7,—.

Victoria-Salon.
Olga Desmond und das grosse Eröffnungs-Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 und 8 Uhr.
Im Tunnel: Großes Künstler-Kabarett. Anfang 8, Sonnt. 5 Uhr. Eintritt frei!

Central-Theater
Täglich abends 8 Uhr Varieté-Vorstellung.
Sonn- und Feiertags, $3^1/_2$ Uhr:
Nachmittags-Vorstellungen zu ermässigten Preisen.

Vielen Kranken ein grosser Segen!

„Durch eine vielwöchige Influenza abgemagert und ganz entkräftet, gebrauchte ich Ihre letzte Sendung. Schon nach wenigen Tagen fühlte ich merkliche Besserung, die **Kräfte nahmen** von Tag zu Tag mehr zu, der **Appetit steigerte sich,** Arbeitsfreudigkeit und körperliches Wohlbefinden kehrten zurück, so daß ich jetzt meinen Berufs-Geschäften vollkommen nachkommen kann. Ich bin Gott sei Dank durch den Genuß dieses köstlichen Wassers **völlig hergestellt.**" — „Das Wasser (Lamscheider Stahlbrunnen) ist großartig in seinen Wirkungen. Es ist in der beigegebenen Broschüre bez. der Wirkungen nicht zu viel gesagt, eher zu wenig. Ich habe Ihr Wasser angewandt gegen **Verdauungsbeschwerden, Mattigkeit** in den Füßen, **Appetitlosigkeit, Schlaflosigkeit, Nervosität, Angstgefühl,** Blutandrang nach dem Kopfe usw. Mit all dem räumt Ihr Stahlbrunnen gründlich auf." — „Das Lamscheider Stahlbrunnen-Wasser ist das einzigste Mittel, welches mir in meinem **schweren Nervenleiden** Hilfe brachte." — „Dies herrliche Wasser hat mir und meinen Kindern, welche auch **blutarm** sind, **sehr gut geholfen.**" — Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Trinkkuren im Hause mit Lamscheider Stahlbrunnen warm empfohlen. Keine Berufsstörung. Ausführliche Mitteilungen über Kurerfolge und Anwendungsgebiet kostenlos durch die Verwaltung des Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf N. W. 131.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090915/7
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Restaurant
Oskar Brause
Bischofsweg Nr. 16
empfiehlt sich bestens.

Bäckerei
O. Kirchhoff
Helgolandstrasse 12
(Oppellvorstadt)
gewährt auf Backwaren aller Art
8 Proz. Rabatt.
Schülerforderungen voll und ganz bewilligt.

Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kaden & Comp.
Dresden-A., Zwingerstrasse 22

Soeben erschienen:
Protokoll
über die Verhandlungen der Landesversammlung der Sozialdemokrat. Partei Sachsens
abgehalten in Zittau i. Sa. vom 22. bis 24. August 1909
116 Seiten 8°. Preis broschiert 30 Pf.

Turnerschaft Pieschen
Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.
Freitag den 17. September, abends 8 Uhr
im **Gasthof Pieschen**, Torgauer Straße 38
17. Stiftungs-Fest
unter Mitwirkung der **Vereinigten Sänger**, Dresden-Neustadt.
Darbietungen: **Turnerleben**, turnerisches Festspiel in drei Bildern von Hermann Hummel. **Instrumental- und Vokal-Konzert.**
Ball bis 3 Uhr.
Die Brudervereine sind besonders eingeladen. — Zahlreicher Beteiligung sieht entgegen
Der Turnrat.

Allgem. Sächsischer Skat-Verein.
Bürger-Kasino, Dresden-A., Gr. Brüdergasse.
Sonntag den 19. September: Beginn des Skat-Kongresses. Anfang nachmittags 3 Uhr. 1. Preis 1000 M., 2. Preis 800 M., 3. Preis 650 M., 4. Preis 500 M. usw., alles nähere im Prospekt. Prospekte sind zu haben beim Vereinsvorsitzenden **Max Weise**, Döhlen bei Dresden, Schachtstr. 106 d.

Prießnitzbad (Waldschenke, Eingang Alaunplatz).
Saal mit Theaterbühne.
Sep. Vereinszimmer.

Voranzeige!
Varieté Musenhalle
Dr.-Löbtau, Kesselsdorfer Straße 17.
Sonnabend den 18. September 1909, abends 8 Uhr
Große Varieté-Eröffnung.
Spezialitäten-Programm!
Neue Bewirtung! Neue Bewirtung!

Konzerthaus
Zahnsg. 3 Ecke Seestr. **Stadt München** Zahnsg. 3 Ecke Seestr.
Tägl. grosses Instrumental- u. Gesangskonzert
Direktion: **F. Wildenbruch.**
Anfang 6 Uhr. .... Sonntags 4 Uhr.
Spezial-Ausschank Eberl-Bräu vom Faß, Reisewitzer Pilsner.
Bayrische Küche zu jeder Tageszeit.
Vereinszimmer noch einige Tage frei.
Neue Bewirtung! Neue Bewirtung!
Carl Wolf.

Watzkes Ball-Etablissement, Dr.-Mickten.
Sonntags feiner Residenz-Ball.
Empfehle meinen freundl. kleinen Saal als Vereinszimmer, zur Abhaltung von Hochzeiten, Familien- u. Vereinsfestlichkeiten. Raum bis 120 Personen.
Achtungsvoll **Watzke.**

KLEINE KIOS -CIGARETTE 2½ & 3½ Pfg.
Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios" o E. Robert Böhme, Dresden.

Kino-Metropol-Theater, Radeberg, Oberstr. 10.
Programm vom 15. bis mit 21. September:
1. Der kleine Alpenveilchenverkäufer (ergreifendes Drama). 2. Ein brauchbarer Hund (humoristisch). 3. Im Schwimmklub Poseidon (aktuell). 4. Das fliegende Wunder (komisch). 5. Auf der Pazifik-Eisenbahn (aktuell). 6. Rache des Verlobten (Drama). 7. Der Modenführer (humoristisch). 8. Der Wasserfall des Toclafluffes in Italien (herrliches Naturbild).
Es ladet ergebenst ein **Eugen Borkert.**

Soeben erschienen:
Die neuen Reichsfinanzgesetze
Textausgabe mit Register.
Inhalt: 1. Gesetz, betr. die Ordnung des Reichshaushaltes und die Tilgung der Reichsschuld vom 3. Juni 1906. Gesetz, betr. Aenderung im Finanzwesen vom 15. Juli 1909. 2. Leuchtmittelsteuergesetz. 3. Zündwarensteuergesetz. 4. Branntweinsteuergesetz. 5. Brausteuergesetz. 6. Schaumweinsteuergesetz. 7. Tabaksteuergesetz. 8. Zigarettensteuergesetz. 9. Wechselstempelgesetz. 10. Reichsstempelgesetz. 11. Erbschaftssteuergesetz.
Preis 2 Mark.
Volksbuchhandlung, Dresden, Zwingerstr. 21.

Sport- u. Kinderwag. Klappstühlch. spottbillig Siegelstr. 41, part. l. | **H.-Rad,** spottbillig Dürerstraße 34, p. r.

Konsum-Verein Vorwärts
Dresden.
Kohlen, Briketts u. Holz
werden zu den noch gültigen
Sommerpreisen
prompt geliefert.
Bestellungen werden in jeder Verkaufsstelle, solche auf **Dividenden-Quittung nur im Kontor** angenommen.
Prima-Qualitäten. **Richtiges Maass.**

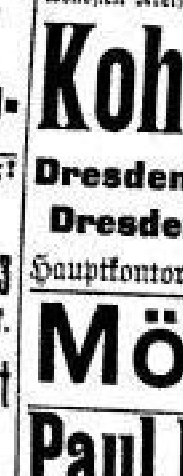
Kein Preisaufschlag!!
trotz erhöhter Brausteuer
Ohnegor-Bräu, absol. alkoholfrei
Das gesündeste, nahrhafteste und vollwertigste Produkt der Gegenwart in seiner Art. Aerztlich als vorzüglich empfohlen. Extraktgehalt bis 11½ Proz., daher mit Recht „flüssiges Brot" genannt. Bekömmlicher als alkoholische Biere! — Verlangen Sie überall, besonders auch in Fabrikkantinen nur „Ohnegor-Bräu". Prospekt, Proben u. äußerste Wiederverkaufspreise durch **G. Kothe & Co.**, Ohnegor-Brauerei, Tolkewitz-Dresden. Telephon 782.

Nur
vorzüglichste Qualitäten liefert zu besonders billigen Preisen, wie in weitesten Kreisen bekannt,
Kohlen-Liebscher
Dresden-A., oberhalb der Albertbrücke. Tel. 1444.
Dresden-Cotta, am Schusterhaus. Tel. 247.
Hauptkontor: **Dresden-A.,** Ammonstr. 85. Tel. 270.

Möbel aller Art kauft man am vorteilhaftesten bei **Curt Wilkerling**
Pieschen, Mohnstr. 2. Auch auf Teilzahlung.

Paul Kaden Wäsche u. Manufakturwaren
Spezialität: Turnbekleidung
Pieschen, Torgauer Strasse 88.

Richard Schröder, Friseur
Industriestr. 12 **Trachau** Industriestr. 12
hält sich dem geehrten Publikum bestens empfohlen.
Sonnabends u. Sonntags ständig Aushilfe.


Schöne moderne Küchenschränke 24 M.
Enorme Auswahl! Solide Ausführung!
Joh. L. Fuchs
Dresden, Alaunstr. 17.

11 § 11
Echt Münchner
Eberl-Bräu
in Halbliter und
Elfer-11-Flaschen
Prämien-Bons
überall erhältlich.
11 § 11

Brillen, Klemmer
in Gold, Silber, Doublé, Nickel, Schildpatt, Hartgummi, Horn und Stahl, tadelloser Sitz, pa. Gläser v. 1.50 M. an. Reparatur sofort.
F. E. Zimmermann
Ostraallee 4, a. d. Herzogin-Garten.

Verlangen Sie sofort
Frauen-Tee
Paket 75 Pf.
Rich. Freisleben
nur Postplatz.

Geschäfts-Eröffnung.
Einem geehrten Publikum zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich am 9. September in **Klotzsche, Hauptstraße 87 a,** eine
Holz- und Kohlen-Handlung
eröffnet habe. Mein Bestreben wird es sein, meine werte Kundschaft reell und preiswert zu bedienen, und bitte ich, mich in meinem Unternehmen gütigst zu unterstützen.
Klotzsche, den 9. September.
Hochachtungsvoll
Ernst Klotzsche.

Vermisst
wird nie der Erfolg beim Gebrauch von **Steckenpferd-Teerschwefel-Seife** v. Bergmann & Co., Radebeul mit Schutzmarke: Steckenpferd. Es ist die beste Seife gegen alle Arten Hautunreinigkeiten und Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Flechten, Blüten, Pickel des Gesichts ec. a Stück 50 Pfennig in Dresden bei: Bergmann & Co., König-Johann-Str. Hermann Roch, Altmarkt 5. Weigel & Zech, Marienstr. 12. Otto Friedrich, Grenadierstraße 2. Joh. Köhler, Oppellstraße 33. In Pieschen: Ernst Dressler. In Cotta: Wilh. Heymer.

Elegante
gute getragene
Herren- u. Damen-
Kleider
verkauft sehr billig
Carl Kreidl's I. Dresdner Spezial-Kleidermagazin
Töpferstr. 1, 1. Et.

Musik-Instrumente aller Art kauft, tauscht **und repariert** nur Ziegelstraße 13 **Otto Friebel** Eckhaus Steinstraße.

Anzüge
herrschaftl., wenig getr., von 10 M. an, Herbstüberzieher von 6 M. an, schw. Rock- u. Frackanz., gr. Auswahl, einz. Hosen u. Jacketts, Westen v. 50 Pf. an, Schuhe u. Schaftstiefel, gut erhalten, Leibwäsche, Bettfedern verk. staunend billig **Wähler,** Breite Straße 12, 2.

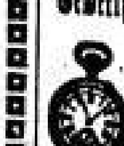
Herren-Wäsche
Krawatten, blaue Anzüge kauft man am billigsten bei
E. Köhler, Am See 13.

Postkarten
mit eigener Photographie 4 St. 1 M., Dtz. 1,80 M.
Kabinett-Photographien Dutzend von 3 M. an.
Richard Jänig
Marienstraße 12.

Meister
gesucht für die Leitung meiner **Schlosserei,** der das Zusammensetzen und Fertigstellen von Hutformen versteht. Eventuell tüchtiger intelligenter Arbeiter, der sich zum Meister eignet.
Hutformen-Fabrik Kremener
Berlin-Pankow, Florastraße 8.

Anläßlich unserer silbernen Hochzeit sind uns von Freunden, Bekannten, Verwandten, Gästen und Hausbewohnern Ehrungen und Geschenke in reichem Maße zuteil geworden, wofür wir allen hierdurch unseren herzlichsten Dank aussprechen.
Louis Straßein und Frau.
Dresden-Pieschen, Concordienstraße 45
Restaurant zum Turnergarten.

Musik. Zu den bevorstehenden Wintervergnügen und sonstigen Festlichkeiten erlaubt sich die **Gasthof-Kapelle** von Pieschen bei allen Vereinen in empfehlende Erinnerung zu bringen.
Hochachtungsvoll Max Clemens
Konkordienstr. 43, I. Tel. 4308.

Gewerkschafts- und Parteigenossen!

Uhren aller Art gut u. billig repariert.
Annenstrasse 28,
Max Richter.

Wollen Sie sich bei teuren Zeiten elegant doch billig kleiden, kaufen Sie gutgetragene Herrenanzüge v. 8 M. an, Jacketts 2 M., herrsch. getr. Ueberzieher 8-10, gr. Posten mod. Maßanzüge für Herren, 18—25 M. Kinderanzüge aus bess. Stoffen v. 4 M. an. Westen 50 Pf. bei **Reich,** Gr. Brüderg. 1, Kein Laden.

Jede Uhr w. bill. repariert. Neue Feder **1 Mark.** Reinig. 1.50
P. Fehrmann
3 Bürgerstrasse 3
Gr. Auswahl v. Uhren u. Goldwaren.

Einkauf und Tausch von
Musikinstrumenten
Fr. Adam, Ziegelstraße

Veraltete Ausflüsse der Harnröhre behandelt gewissenh. naturgemäß, ohne d. lästige Wiederaufn. **Friedrich Heimberg** Naturheilkundiger Dresden, Bautzner Str. 21

—Tafelobst—
Birnen u. Pflaumen
Fallobst, Metze 25 Pf.
billigst bei Ad. Haselbach, Obsth. Sandbergaßt ...

Spezialität:
Feine Küchen-Schränke
von 24 M. an Luisenstraße 2.

Billigste Kaufgelegenheit in g. herrsch. getr. ... Herren- und D.-Kleidern, Schuhen, Federbetten, Kindersachen ...
10 Gr. Brüdergasse 10, 2.

Noch nie dagewesen!
500 Stück schwarze Damen-Jacketts von 3 M. an. Verkauf von 1—4 Uhr.
Schröter, Dresden
Jüdenhof 5, I.

Sie kaufen neue Herren-Box-calf-Schuhe, alle Fasson, am billigsten bei **Reich,** Grosse Brüdergasse 1, I. Kein Laden.

Rechtsbureau Rosenstr. 31
Gesuche, Eingaben, Briefe ... Langjähr. Erfahrung.

Zigarren-Geschäft
weg. and. Untern. billig zu verk. Offerten unter **A. K.** ...

Rover, Freil., w. neu, all. Zubeh., 55 M. verk. Löbtauer Str.

Herren-Fahrrad
(Brennabor), gut erh., 35 M. ... abreiseh. Cotta, Klopstockstr. 22 ...

20 Mark Belohnung
sichere ich demjenigen zu, der einem nüchtern., fleiß. Arbeiter ständ. ... verschafft. Es kann auch Kaut. ... werd. Off. unt. ...

Saub. Frau
zum Milchaustragen für sofort gesucht. Zu erfragen vorm. ... 12 Kesselsdorfer Str. 42 ...

Sozialdemokratischer Parteitag in Leipzig.

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 14. September 1909.

Vormittagssitzung.

Auf der Tagesordnung steht heute an erster Stelle der parlamentarische Bericht.

Berichterstatter Ledebour:

Die verflossene Session war außerordentlich umfangreich und ...chte ausgiebigere Debatten als sonst, weil die Finanzreform vom ...ginn bis zum Schluß der Tagung die Verhandlungen beherrschte, ...e Finanzreform, die nichts ist als eine neue Schröpfung des ...lkes durch Steuern. Im engsten Zusammenhang mit ihr stehen ...erfassungsfragen, sodaß es schwierig gewesen wäre, die Finanz...form für sich allein zu behandeln.

In diesem Augenblick betritt Bebel den Saal und wird mit ...emischem Händeklatschen begrüßt.

Ledebour (fortfährend):

Der Bericht ist diesmal sämtlichen Fraktionsmitgliedern vor ...er Publikation zur Durchsicht zugegangen und einige Aenderungs...nsche haben die gebührende Berücksichtigung gefunden. Die Bei...haltung dieser Neuerung empfiehlt sich unbedingt, da es einem ...zelnen Abgeordneten tatsächlich unmöglich ist, sich in die sämt...en Details aller Einzelfragen und Gesetzentwürfe einzuarbeiten. ...folge der Durchsicht sind einige Abschnitte des Berichts, wie zum ...ispiel die über den unlauteren Wettbewerb, die Gebührenordnung der Rechtsanwälte und das Weingesetz, durch die dankens...erten Korrekturen einzelner Genossen einer vollständigen Aenderung ...erzogen worden.

Selbstverständlich sind in Presse und Versammlungen kritische ...merkungen über die Tätigkeit der Fraktion laut geworden. Das ...an sich sehr erfreulich, denn nichts könnte der Fraktion unan...nehmer sein, als die Gleichgültigkeit der Massen gegen die parla...entarische Tätigkeit. Auf Einzelheiten dieser Kritik einzugehen, ...rd während der Diskussion Gelegenheit sein, in der die Genossen ...e Ausstellungen hoffentlich möglichst gründlich und spezialisiert ...sprechen werden. Da wird einmal der Vorwurf erhoben, daß ...Fraktion nicht genügend praktische Erfolge erzielt ..., daß sie ihre Entwürfe und Anträge zu theoretisch und zu ...ig praktisch ausgearbeitet und so den bürgerlichen Parteien die ...nahme unmöglich gemacht habe. Demgegenüber behaupte ich, wohl ...Einklang mit der gesamten Fraktion, daß wir unsere Vorschläge ...d Anträge von vornherein sorgfältig daraufhin geprüft haben, ob ...auch von bürgerlichen Politikern gegenwärtig schon angenommen ...rden können, und daß wir nicht bloß theoretische ...kunftsforderungen gestellt, sondern direkt praktische ...rschläge gemacht haben. Ich erläutere das an der Verfassungs- ...der Abrüstungsfrage. Wir haben eine Anzahl Verfassungsanträge ...gebracht, die so zurückhaltend waren, daß man hätte erwarten ...ssen, mindestens eine starke Minderheit des Liberalismus würde ...ir stimmen. Niemals war die Situation für eine gründliche ...form unserer Verfassung so günstig. Aber die bürgerlichen ...rteien haben uns einfach

schmählich im Stich gelassen.

Das Verhalten der Liberalen bedeutet die Torheit des Gedankens, ...ere Politik gewissermaßen aus der Seele der anderen ...rteien heraus einzurichten. Die Liberalen haben es so ...acht und ihre Anträge nach der Seelenstimmung ihrer ...nservativen Hottentotten-Blockbrüder zu...schnitten; diese haben sie aber einfach auffitzen lassen. ...e Partei verliert von vornherein ihr Spiel, wenn sie nicht nach ...n eigenen Grundsätzen, natürlich unter Berücksichtigung ...Umstände, ihre Politik betreibt. In der Abrüstungsfrage war ebenso, wir blieben völlig allein, nur Naumann ...mmte diesmal mit uns; die anderen Liberalen, ...fonst immer Friedensreden halten, lehnten unseren Antrag ab, ...l er nicht zeitgemäß sei. Wann kommt für diese unglückseligen ...tagspolitiker jemals die Zeit? (Sehr richtig!) Täuschen wir ... nicht, je stärker die sozialdemokratische Partei wird, desto ...echter werden die Aussichten für sie, praktische Tageserfolge durch ...chbringung von Anträgen zu erzielen, weil dann für alle ...rteien, auch für die liberalen, immer mehr die Furcht maß...end wird, daß schließlich die Sozialdemokratie ...e Macht in die Hände bekommt. So lehnen Liberale ...d Zentrum oftmals unsere Anträge ab, um sie bald darauf ...etwas veränderter und abgeschwächter Form selbst einzubringen, ...ohne um sagen zu können; nicht die unpraktischen Sozialdemokraten, ...ndern wir praktischen Sozialreformer bringen was Positives fertig. ...spezieller das Zentrum betreibt diese Taktik seit Jahren mit ...außerordentlicher Geschicklichkeit. (Sehr richtig!) Ich verstehe die ...ngspolitik unserer Gegner; ich verstehe aber nicht, daß der alberne ...rwurf unserer unpraktischen Politik einen Widerhall findet in ...nseren eigenen Reihen. (Sehr richtig!) Das zeugt von keinem ...ründlichen Studium unserer parlamentarischen Verhältnisse.

Ein anderer Vorwurf geht dahin, daß die Fraktion nicht mit ...em genügenden Feuer und Schwung die Situation bei der ...Finanzreform agitatorisch ausgenutzt habe, daß sie hinter den ...rechtigten Erwartungen zurückgeblieben sei. Bis zu einem ge...issen Grade haben wir Fraktionsmitglieder ...dieselbe Empfindung. Bebel hat einmal gesagt: Ein jeder ...on uns denkt wohl, wenn er von der Reichstagstribüne herunter...kommt, eigentlich hättest du dem Kerl das noch ganz anders und ...ründlicher sagen können, und er knüpfte an das Bibelwort an, wir ...sind allzumal Sünder und mangeln des Ruhms. (Heiterkeit.) Die ...Absicht der Fraktion war es durchaus, die Situation durch aller...schärfste Opposition auszunutzen. Möglich, daß der Einzelne bei ...seinem Temperament oder seiner Auffassung hin und wieder hinter ...den Erwartungen zurückgeblieben ist. Aber erfolglos haben wir ...nicht gearbeitet. Daß wir auf die Masse eingewirkt haben, zeigen ...die Nachwahlen.

Ich denke nicht daran, auch nur in gekürzter Form den aus...führlichen Bericht zu wiederholen und konzentriere mich auf die ...Hauptsache, die

Finanzreform,

...umal ich nicht weiß, ob in bezug auf die anderen durch die Ver...hältnisse in den Hintergrund gerückten Fragen irgend welche Aus...stellungen zu machen sind. Wie gesagt, hängt die Finanzfrage eng ...mit der Verfassungsfrage zusammen, und nur aus den Verfassungs...verhältnissen, die wieder aus den realen Machtverhältnissen ent...springen, läßt sich die Massensteuerschröpfung mit rund 450 000 000 M. ...indirekter Steuern erklären. In Wirklichkeit ist das Deutsche Reich ...weder Staatenbund noch Bundesstaat noch parlamentarischer Staat, ...sondern eine Filiale Preußens. (Sehr gut!) Preußen ist auch ...kein parlamentarischer Staat, sondern ein nach der Dik...tatur der Junker bureaukratisch regierter ...Staat. Durch Herrenhaus und Dreiklassenhaus beherrschen ...die preußischen Junker den Landtag; die anderen bürgerlichen ...Parteien haben sich mit diesem Zustande abgefunden und ...unterstützen abwechselnd die Junker. Im Nebenamt betreibt der ...preußische Ministerpräsident als Reichskanzler die Reichsregierung. ...Der Bundesrat ist nur dekoratives Beiwerk, etwaige oppositionelle ...Regungen sind längst erstickt und selbst Bayern hat sich ...Preußen unterworfen. Selbst bei der ungeheueren Elektri...zitätsfrage hat die bayerische Regierung nicht gegen Preußen opponiert, wenigstens nicht öffentlich. Die Beherrschung Deutschlands durch die preußische Bureaukratie wird dadurch ermöglicht, daß auch im Reichstag die eigentlich bürgerlichen Parteien abwechselnd der Junkerpartei, den Konservativen, den Steigbügel halten und sie auf dem Rücken des deutschen Michel herumreiten lassen. Der Hottentottenblock war eine Unterstützung der Junker durch die Liberalen, und der Schnapsblock eine Unterstützung der Junker durch Zentrum und Polen. An sich haben die Junker selbst mit ihren freikonservativen und antisemitischen Anhängseln nicht die Mehrheit. Aber Zentrum und Liberale wetteifern um die Ehre, den Junkern behilflich zu sein, das deutsche Volk zu regieren. An der Stelle des sehr gegen den Willen der Liberalen mit dem schönen Roten Adlerorden IV. Klasse zu Ende gegangenen Hottentottenblocks (Heiterkeit) haben wir jetzt den Schnapsblock, der

eine Art Triole

ist, wobei die Polen die wenig anmutige Rolle des kurzfristig gesuchten Dritten spielen. (Große Heiterkeit.) Zum Teil erklärt sich die Unterstützung der Junker durch die bürgerlichen Parteien durch das Anwachsen der Sozialdemokratie, das den bürgerlichen Parteien Angst in das schlotternde Gebein jagt. Daher das bureaukratische Regiment, das, wie Marx bereits ausgeführt hat, sich immer dort etabliert, wo die Klassen sich die Wage halten. Wir müssen uns darüber klar werden, daß es das allertörichste wäre, unsere Machtentfaltung darum einzuschränken, weil sie Liberale und Zentrum in die Arme der Junker und der Bureaukratie treibt. Sollen wir etwa nach dem liberalen Rat liberal wählen und nicht sozialdemokratisch, bloß damit das liberale Bürgertum nicht in Angstzustände verfällt? Sollen wir unsere Opposition einschränken, damit die Liberalen vielleicht etwas mehr Opposition machen? (Zustimmung.) Das wäre eine Politik, die auf den Krähwinkler Landsturm wartet. Da könnten wir uns gleich begraben lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Aus all diesen Machtverhältnissen heraus erklärt sich auch die Rolle des persönlichen Regiments. Das bureaukratische Element tritt eben in dem Haupt der Bureaukratie in Erscheinung. Das Haupt der Bureaukratie kann in dem bureaukratischen System die Rolle spielen, die Kaiser Wilhelm II. spielt. Wir haben im Reichstage ja sehr gründlich mit dem persönlichen Regiment abgerechnet.

Aus den Machtverhältnissen resultiert aber auch das ganze volksfeindliche Steuersystem. Wir haben im Reiche ein indirektes Steuersystem, und erst neuerdings hat man in der Not zu dem Feigenblatt einer direkten Steuer in dem Ansatz einer Erbschaftssteuer gegriffen. Das System indirekter Steuern hat zwei höchst schädliche Wirkungen für das Volk. Erstens wirkt jede indirekte Steuer, zumal aber eine Steuer auf Verbrauchsartikel der breiten Masse, wie eine

umgekehrte progressive Einkommensteuer,

belastet prozentual ein Einkommen um so mehr, je kleiner es ist. Die zweite Wirkung ist die, wenn der Mann mit der blauen Mütze die direkten Steuern einholt, so merkt das natürlich jeder Betroffene. Um aber die Schröpfung durch die indirekten Steuern zu erkennen, muß immer schon ein gewisser Denkprozeß angewandt werden.

Ein weiterer Mißstand des indirekten Steuersystems ist folgender. Je kleiner der Massenverbrauch, desto geringer sind die Einnahmen aus den indirekten Steuern. So kommt es, daß gerade beim wirtschaftlichen Niedergang, wenn die Masse schon so wie so Not leidet, der Bedarf nach neuen Steuern sich einstellt. Beim wirtschaftlichen Aufschwung dagegen steigen die Einnahmen: Deutschland schwimmt im Golde, und das bedeutet für das Bürgertum und Junkertum den Anreiz, sich im Militarismus, Marinismus, Kolonialismus, Imperialismus zu ergehen. (Sehr richtig!). **Von der Rüstungspolitik stammt die Finanznot des Reiches.** Die Charakteristik der indirekten Steuern muß noch durch einen besonderen deutschen Zug ergänzt werden. Die indirekten Steuern werden bei uns nicht von Jahr zu Jahr, sondern durch Gesetz bewilligt, zu dessen Aenderung die Zustimmung des Bundesrats nötig ist. Dadurch wird das Budgetrecht des Reichstages auf das Empfindlichste geschmälert. Die Bureaukratie und die herrschenden Parteien arbeiten daher mit aller Kraft darauf hin, daß nie eine Steuer eingeführt wird, bei der die Raten von Jahr zu Jahr festgelegt werden müssen. Eine sogenannte Finanzreform folgt auf die andere. Auf die Stengelsche folgte die Bülowsche, und auf diese wird wieder eine andere folgen. Abgesehen von unserer Stellung zu den Steuern überhaupt müssen wir darauf drängen, daß indirekte Steuern nur durch jährliche Bewilligung eingeführt werden. Dadurch erst wird das Budgetrecht des Reichstages zu einer lebendigen Kraft. Der einzige Ansatz in dieser Richtung sind die Matrikularbeiträge, die in bezug auf ihren Erhebungsmodus allerdings furchtbar unsinnig sind, nämlich Kopfsteuern, die den einzelnen Staaten nach der Bevölkerungszahl auferlegt werden. Aber weil die Matrikularbeiträge wenigstens alljährlich festgesetzt werden müssen, versucht die Bureaukratie sie abzuschaffen oder wenigstens noch oben zu ergänzen, was diesmal selbst von den bürgerlichen Parteien nicht zugestanden ist. Bei der früheren Finanzreform gab es noch ein sogenanntes Mantelgesetz, welches den einzelnen Parteien ermöglichte, sich für Verwerfung oder Annahme der Steuern insgesamt zu entscheiden. So stimmten wir z. B. in der Einzelberatung für die damalige Erbschaftssteuer, lehnten aber die Finanzreform im ganzen ab, weil wir das herrschende Regierungssystem in keiner Weise unterstützen wollten. Diesmal hat die Regierung, die ihrer Sache nicht sicher zu sein glaubte, von einem Mantelgesetz abgesehen, sie spekulierte auf Annahme der Einzelsteuer mit wechselnden Majoritäten und wollte diese wechselnde Majoritätsbildung. Es war wider Erwarten und Willen der Regierung, daß sich schließlich nach Ablehnung der Regierungsvorlagen eine einheitliche Majorität für Steuervorlagen anderer Art herausbildete. Der Verzicht auf ein Mantelgesetz bedeutet eine direkte

Schädigung des konstitutionellen Prinzips und des Budgetrechts

des Reichstages, und im Interesse der eigenen Macht hätten auch die Mehrheitsparteien auf ein Mantelgesetz drängen müssen. (Sehr richtig!) Bei einer künftigen Finanzreform werden wir auf das energischste gegen dies nichtswürdige Manöver der Schädigung des Budgetrechts Front machen. Auf die einzelnen Vorlagen gehe ich hier nicht ein. Die Situation ist gegenwärtig folgende. Wir haben eine neue Regierungsmehrheit bekommen, an die Stelle des konservativ-liberalen Hottentottenblocks in der agrarisch-konservativ-zentrümliche Schnapsblock getreten. Vielleicht hat er eine längere Dauer, vielleicht nicht. Das ist gleichgültig. Wir befinden uns jedenfalls in der schärfsten Opposition dagegen. Aber selbstredend fassen wir diese Opposition nicht vom liberalen Standpunkte des Konkurrenzneides auf. Die Liberalen machten den Konservativen den Sturz Bülows zum Verbrechen. Dadurch habe sich Herr v. Heydebrand zum ungekrönten König von Preußen gemacht. Zu meinem großen Bedauern hat diese alberne Phrase auch in unserer eigenen Parteipresse Widerhall gefunden. Daß die konservative Partei den Schaukelpolitiker Bülow gestürzt hat, war ihr gutes Recht, auch wir hätten ihn gestürzt, wenn wir gekonnt hätten. Was wir den Konservativen und dem Zentrum zum Vorwurf machen, ist die elende Heuchelei, mit der sie den Sturz absichtlich in Abrede stellen. (Sehr richtig!) Aber die Heuchelei stammt daher, daß Junker und Zentrum kein Interesse an konstitutionellen Grundsätzen haben, sondern zufrieden mit der Regierung der Bureaukratie sind, sofern sie nur nach ihrer Pfeife tanzt. Daß die Bureaukratie über den Parteien steht, ist ein albernes Märchen. Unsere bureaukratische Regierung ist eine

kleinliche, gehässige Minderheitsregierung.

Die oppositionellen Parteien werden in einer Weise unterdrückt, die in einem parlamentarisch regierten Lande gegenüber Minderheitsparteien einfach unmöglich wäre. Wir Sozialdemokraten haben das am eigenen Leibe erfahren; aber auch die Liberalen sind selbst zur Zeit des Hottentottenblocks mit Skorpionen gezüchtigt worden, wie der Fall Schücking beweist. Und doch ist der Liberalismus nicht freiwillig in die Opposition gegangen, sondern erst nach den von den Junkern erhaltenen Fußtritten. (Sehr gut!) Wir müssen das Märchen von der Unparteilichkeit eines Bureaukratenregiments zerstören. Wir haben eine Parteiregierung schlimmster Art in Deutschland, die besonders brutal gegen die Klassenpartei des Proletariats auftritt.

Ein paar Bemerkungen über das Verhältnis zu den anderen Parteien. Daß wir die gegenwärtigen Mehrheitsparteien auf das schärfste bekämpfen, ist selbstverständlich. Wie stellen wir uns nun zu den Liberalen? Man rät uns, recht milde und nachsichtig zu sein, damit der Krähwinkler Landsturm auf unsere Seite treten kann. Ja, haben wir denn jemals im Reichstage die Liberalen aufgefordert, nicht für unsere Anträge zu stimmen? Haben wir ihnen nicht

zugeredet wie einem kranken Schimmel

(Heiterkeit), für unsere Anträge zu stimmen? Wir haben unsererseits für liberale Anträge gestimmt, wenn wir konnten. Wir haben je nach dem, wenn ein Antrag sachlich annehmbar für uns war, mit dem Zentrum, den Polen, ja bisweilen mit den Konservativen gestimmt. In dieser Hinsicht liegt nicht der geringste Grund zur Aenderung unserer Haltung vor.

Nun aber das Zusammengehen bei den Wahlen. Ob sich da etwas ändern wird, liegt nicht an uns, sondern an den Liberalen. In der letzten Zeit haben die Liberalen bei allen Wahlen, namentlich aber bei den Stichwahlen gegen uns gestimmt. Die letzten Nachwahlen lassen nichts davon verspüren, daß die Vorgänge bei der Reichsfinanzreform die Liberalen zu einer scharfen Oppositionspartei gemacht haben. Außerhalb des Saales ist ja sogar schon von Parteigenossen empfohlen worden, durch Verzicht auf Geltendmachung unserer Grundsätze oder auf Aufstellung von Kandidaten den Liberalen den Sieg zu ermöglichen. Ich hoffe aber, daß es in diesem Saale niemand gibt, der eine solche **Politik der Selbstentmannung** empfiehlt. (Lebhafte Zustimmung.) Alle Erfahrungen zeigen, daß wir am besten fahren, wenn wir in der allerschärfsten Weise gegen das ganze System Opposition machen. Das zeigen auch die kolossalen Erfolge bei den letzten Nachwahlen. Wenn diese Stimmensteigerung sich zurückführen lassen sollte auf unsere prinzipielle Erklärung für das Prinzip der Erbschaftssteuer, so müßten auch die Freisinnigen und Nationalliberalen Stimmenzuwachs zu verzeichnen haben, die doch in dieser Frage auf unserer Seite waren. Doch diese sind überall und stellenweise noch schlimmer durchgerüscht wie Zentrum und Konservative. Nicht wegen unserer Haltung in irgend einer Nebenfrage, in der wir uns auf seiten bürgerlichen Parteien befinden, sondern wegen der Grundsätze, die uns von allen anderen Parteien trennen, wächst das Vertrauen des Volkes zu uns. (Sehr richtig!) Darum eben wendet sich das Vertrauen der Massen wieder in erhöhtem Maße uns zu, weil wir uns nicht durch Redensarten und Schönheitspflästerchen, wie die Erbschaftssteuer eine sein sollte, kirre machen lassen. Nur durch grundsätzliche Opposition gegen Bureaukratie, Junkertum und Bourgeoisie gewinnen wir das Vertrauen des geknechteten Proletariats, das sich immer dichter um das rote Siegesbanner der Sozialdemokratie schart. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Mit dem parlamentarischen Bericht werden gleichzeitig die Anträge 30, 31, 33, 34 und 41*) beraten.

Den Antrag 30 begründet

Gradnauer-Dresden: Wir wissen, daß die Fraktion stets der Frage der Neueinteilung der Wahlkreise die gebührende Berücksichtigung geschenkt hat. Unser Antrag soll keineswegs ein Tadel für die Fraktion sein, sondern nur erneut die hohe Wichtigkeit dieser Frage unterstreichen. Auf der ungerechten Wahlkreiseinteilung beruht die konservativ-klerikale Herrschaft. Ich bitte um Ueberweisung unseres Antrages an die Fraktion.

Kampf-Dresden begründet den Antrag 31, der die Fraktion auffordert, energisch auf Verkürzung der Legislaturperiode zu drängen. Die herrschenden Parteien haben die Verlängerung der Legislaturperiode durchgedrückt, um nicht allzuschnell nach ihren Sünden zur Rechenschaft gezogen zu werden. Das Volk muß in möglichst kurzer Frist in der Lage sein, über die Taten der herrschenden Parteien zu Gericht zu sitzen. (Sehr richtig!)

Müller-Hamburg

begründet die Resolution 288. Zunächst danke ich im Auftrage meiner seemännischen Berufsgenossen der Fraktion für ihre Tätigkeit zugunsten der seemännischen Arbeiterschaft, zumal bei der Beratung der Subvention für den Norddeutschen Lloyd und bei der Frage des Massenimports farbiger Seearbeiter, durch die aus Profitrücksichten die einheimische seemännische Arbeiterschaft aus dem Betriebe des Norddeutschen Lloyds verdrängt werden sollte. Die Genossen Noske, Molkenbuhr, Hoch und Severing haben bei verschiedenen Gelegenheiten den Terrorismus des deutschen Großreedertums, insbesondere der Hamburg-Amerika-Linie des Norddeutschen Lloyds, in der schärfsten und zutreffendsten Weise kritisiert. Die Hiebe, die unsere Vertreter ausgeteilt haben, haben zweifellos gesessen, das beweist das Geheul des deutschen Reedertums und die Entrüstungsrufe in der Reederpresse. Die Regierung hat sich ausgeschwiegen und die bürgerlichen Abgeordneten haben Verlegenheits-

*) **30.** 5. sächs. Kreis: Die Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, den Antrag auf gleichmäßige Einteilung der Reichstagswahlkreise so oft als irgend angängig einzubringen.

Bei Reichstagswahlen ist bei Unterstützung eines bürgerlichen Kandidaten demselben mit zur Pflicht zu machen, für diese unsere Forderung einzutreten. Im Falle seiner Weigerung ist ihm von der Parteileitung unsere Unterstützung zu versagen.

31. 4. sächs. Kreis: Der Parteitag wolle beschließen, unsere Fraktion im Reichstage zu beauftragen, einen Antrag einzubringen, in welchem die Herabsetzung der fünfjährigen Legislaturperiode auf die ursprünglich dreijährige gefordert wird.

33. Saarbrücken: Der Parteitag möge bestimmen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion bei Vorberatungen sozialpolitischer Gesetzesvorlagen jedesmal eine vorherige Rücksprache mit den Arbeitersekretären oder einem Teil derselben veranstaltet.

34. München I und II: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, im Reichstage dahin zu wirken, daß den Ausländern die Erwerbung der deutschen Staatsangehörigkeit leichter gemacht wird als bisher.

41. Berlin I: In Anbetracht, daß die bisherige Politik des Liberalismus nichts war als eine dauernde Kette des Verrats von Arbeiterinteressen; daß auch bei der Finanzreform die Liberalen das arbeitende Volk mit der Unsumme indirekter Steuern belasten wollten, und jeder kraftvollen Opposition Hindernisse in den Weg legten; daß bei den letzten Reichstagswahlen die Liberalen aller Schattierungen sich als ein fester Bestandteil der einen reaktionären Masse erwiesen und die jetzige agrarisch-klerikale Mehrheit geschaffen haben; daß schließlich der Viermandateraub im preußischen Landtags, die Wahlrechtsverstümmelung in Kiel, Mixdorf usw. von Liberalen inszeniert worden ist; angesichts alles dessen muß die Zumutung sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, mit dieser Sorte Liberalen zusammenzugehen und gar die Kritik aus taktischen Gründen einzuschränken, wie eine blutige Verhöhnung der Partei anmuten.

Die Arbeiterschaft hat Mittel und Wege genug, ihren Willen aus eigener Kraft durchzusetzen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090915/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

phrasen gemacht, wobei der freisinnige Abg. Hoormann-Bremen sich als ausgesprochener Lloydagent gezeigt hat. Wir richten einen neuen Aufruf an die Fraktion, uns zu unterstützen in unserem schweren Kampfe um die Erweiterung der seemännischen Rechte, durch Kritik der bestehenden Zustände und durch praktische Arbeit für den weiteren Ausbau der seemännischen Arbeiterschutzgesetzgebung. Es handelt sich hier um eine Frage der Menschlichkeit, nicht um eine parteipolitische Frage. (Sehr richtig!) Unsere Resolution soll keine Beschwerde gegen die Fraktion sein, sondern eine Rückenstärkung für sie, gegenüber der Regierung und den bürgerlichen Parteien, die die alberne Legende verbreitet haben, hinter der Kritik der Sozialdemokratie stehe nicht die seemännische Bevölkerung, sondern es sei nur eine Mache gewissenloser Hetzer. Wir brauchen eine durchgreifende Revision der Seemannsordnung. Die letzte Revision war nur eine Scheinrevision. Die Erfahrungen auf den Seemannsämtern und in den Gerichtssälen bestätigen das Vorliegen der Klagen und Schäden. Selbst Richter und Behörden haben anerkannt, daß die sogenannte revidierte Seemannsordnung ungenügend ist, sie ist ein Messer ohne Heft und Klinge. Wir verlangen seemännische Arbeitsämter analog den Gewerbegerichten. Wir verlangen, daß die seemännische Bevölkerung nicht von dem Genuß der Arbeiterschutzgesetze ausgeschlossen wird. Möge die Fraktion einen selbständigen Gesetzentwurf einbringen, damit endlich der rücksichtslosen Verschwendung der Menschenleben im Seebetriebe ein Ende gemacht wird. (Beifall.)

Damit ist die Begründung der Anträge erledigt. Es folgt die allgemeine Aussprache.

Stadthagen:

Ich möchte hier einen Vorgang klarstellen, der sich auf die Beschäftigung von Frauen auf Bauten bezieht, weil da ein falsches Bild entstanden ist. Die Sache war folgende: Wir waren der Meinung, daß man ganz allgemein und nicht nur auf Bauten gesundheitsgefährliche Arbeiten verbieten soll. In der Kommission hatte zunächst das Zentrum beantragt, die Frauenarbeit auf den Bauten zu verbieten. Dadurch wären den Frauen zum Beispiel Reinigungsarbeiten verboten worden. Aber die gesundheitsschädliche Arbeit des Sacktragens usw. wäre geblieben. Im übrigen kann, ja muß der Bundesrat schon heute gesundheitsgefährliche Arbeiten verbieten. Ich wandte mich gegen den Zentrumsantrag, weil er nicht weit genug geht und nicht in das System der Gewerbeordnung hineinpaßt. Ich wollte die bürgerlichen Parteien dazu bringen, auf unseren grundsätzlichen Standpunkt zu treten, wonach jede der Eigenart der weiblichen Bevölkerung widersprechende Frauenarbeit verboten wird. Das ist auch im Protokoll richtig dargestellt. Nun ist in der Agitation behauptet worden, daß die Abgg. Molkenbuhr und Schmidt Bedenken gegen die Art meiner Aeußerungen erhoben haben sollen. Schmidt hat freilich ohne vorherige Rücksprache mit mir erklärt, daß er für den inzwischen abgeänderten Antrag des Zentrums stimmen werde, der den Transport von Materialien verbietet. Mein Standpunkt war auch der Standpunkt der Fraktion in der ersten Lesung. Es ist völlig unrichtig, daß irgend ein Mitglied von uns sich gegen den erweiterten Arbeiterinnenschutz ausgesprochen hat. Darüber, ob dieser oder jener Weg richtig ist, kann man ja verschiedener Meinung sein. Im Plenum habe ich dann unseren Standpunkt dargelegt:

„Meine Herren! Im letzten Absatz dieses Paragraphen ist in der Kommission neu eingeführt das Verbot von bestimmten Arbeiten Arbeiterinnen gegenüber. Es sollen Arbeiterinnen nicht zum Transport der Materialien bei Bauten aller Art verwendet werden, und es sollen Arbeiterinnen nicht in Kokereien verwendet werden dürfen. Es läßt sich nicht leugnen, daß ein derartiges Verbot nicht im Einklang steht mit dem bisherigen System der Gewerbeordnung. Es läßt sich nicht leugnen, daß es eigentlich Sache des Bundesrats und der Landespolizeibehörde gewesen wäre, längst dahingehende Verbote zu treffen, durch welche gesundheitsgefährdende Beschäftigungen von Arbeiterinnen verboten werden. Es steht ja in der Gewerbeordnung, daß der Bundesrat berechtigt, also, setze ich hinzu, auch verpflichtet ist, gesundheitsgefährdende Beschäftigungen von Arbeiterinnen zu verbieten. Leider ist der Bundesrat dazu nicht übergegangen. Ja, meine Herren, es ist so weit gekommen, daß in Gegenden, wo wir eine solche gesundheitsgefährdende Beschäftigung sehen, sie noch nicht einmal von der Landeszentralbehörde untersagt wird. Wir sind gegen das Tragen von Materialien auf Bauten. Der ursprüngliche Antrag war ja bei weitem zu weitgehend, da nach seiner Fassung auch die Reinigungsarbeiten verboten worden wären. Aber diejenigen Arbeiten, die den weiblichen Organismus gefährden, wie das Tragen schwerer Lasten, sind nicht einmal verboten worden in Bayern, wiewohl in Bayern, besonders in München, der Unfug bestehen soll, daß die Frauen mit Tragen von schweren Lasten beschäftigt werden. Es sind Erhebungen über Erhebungen dort angestellt worden und Gutachten von Gewerbeinspektoren sind eingeholt. Diese haben sich sämtlich, bis auf einen, für die Einschränkung der Frauenarbeiten auf Bauten ausgesprochen. Der Obermedizinalrat Grasley hat ein Gutachten abgegeben, worin er erklärt, daß die Beschäftigung von Arbeiterinnen im Baugewerbe zum Tragen schwerer Lasten, wie Mörtel, Stuck, Steinen und Wasser gesundheitsgefährlich und ein Verbot dieser Arbeit angebracht sei. Er setzt das näher auseinander, welche Gefahren für die Frauen noch dadurch entstehen. Meine Herren, mir scheint, daß dieselbe Gefahr, die für die Frau bei dieser schweren Arbeit auf den Bauten und in der schweren Arbeit in Kokereien besteht, daß dieselbe Gefahr besteht beim Tragen von allen schweren Lasten im Transportgewerbe und auch außerhalb desselben, vor allem auch in der Landwirtschaft. Ich bedauere lebhaft, daß die Anregungen, die wir in der Kommission gegeben hatten, daß man dann, wenn man einmal gesetzlich vorgeht, ein allgemeines Verbot aller dem weiblichen Organismus besonders schädlichen Arbeiten aussprechen sollte, auf unfruchtbaren Boden gefallen ist. Wir können im letzten Stadium der Verhandlung selbstverständlich ein solches Verbot, das über den Rahmen der Gewerbeordnung natürlich und auch über das ausgesprochene Verbot hinausgeht, nicht einbringen. Wir müssen uns mit diesem Verbot begnügen, daß die in diesem Absatz besonders gekennzeichneten gesundheitsschädlichen Beschäftigungen von Arbeiterinnen vermieden werden."

In der zweiten Lesung in der Kommission haben wir selbstverständlich dafür gestimmt, aber nicht etwa, weil die Fraktion uns dazu gezwungen hat. Wie recht ich mit meiner Anschauung hatte, daß wir nach vorwärts treiben müssen, zeigt ja der weitere Verlauf. Das Zentrum hat sich sogar bereit finden lassen, seinen Antrag hinauszuschieben mit Wirksamkeit bis auf den 1. April 1912, wo er ziemlich gegenstandslos sein wird, da ja bis dahin polizeiliche oder Bundesratsverordnungen auf diesem Gebiet erlassen sein dürften. Ich hielt es für nötig dies auszuführen, um der Legendenbildung entgegenzutreten, als ob ich etwa gegen Arbeiterinnenschutz sei. Einen solchen Blödsinn sollte man mir doch nicht zutrauen, sondern man sollte sich vorher an der Hand des Materials unterrichten. Verschiedener Ansicht kann man vielleicht darüber sein, ob es richtig ist, die Gegner weiter zu treiben. Ich halte das für den richtigen Weg, das ist der erprobte Weg, den ich in Kommissionen wiederholt gegangen bin und durch den wir überhaupt nur Erfolge erzielen können.

Noch ein Wort über unsere eventuelle Stellung zur dritten Lesung der Erbschaftssteuer. Ich bedauere, daß der Antrag München zurückgezogen ist. Es ist ganz selbstverständlich, daß in der Fraktion, wie in jeder demokratischen Gemeinschaft, die Minderheit sich der Mehrheit unterzuordnen hat, natürlich unter Aufrechterhaltung der Parteitagsbeschlüsse. Ich habe in einer Versammlung in Niederbarnim meine Stellung zur Erbschaftssteuer dargelegt. Das Recht dazu werde ich mir nicht nehmen lassen, denn ich bin nicht der Fraktion allein verantwortlich, sondern meinen Wählern, dem gesamten Proletariat und der Arbeiterklasse. Bei der Beratung unserer Stellung zur ersten Lesung der sogenannten Erbanfallsteuer hatte die Fraktion mit Mehrheit beschlossen, zu erklären, daß sie dagegen stimmen will, und das hat ja auch Singer getan, indem er im Plenum ausführte:

„Je nach dem Ausfall dieser Beratungen werden wir unsere Beschlüsse fassen. Aber ich kann Ihnen schon jetzt sagen, daß wir die Vorlage, wie sie jetzt ist, und wie sie vermutlich noch verschlechtert werden wird, als zur Annahme für unsere Fraktion nicht geeignet bezeichnen müssen."

Ich gebe zu, die Erklärung hätte etwas schärfer und präziser sein können. In der zweiten Lesung stimmten wir für das Prinzip und gegen so ziemlich alle Einzelheiten der Vorlage, weil der Entwurf die reine Karikatur auf eine wirkliche Erbschaftssteuer ist. Die dritte Lesung fand nicht statt, ich habe aber meine persönliche Stellung dargelegt, die ja übereinstimmt mit der Stellung der Fraktion bei der ersten Lesung. Zwischen erster und zweiter Lesung war von einer Seite gesagt worden, wir müssen eventuell in dritter Lesung dafür stimmen. Da habe ich erklärt, wenn die Fraktion eine solche Stellung eingenommen hätte, hätte ich mich dem nicht beugen können, ich hätte dagegen gestimmt oder mich enthalten. Ich habe mich vielleicht etwas schief ausgedrückt und habe selbstverständlich nur gemeint, daß ich mich der Abstimmung enthalte. Das hätte ich getan und hätte ich tun müssen, weil diese Dekoration der Erbschaftssteuer nur ein Sprungbrett für diese ungeheuerliche Volksbelastung geworden wäre. Dazu hätte ich unter keinen Umständen meine Hand geboten, und dazu konnte ich um so weniger gezwungen werden, als die Mehrheit der Fraktion von vornherein sich auf den Standpunkt gestellt hat: diesen Schwindel machen wir nicht mit. In einem ähnlichen Falle würde ich genau so handeln. (Beifall.)

Schubert-Spandau:

Der Vorwurf, daß die Fraktion nicht praktisch gearbeitet habe, geht nur von einer bestimmten Gruppe aus, die da glaubt, durch Kompromisselei mit den bürgerlichen Parteien mehr Erfolge zu erzielen. Für mich handelt es sich um die Frage, ob eine Obstruktion möglich gewesen wäre, und da bin ich der Meinung, daß die Fraktion zur Obstruktion hätte greifen müssen. Die Partei hat 1902 bewiesen, daß Obstruktion möglich ist, und sie wäre auch trotz der verschlechterten Geschäftsordnung noch möglich gewesen. (Widerspruch.) Nun zur Frage des Zusammengehens mit den bürgerlichen Parteien. Ein Paktieren mit den Liberalen ist undenkbar. Wohl sind Freisinnige und Nationalliberale einen Augenblick in Opposition. Aber sie werden immer wieder dazu getrieben, sich mit der kapitalistischen Regierung zum Schutze des Kapitals zu vereinigen. Wir erleben es immer wieder, daß die mit unserer Hilfe gewählten Freisinnigen gegen uns Stellung nehmen und das Proletariat schädigen. Einzelne Parteigenossen suchen zwar immer wieder nachzuweisen, daß ein Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien möglich ist. Die Arbeiter aber verzichten auf ein Zusammengehen mit den Freisinnigen, und wir sagen, die Genossen, die mit den bürgerlichen Parteien zusammengehen wollen, sollen dann lieber gleich selbst zu ihnen gehen, uns aber ungeschoren lassen. (Lebhafter Beifall.)

Schrader-Hannover:

Nur ganz vereinzelt sind Vorwürfe gegen die parlamentarische Tätigkeit der Fraktion erhoben worden. Das Volk ist überzeugt, daß die Fraktion in jeder Weise in allen Fragen die Interessen der Arbeiterklasse vertreten und praktische Politik getrieben hat. Mit der Obstruktion wäre kein Erfolg zu erzielen gewesen. Außerordentliches Erstaunen hat es bei vielen Parteigenossen erregt, daß einzelne Genossen Dinge, die sich in der Fraktion abgespielt haben sollen, so ohne weiteres an die Oeffentlichkeit gezerrt haben. Das hätte uns sehr nachteilig werden können. Der Parteitag muß bestimmen, welche Stellung die Fraktion bei einer etwaigen neuen Erbschaftssteuer einnehmen soll. Es darf sich nicht wiederholen, daß ein Abgeordneter vor aller Oeffentlichkeit erklärt: Die Fraktion möchte beschlossen haben wie sie wollte; er würde dagegen gestimmt haben. (Pfannkuch: Das hat er nicht gesagt!) Oder er würde sich der Abstimmung enthalten haben. Von anderer Seite war nicht bloß von Enthaltung, sondern vom Dagegenstimmen die Rede. (Stadthagen: Nur von der Luft, dagegen zu stimmen!) Disziplin muß gehalten werden. Fraktionsbeschlüsse müssen für die einzelnen Abgeordneten bindend sein. (Beifall.)

Wagner-Braunschweig:

Wir Parteigenossen im Lande tappten über die Stellung der Fraktion zur Erbschaftssteuer im Dunkeln. Aus Singers Erklärung lasen wir die bestimmte Ablehnung heraus. (Ledebour: In dritter Lesung!) Dann gab in zweiter Lesung David die Erklärung ab, die Fraktion werde doch dafür stimmen. Das stand in einem gewissen Widerspruch zur Erklärung Singers, und man mußte annehmen, daß sich in der Fraktion eine Wandlung vollzogen. (Ledebour: Nein, das war ja bei der zweiten Lesung!) Gerade bei zweiter Lesung hatten wir alle Ursache, nicht Vorspanndienste zu leisten für Blockkanzler und Block. Hätte der Block die Erbschaftssteuer und seinen Kanzler gerettet, dann hätten die Herren wahre Orgien in der Erfindung indirekter Steuern gefeiert. Diese nationalliberal-freisinnige Heuchlerpolitik durfte nicht in die geringste Berührung mit unserer Fraktion kommen. (Ledebour: Ist sie ja auch nicht!) Wir hätten in der kritischen Stunde dem Reichskanzler keine Gefolgschaft leisten dürfen. (Ledebour: Haben wir ja auch nicht!) Die gemeine hinterlistige Spitzbüberei der Regierungsvorlage beurteile ich noch mehr als den brutalen Raubzug des Schnapsblocks. Unsere Agitation mußte sich ganz besonders gegen die Blockpolitik richten. Statt dessen wurde die Erbschaftssteuer ganz in den Vordergrund gestellt und die Liberalen mit einem Glorienschein umgeben. Die Fraktion hätte sich überhaupt auf keine Verhandlungen einlassen und die ganze Steuerreform von Anfang an obstruktionsartig bekämpfen müssen. Wir hätten mit großer Machtentfaltung den Reichstag umzingeln müssen und in allen großen Städten hätten wir am gleichen Tage Massendemonstrationen machen müssen. Sie werden vielleicht sagen, das hätte nicht geholfen. Nun, Eure diplomatische Politik hat auch nichts geholfen. Wir haben jetzt ja auch einen günstigen Agitationsboden, aber nur deshalb, weil unsere Fraktion in der Erbschaftssteuer unterlegen ist. Hätten wir den Kanzler gerettet, so wären wir in die allergrößte Verlegenheit gekommen. (Ledebour: Das hätten wir doch nicht getan!) Ich schließe mich den Ausführungen Kautskys an und wünsche für die Zukunft eine weniger diplomatische und mehr propagandistische Taktik im Reichstage.

Biniskiewicz-Berlin:

Zwischen Zentrum und Polen besteht kein Triolenverhältnis, sondern ein regelrechtes Konkubinatsverhältnis. (Heiterkeit.) Ursprünglich war die polnische Fraktion nur zur Vertretung rein polnischer Angelegenheiten begründet worden; aber die polnischen Adligen, die bei der Rückständigkeit der polnischen Bevölkerung gewählt wurden, erkannten sofort das Tatsachenverhältnis und benutzten ihre parlamentarische Stellung, um im Parlament ihre Taschen zu füllen und Angriffe auf ihre Taschen abzuwehren. Das Zentrum mit seiner Fuchsschlauheit hat sich die polnische Fraktion untertänig gemacht. Die politischen Interessen der polnischen Bevölkerung werden von der polnischen Fraktion nur lau wahrgenommen. Dagegen gehen die Herren in wirtschaftlichen und Steuerfragen ganz mit den reaktionären Parteien. Im Lande deckt sich die Polenfraktion mit der Behauptung, sie habe gegen die Erbschaftssteuer gestimmt, um Bülow loszuwerden. Die gemeine Art der Kampfesweise der Polen geht aus der Behauptung hervor, die Sozialdemokraten hätten Bülow halten wollen und darum für die Erbschaftssteuer gestimmt. (Heiterkeit.) Wir sollten uns nicht von dem radikalen Gebaren einzelner polnischer Abgeordneter blenden lassen.

Dr. Südekum:

An sich ist die Kritik über die Haltung der Fraktion sehr gut und zeugt vom geistigen Leben. Aber im einzelnen werden die Urteile vielfach auf Grund unzureichender Informationen gefällt. Wir standen drei Problemen gegenüber. Erstens mußten wir die Interessengegensätze unter den bürgerlichen Parteien zu erweitern und den Block zu trennen trachten. Zweitens hatten wir an den Steuern, die wir doch nicht zum Fall bringen konnten, möglichst viele Verbesserungen anzubringen, drittens mußten wir die Gelegenheit zur Massenaufrüttelung ausnützen. Die Zertrümmerung des Blocks ist uns gelungen. (Zuruf.) Gewiß, Genosse Liebknecht, Interessengegensätze waren vorhanden, aber über diese Gegensätze hinwegzuhelfen, war ja der Sinn der Blockpolitik. Der Block ist in Scherben gegangen und das ist für die Gesundung der deutschen Politik ein erfreuliches Ereignis. Zum Zweiten ist es uns, wenn auch natürlich nicht aus eigener Kraft, gelungen, ein paar der allergefährlichsten Gesetze zu beseitigen, so das Branntweinmonopol, das durch ein Gesetz ersetzt worden ist, welches die Keime eigener Zerrüttung in sich trägt. Was die Aufrüttelung der Massen betrifft, so war ursprünglich bei der Einbringung der Finanzreform das Interesse auffallend gering; wie sehr jetzt aber das Interesse aufgepeitscht ist, beweisen die Nachwahlen. Mit den gegebenen Mitteln hat die Fraktion die Probleme gelöst. Ob diese Lösung befriedigend ist, ist Ansichtssache. Die Erbschaftssteuer steht auf unserem Programm. Da die Erbschaftssteuer abgelehnt worden ist, ist es müßig zu fragen, was geschehen wäre, wenn die Sozialdemokraten gegen sie gestimmt hätten. Sollten wir etwa an der Seite der polnischen Schlachtschitzen die Erbschaftssteuer ablehnen? Die Arbeiten der Reichstagsfraktion sind für die Partei und für uns alle sehr förderlich gewesen.

Schmalfeld-Bremerhaven

begründet die Resolution betr. die Einführung der obligatorischen Krankenversicherung der Seeleute. Die Seeleute sind der Krankenfürsorge der Reeder überlassen, die aber nur bis zur Abmusterung dafür aufkommen müssen. Nach der Abmusterung geht der Seemann jeder Ansprüche verlustig. Dazu kommt, daß viele kleine Reeder, die zugleich Kapitäne sind, auch nicht viel besitzen, und wo nichts ist, nutzt kein Anspruch. Nicht nur die Seeleute, sondern auch die Reeder selbst haben ein Interesse an der obligatorischen Krankenversicherung.

Hoch-Hanau:

Dem Genossen aus Hannover habe ich zu erwidern, ich gehöre zu den Leuten, die über einen Umfall in der Fraktion Mitteilung gemacht haben. Die Wandlung der Fraktion im Laufe der Verhandlungen steht fest. (Widerspruch.) Zunächst haben wir mit 18 gegen 16 Stimmen beschlossen, daß Singer bei der ersten Lesung die Erklärung abgeben solle, daß wir für die Erbschaftssteuer, wenn die Vorlage nicht erheblich abgeändert wird, nicht zu haben sein werden. Später hieß es dann, wir wollen unsere endgültige Stellung erst vor der dritten Lesung nehmen. Das ist einfach der Versuch, die Aufmerksamkeit der Genossen von der Sache auf rein formale Punkte abzulenken. (Widerspruch.) Wir hatten uns festgelegt, denn von einer Aenderung der Vorlage in unserem Sinne war keine Rede. Eine kleine Gruppe in unserer Fraktion stand auf dem Standpunkt, wir müssen für die Erbschaftssteuer stimmen, weil sie im Programm steht. Wir hatten es aber nicht nur mit der Erbschaftssteuer, sondern mit einem ganzen Steuerbündel, und zwar ohne Besitzsteuergesetz, zu tun. Da haben wir uns gesagt: im Programm steht zwar Erbschaftssteuer, aber nicht Erbschaftssteuer als Vorspann zur Bewilligung von 400 Millionen indirekter Steuern. Selbstverständlich waren wir uns einig darin, daß wir das Beste für die Arbeiter herausschlagen sollten. Südekum rühmt nun die Zertrümmerung des Blocks. Ja, der alte Block ist zertrümmert, dafür ist aber gleich ein anderer Block an die Stelle getreten. Südekum spricht von der Abwehrung der allerschlimmsten Steuern. Das stimmt nicht, denn die Steuern, die in erster Linie die Interessen der Arbeiter berühren, sind durchgegangen. Die Erbschaftssteuer war das Feigenblatt, das die Zustimmung der Liberalen zu den 400 Millionen neuer indirekter Steuern verdecken soll. Wir hätten uns auf nichts einlassen, sondern erklären sollen, daß wir nichts bewilligen wollten, weil es sich um einen Raubzug gegen die Taschen des arbeitenden Volkes handelt. Was die Obstruktionsfrage betrifft, ist sie schwer zu lösen. In der Frage, von welchen radikalen Heldentaten wir abgehalten sind, liegt eine Ueberschätzung der Fraktion. Die Fraktion ist nicht die Trägerin der Bewegung. Durch die unklare Haltung der Fraktion (Ruf: Oho!) haben wir die Bewegung aufgehalten und die Stoßkraft geschwächt. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

Löbe-Breslau:

Die Stellung unserer Fraktion zur Erbschaftssteuer konnte gar keine andere sein. Jetzt können wir den Zentrumsleuten, dem Dr. Fleischer und Konsorten sagen: Du hast deinen Bruder Praschma, Du hast Deinen Ballestrem steuerfrei gelassen, aber den armen Weber hast Du belastet. (Lebhafte Zustimmung.) Jetzt können wir in Neisse, können wir im Wahlkreise des konservativen Führers v. Heydebrandt sprechen, in diese Kreise, in denen wir noch nie Versammlungen gehabt haben, sind wir jetzt eingedrungen. Sollten wir etwa zulassen, daß unsere Gegner uns antworten: Konservative und Arbeitervertreter haben die Erbschaftssteuer zu Fall gebracht. (Sehr gut!) Wir hätten uns doch lächerlich gemacht. Wäre es möglich gewesen, die ganze Finanzreform zu Fall zu bringen, so hätten wohl auch die radikalsten Genossen einmal gegen das Programm gestimmt. (Große Heiterkeit.) Genosse Hoch sprach von einem Sprungbrett. Ich begreife das nicht. Das Springen ging ja auch ohne die Erbschaftssteuer ganz vorzüglich. (Heiterkeit und Zustimmung.) Vor drei Jahren hat die Fraktion einstimmig eine viel schlechtere Erbschaftssteuer bewilligt. (Widerspruch von Ledebour.) Da würden wir uns lächerlich machen, wenn wir jetzt dagegen stimmten. Zerstören Sie nicht unsere wuchtige Agitation im Lande. (Lebhafter Beifall.)

Dr. David-Mainz:

Ich muß die Darstellung von Stadthagen und Hoch zurückweisen, als wenn die Fraktion sich in erster Lesung definitiv festgelegt hätte auf eine Ablehnung der Erbschaftssteuer. Die Fraktion hätte damit eine Eselei begangen, die ihr gar nicht verziehen werden könnte. (Sehr richtig!) Sie hat in der ersten Lesung Singer beauftragt, aufs schärfste gegen die abgeschwächte Erbschaftssteuer der Regierung Stellung zu nehmen. (Ledebour: Nein, sie für unannehmbar zu erklären!) Es ist ganz selbstverständlich, daß man die Vorlage stark kritisiert und die Stellung bei der dritten Lesung von der Aenderung abhängig macht. (Sehr gut!) In der Fraktionssitzung wurde ausdrücklich beschlossen, unsere Stellungnahme für die dritte Lesung offen zu halten. Ich kann aber weiter sagen, wie die Situation sich gestaltet hatte, würde die Fraktion voraussichtlich auch in der dritten Lesung für die Erbschaftssteuer gestimmt haben. Alle Ausführungen von Hoch stehen und fallen mit dem Argument, daß die Ablehnung der Erbschaftssteuer die Ablehnung der ganzen Steuerreform zur Folge gehabt hätte. Wir haben aber doch die Tatsache zu verzeichnen, daß die Ablehnung der Erbschaftssteuer dem Zustandekommen dieser ungeheuren indirekten Steuern absolut nicht geschadet hat. (Sehr gut!) Aber alle diese Argumente sind heute geradezu sinnlos. Nicht durch Ablehnung, sondern nur durch Annahme der Erbschaftssteuer konnte eine Reichstagsauflösung erzwungen werden. Der klerikal-konservative Block mit den Polen würde dann gegen die indirekten Steuern gestimmt haben. Denn diese Leute haben Rückgrat, sie wußten, was sie wollten. Wir hätten natürlich mit ihnen gegen die indirekten Steuern gestimmt. (Sehr richtig!) Damit wäre dann die ganze Finanzreform abwärts geschwommen. Genosse Kautsky spricht von der Notwendigkeit einer Festlegung der Fraktion in Bezug auf die Erbschaftssteuer. Die Fraktion ist festgelegt durch den klaren Programmpunkt, progressive Einkommensteuer, progressiv nach den Verwandtschaftsgraden und der Höhe des Erbguts. Sich für alle möglichen Situationen negativ festzulegen, das wäre das allerverkehrteste. Kautsky müßte dann beantragen, diesen Passus aus unserem Gegenwartsprogramm zu entfernen

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090915/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

r mindestens die Verpflichtung zufügen, gegen eine von bürgerlichen Regierung beantragte Erbschaftssteuer zu stimmen. richtig!) Versuche doch Kautsky einmal, eine solche Resolution beantragen; ich glaube nicht, daß der Parteitag sich einen n Knüppel zwischen die Beine werfen lassen will. llen wir uns nachsagen lassen, Arm in Arm mit Pfaffen Junkern eine den Junkern unangenehme Belastung verhindert haben? Schon jetzt wird uns durch das Verlten von Emmel, Stadthagen und Hoch usw. sere Agitation erschwert. (Hört! hört! und Widerch.) Schon zitieren in Mainz und Umgegend die Zentrumsungen Aeußerungen Stadthagens und Hoch. (Vollmar ruft: glaublich!) So wird uns die Agitation verdorben. (Ledebour: glaublich!) Angesichts solcher Vorkommnisse muß der Parteitag p und klar festlegen, daß die Fraktion recht gehandelt hat, als sie mit Junkern und Pfaffen gegen die einzige den Besitz schärfer fende Steuer stimmte. (Beifall.)

Geyer:

Wagner sagt, man war sich im Lande nicht klar, welche Stel- n die Fraktion zur Erbschaftssteuer einnehmen werde. Dann die Schuld ganz gewiß bei der Presse, denn die Situation war ch die Fraktion klargelegt worden. Die Nachlaßsteuer hat die ktion vertreten im Prinzip und auch in der Kommission, so daß n von uns sagte, wir seien die reinen Regierungskommissare. Privilegien im Steuergesetz haben wir rücksichtslos bekämpft. s mußte die Presse wissen, denn es sind außerordentlich umgreiche und spezielle Berichte aus der Kommission in die Presse fert worden. Wenn sich die Parteigenossen darüber nicht klar ren, so lag es daran, daß, wie in der Fraktion es auch im Lande , und in einem Teil der Presse eine Stellung ngenommen wurde, wie sie Genosse David vert. Das hat die Verwirrung im Lande gebracht, daß ein Teil Genossen die Erbschaftssteuer unter allen Umständen drücken will, einerlei, wie sie gestaltet wird. Die Erbanfaller war eine ganz schreckliche Verhunzung der Nachlaßsteuervor; da waren Privilegien drin, denen wir niemals zustimmen nten. Nachdem die zweite Lesung erledigt war und eine dritte nicht kam, ist es ziemlich überflüssig, darüber zu reden, wie die ktion hätte handeln müssen. (Sehr richtig!) Ueberflüssig ist nicht die Frage, wie wir in Zukunft uns verhalten sollen. wird Stellung genommen werden müssen, und wenn es in dem ne geschieht, wie es David will, so sage ich, die Partei kann n und nimmer die Verantwortung übernehmen, ein so verhunztes Gesetz zu stimmen. (Beifall.) darüber Klarheit zu schaffen, halte ich es für nötig, daß auf nächsten Parteitag diese Frage verhandelt wird. (Beifall.) werden bis dahin ja keine neue Steuer bekommen; aber in bis drei Jahren werden wir sicher damit befaßt werden, und können wir also in Ruhe beraten, welche Stellung wir einnen sollen. (Beifall.) David meinte, die Fraktion habe sich aus nicht festgelegt. Ja, wie lautete denn die Erklärung, die her im Auftrage der Fraktion abgegeben hat, und gegen die in Fraktion auch nachher nicht angekämpft worden ist, auch nicht Lande: „Je nach dem Ausfall der Beratung werden wir unsere schlüsse fassen, aber ich kann Ihnen schon jetzt sagen, daß wir die age, wie sie jetzt ist, und wie sie vermutlich, wenn die Majo bei ihrer Auffassung bleibt, noch verschlechtert werden wird, Annahme nicht geeignet erscheint." (Hört! hört!) Diese Aufng ist doch bindend. (Zustimmung und Widerspruch.) Dem sen David wäre es vielleicht möglich gewesen, Singer öffentu desavouieren. (David: Dann hätten wir einen Beschluß zu fassen brauchen.) Wenn David sagt, wir haben uns geen und nach dem Programm müssen wir unter allen Umden für die Erbschaftssteuer stimmen (David: Habe ich gesagt, je nach der Situation!) — nun, im vorigen Jahre wir zur Reichsfinanzreform auch eine Resolution ge, die nichts anderes war, als eine Deklaration des Promms, und der Schlußsatz lautet: Der Parteitag fordert die Abung aller indirekten Steuern usw., er fordert die Einführung stufenweise steigenden Reichseinkommen- und Vermögens, die Reform der Erbschaftssteuer usw. In der Resolution vorausgeschickt, daß wir die indirekten Steuern haffen wollen. Natürlich werden wir in dem Augenblick, n eine große Last an indirekten Steuern dem Volke abwälzen n, für solche direkte Steuern stimmen, aber erstens verlief die ja anders und zweitens werden Sie doch nicht im Ernst been, daß dieses Erbschaftssteuergesetz geeignet ist, indirekte en dem Volk zu ersparen. Löbe hat es so dargestellt, als r uns fürchterlich im Volk blamiert hätten, wenn wir gegen Erbschaftssteuer gestimmt hätten. Ja, hängt denn der olg der Partei von der Zustimmung zur Erbftssteuer ab? (Lebhafter Beifall.) Wir haben im zweiten des Programms eine Reihe von Forderungen, aber ist das entdend für unsere Stellung gegenüber den bürgerlichen Par? (Lebhafter Beifall.) Was Löbe in Breslau tut, ist reine hlpolitik und weiter nichts. (Lebhafter Beifall.) Wir n aber nicht reine Wahlpolitik zu treiben, wir haben auch nzipielle Politik zu treiben (Lebhafter Beifall), und die zipielle Politik der Partei hängt nicht ab von der lumpigen schaftssteuer. Wir haben unser ganzes Programm zu vern. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Maurer-München:

Ich will mich nicht auf das Gebiet der hohen Politik begeben, Stadthagen Hoch und Geyer. Jedenfalls würde ich dann konenter sein als diese Genossen und nicht davon sprechen was ich hätte, wenn eine dritte Lesung gekommen wäre, sondern was ei einer früheren dritten Lesung bereits getan habe. Die Gen Stadthagen, Hoch und Geyer haben doch 1906 bei der dritten ng für die Erbschaftssteuer gestimmt. (Hört! hört!) Wo war hr radikales Gewissen? Man spricht von Wahlpolitik. Das mt doch aber sehr viel darauf an, ob wir eine geschickte oder eschickte Wahlpolitik treiben. (Zustimmung.) Es war doch eine ügliche Waffe im Wahlkampf, darauf hinzuweisen, daß mit der schaftssteuer 90—100 Millionen den Besitzenden abgenommen en konnten und die arbeitenden Klassen um so weniger hätten zahlen brauchen. Das sind Dinge, die der einfachste Wähler ehen kann. Man sagt immer, wenn wir von den Gegnern bt werden, dann haben wir eine Dummheit gemacht, und was jetzt unsere Gegner? Das Zentrum heult und weiß sich nicht lfen. In Versammlungen beweisen die Zentrumswähler durch Zustimmung gegenüber den sozialdemokratischen Rednern, daß Haltung der Fraktion eine volkstümliche gewesen ist, und die ntrumsführer fürchten unsere Agitation so, daß sie förmlich nach Regierung schreien, damit sie unsere Agitation unterbindet. i der Wahl in Neustadt-Landau sind viele underte direkter Zentrumswähler offen in er Lager abgeschwenkt. (Ledebour: Wegen der inkten Steuern!) Auch wegen der direkten Steuern. Nirgends mmen wir mehr Beifall, als wenn wir auf die Ablehnung der schaftssteuer hindeuten und sagen: so wird bei uns Steuerpolitik acht, die Minderbemittelten werden herangezogen und die chen sollen geschont werden. (Sehr gut!) Mit der Ablehnung Erbschaftssteuer hätten wir in den großen Städten den Liben zur Volkstümlichkeit verholfen. Sie hätten für die Erbftssteuer gestimmt, und unsere Fraktion, die die Enterbten ver, hätte dagegen gestimmt. Das wäre denn doch eine wahnnige Haltung gewesen. (Lebhafte Zustimmung.) Es soll wundern, wenn das Zentrum nicht die Hochsche Rede in stenophischem Wortlaut in den nächsten Wahlen als Flugblatt hergibt. (Sehr richtig!) Ueberall, wo man hinkommt, werden m die gleichen Aeußerungen, wie sie Hoch gemacht hat, von den ntrumsrednern an den Kopf geworfen. (Sehr wahr!) Die Stoßder Partei wäre untergraben worden, wenn wir uns darauf ten anzegeln lassen müssen, daß wir die Millionenerbschaften chont und dadurch die Steuerlast des arbeitenden Volkes noch chwert hätten. (Beifall.)

Dißmann-Hanau:

Es dreht sich hier nicht um einen Streit um des Kaisers Bart, sondern wir müssen damit rechnen, daß die Regierung die Erbschaftssteuer nicht in ihr Steuerprogramm aufgenommen hatte, um das Bedürfnis zu dokumentieren, den Besitz zu belasten, sondern lediglich, um den bürgerlichen Parteien ein Feigenblatt zu bieten, womit sie ihre Schmach der Zustimmung zur Bewilligung von 400 Millionen indirekter Steuern verdecken konnten. Richtig ist, daß im Programm steht, wir bewilligen keinerlei indirekte Steuern, sondern höchstens direkte. Das besagt aber nicht, daß wir unter allen Umständen, wenn die Regierung weitere Einnahmequellen notwendig hat, um ihre volksfeindliche Militär- und Marinepolitik fortzusetzen, dann für eine Erbschaftssteuer eintreten müssen. Weiter ist in Betracht zu ziehen, daß die Regierung bis zum letzten Augenblick versucht hat, mit wechselnden Mehrheiten die Finanzreform zu machen. Bei der Erbschaftssteuer kalkulierte sie mit den Stimmen der Sozialdemokratie, bei den indirekten Steuern genügten ihr die Stimmen aus dem bürgerlichen Lager. Es ist durchaus nicht bewiesen worden, daß wir bei Annahme der Erbschaftssteuer zu einer Auflösung gekommen wären. Ich glaube nicht, daß Zentrum und Konservative bei Annahme der Erbschaftssteuer die indirekten Steuern abgelehnt hätten. (Zurufe: Es ist aber so!) Der Beweis dafür ist in keiner Weise erbracht worden. Mit der Redewendung vom kleineren Uebel kann man schließlich alle Regierungsvorlagen annehmen. Es wurde dann von Stimmungen im Lande gesprochen. Diese gehen sehr auseinander. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die Massen wünschten, man solle der Regierung den ganzen Plunder vor die Füße werfen. Die außerordentlich günstige Stimmung im Lande rührt nicht davon her, weil wir in zweiter Lesung für die Erbschaftssteuer gestimmt haben, sondern weil alle bürgerlichen Parteien das Vertrauen der Wähler verloren haben. Im übrigen waren ja darüber keine Meinungsverschiedenheiten vorhanden, daß wir in zweiter Lesung die Erbschaftssteuer annehmen müßten, es handelte sich um unsere endgültige Stellungnahme. Wir konnten an dem zusammengeschusterten Machwerk der Reichsfinanzreform keinen Anteil nehmen und das Volk wird auch in Zukunft unseren Ruf verstehen: Kampf in schärfster Form gegen die Regierung und ihre volksfeindliche Politik. (Beifall.)

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagssitzung.

Lipinski eröffnet die Sitzung und heißt den Vertreter der schwedischen Sozialdemokratie Lindblat-Gotenburg willkommen. Die schwedische Bruderpartei hat es möglich gemacht, trotz des Kampfes, in dem sie steht, den Genossen Lindblat hierher zu delegieren. (Bravo!) Der Parteitag hat durch seine Zustimmung zum Antrag des Parteivorstandes bewiesen, wie sehr die deutschen Arbeiter mit ihren schwedischen Kameraden sympathisieren. Ich heiße nochmals den Genossen Lindblat in unserer Mitte willkommen. (Bravo!)

Lindblat (mit stürmischem Beifall begrüßt):

Ich habe den Auftrag, in einigen Städten Deutschlands über den Massenstreik zu reden, und da sich mir Gelegenheit bot, auf den Parteitag zu kommen, will ich Ihnen persönlich die Grüße der schwedischen Arbeiter und ihren Dank für die uns so bereitwillig gewährte Stütze und Hilfe übermitteln. Es hat lebhafte Freude unter den kämpfenden Arbeitern in Schweden hervorgerufen, daß die deutsche Arbeiterklasse die volle Bedeutung dieses Kampfes gewürdigt hat, der eine Lebensfrage für die Arbeiterschaft Schwedens ist. Die Arbeiterklasse Schwedens hat schwere Kämpfe um die Hebung ihrer Lebenslage durchmachen müssen. Sie hat nicht nur gekämpft für höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit, sondern auch um ihr Koalitionsrecht, das die Unternehmer ihr mit allen Mitteln zu rauben suchen. Dazu kommt die langjährige politische Entrechtung der Arbeiter. Alles das erzeugt eine gewaltige soziale Spannung, und der Ausdruck dieser Spannung ist der Riesenstreik, an welchem sich von 400 000 Industriearbeitern 300 000 beteiligt haben. Endlich hat die schwedische Regierung, die so lange dem Unternehmertum Dienste leistete, einen Vermittelungskommissar eingesetzt. Die Herstellung des Friedens kann aber lange dauern, denn noch stehen 150 000 Arbeiter im Kampfe und ob die Arbeitgeber zu dem Frieden bereit sind, ist noch nicht gesagt. Besonders die deutschen Arbeiter haben gezeigt, daß sie nicht nur leere Worte für die internationale Solidarität übrig haben, sondern den Worten auch Taten folgen lassen. Ich danke der deutschen Arbeiterklasse sowie der Arbeiterpresse, besonders dem „Vorwärts", der in meisterhafter Weise das Wort für die schwedischen Arbeiter geführt hat. Ich hoffe, daß die Sympathien uns fortgesetzt zur Seite stehen werden, bis wir den Kampf durchgeführt und die Organisation der Arbeiter für die Zukunft sichergestellt haben. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt der Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Knieriem-München:

Der Parteitag ist besucht von 295 Delegierten, welche 318 Wahlkreise vertreten, von 9 Mitgliedern des Parteivorstandes, 9 Mitgliedern der Kontrollkommission, 25 Reichstagsabgeordneten, je einem Vertreter des „Vorwärts", der „Neuen Zeit" und des Bildungsausschusses, sowie von 7 Gästen, im ganzen von 339 Teilnehmern. Angefochten sind die Mandate von Schlicke (6. württembergischer Wahlkreis) und von Litfin (Berlin IV*). Nach Prüfung der Sachlage beantragt die Kommission Gültigkeitserklärung der beiden angefochtenen Mandate. Sodann möchte ich noch namens der Kommission die Delegierten, speziell die Vertrauensleute und Wahlvereinsvorstände bitten, bei der Ausstellung der Mandate etwas sorgfältiger vorzugehen. Der Parteivorstand liefert doch leicht auszufüllende Mandatsformulare. Wo irgend möglich, empfiehlt es sich, zur Vermeidung jedes Irrtums einen Stempel draufzudrücken.

Neumann-Arnswalde: Der Genosse Brückner ist in Arnswalde nur für den Fall gewählt, daß er, wenn er in Berlin IV durchfällt, das Mandat für Arnswalde-Friedeberg ausnutzt. (Heiterkeit.) Er ist in Berlin gewählt worden und trat das Friedeberger Mandat an mich ab.

Barenthin-Berlin IV: Brückner war ausdrücklich gefragt worden, ob er als Delegierter oder nur als Ersatzmann in Arnswalde-Friedeberg gewählt sei. Er sagte: nur als Ersatzmann. Diese direkte Unwahrheit hat die Genossen gegen ihn aufgebracht und in der zweiten Generalversammlung, die übrigens nur eine Fortsetzung der ersten war, wurde ihm mit großer Majorität das Mandat aberkannt und an Litfin übertragen.

Ritter-Berlin: Das Verhalten des Genossen Brückner war vielleicht nicht ganz einwandsfrei; aber die Annahme des Antrags der Mandatsprüfungskommission würde ein offenbares Unrecht bedeuten. Die Frage an den Genossen Brückner fiel in einer nicht offiziellen Privatunterhaltung. Es hätte doch nichts geschadet, wenn Brückner neben Arnswalde auch Berlin IV vertreten hätte.

Adolf Hoffmann-Berlin: Berlin IV wollte durch drei Delegierte hier vertreten sein. Was heißt das, daß Genosse Brückner nicht offiziell gefragt sei? Ein Vorstandsmitglied hat ihn gefragt. Sollte dasselbe erst Uniform anlegen? (Große Heiterkeit.) Ich bitte, das ordnungsgemäße Mandat für gültig zu erklären.

Die Aussprache schließt und sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

Hierauf wird in der Debatte über den parlamentarischen Bericht fortgefahren.

Eisner-Nürnberg

begründet folgenden Antrag:

(Abgeänderter Antrag 40.)

„Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, ein Aktionsprogramm von aktuellen gesetzgeberischen Arbeiten, Gesetzentwürfen nebst Begründung oder die Richtungslinien festlegende Anträge und Denkschriften zu entwerfen und im Reichstage einzubringen, die im Anschluß an aktuelle Fragen, Regierungsentwürfe, Anregungen der bürgerlichen Parteien, aber unabhängig von den Vorschlägen der Regierungen und den Anträgen der bürgerlichen Parteien den schöpferischen Willen der Sozialdemokratie und des Proletariats verkörpern und so gestaltet sind, daß sie unmittelbar, auch in der bürgerlichen Gesellschaft, ausführbar sind. Diese Entwürfe, Begründungen, Denkschriften bilden zugleich die Grundlage für Abänderungsvorschläge an Entwürfen der Regierung und unserer Gegner.

Als solche Gesetzentwürfe, Anträge, Denkschriften kommen zunächst in Betracht: eine demokratische Revision der Verfassung, systematische Militärreform, Reichsfinanzreform, ein einheitliches Arbeiterrecht (Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung), Reichsschulgesetz, Strafrecht und Strafprozeß.

Die Fraktion soll zu diesem Zwecke ihrem Sekretär den Auftrag und die Möglichkeit geben, auch nichtparlamentarische Fachleute zu kommissarischen Beratungen und Konferenzen hinzuzuziehen.

In erster Linie ist unverzüglich auf diese Weise ein Gegenentwurf oder eine die Richtlinien festlegende und begründende Denkschrift zur Reichsversicherungsordnung auszuarbeiten."

Die Verhandlungen von heute vormittag sind die beste Begründung für den abgeänderten Antrag 40. Er ist nicht neu, der Weg der Parteitage ist gepflastert mit abgeänderten Anträgen. Aber wer erlebt hat, wie man anfangs nur zögernd und schüchtern das Alkoholthema anschnitt, und wer dann die Begeisterung gesehen hat, mit der gestern der Alkoholantrag angenommen wurde, der wird Optimist von abgelehnten Anträgen. (Heiterkeit.) Ich möchte also fast hoffen, daß mein diesmaliger Antrag abgelehnt wird. Denn dann wird er später um so sicherer angenommen. Wäre man sich in der Partei klar über praktische Arbeit, so wären die heutigen Debatten über die Reichsfinanzreform unmöglich gewesen. Wohl könnte man auch dann noch über diese oder jene Frage verschiedener Meinung sein, aber nicht über die Annahme einer Besitzsteuer. Das Wort: diesem System keinen Mann und keinen Groschen, bleibt ein leeres Wort, solange wir nicht durchsetzen können, daß diesem System wirklich kein Mann und kein Groschen bewilligt wird. An unserem Neinsagen geht das System nicht zugrunde. Aber manche Parteigenossen scheinen Neinsagen und Verhindern zu verwechseln. (Sehr gut!) Durch die Einführung direkter Steuern schaden wir dem Militarismus mehr als durch die schönsten Reden. Mein Antrag bezweckt für die Zukunft jeder Direktionslosigkeit in Situationen nach Art der Reichsfinanzreform vorzubeugen. Für einen Augenblick war man in der Kommission des Reichstages auf dem rechten Wege: man forderte die Regierung auf, ein Steuerbündel von 500 Millionen aus nur direkten Steuern zusammenzustellen. Ich glaube, das ist der normale und wirklich fruchtbare Weg. Die Fraktion muß in solchen Fällen mit einem positiven klaren Entwurf herauskommen, muß eine Begründung dazu geben, die die Möglichkeit nachweist, und muß so für alle Zeiten aktenmäßig festlegen: das und das hat die Sozialdemokratie in einer bestimmten Situation gewollt. Das ist keine Kompromisselei, nein, das ist Systematisierung, Vertiefung, sagen wir Radikalisierung im parlamentarischen Kampf. Der Wert der parlamentarischen Arbeit beruht darauf, daß wir in jeder Situation uns nicht nur mit Protesten begnügen, sondern die Durchsetzung des positiven Programms möglich zu machen suchen. Ich sage nicht etwa, daß die bürgerlichen Parteien einen solchen Antrag annehmen würden, aber er müßte so gestaltet sein, daß sie ihn annehmen müßten, wenn sie überhaupt die Interessen ihrer eigenen Wähler vertreten wollten. Man muß über die Köpfe der bürgerlichen Fraktionen zu ihren Wählern reden, man muß zeigen, daß diese Fraktionen nur Ausschüsse von kleinen Minderheiten ihrer Anhänger sind. Wenn wir den Parlamentarismus wollen, so müssen wir ihn ganz wollen. Die selbständige Arbeit der oppositionellsten Partei bedeutet die Eroberung des Parlamentarismus. Das Problem, ob der Parlamentarismus überschätzt wird, ist erst in demokratischen Republiken am Platze. Ich wünsche nicht, daß wir Konzessionen machen, wir sollen vielmehr die bürgerlichen Parteien zwingen, uns Konzessionen zu machen. Der Sinn meines Antrages ist nichts als die Anwendung unseres sozialistischen und demokratischen Prinzips. Wenn Sie meinen Antrag nicht annehmen wollen, so denken Sie wenigstens darüber nach.

Peirotes-Straßburg:

Es ist doch sehr müßig, sich darüber zu streiten, was die Fraktion hätte tun sollen, wenn die Erbschaftssteuer zur dritten Lesung gekommen wäre. Ich bin noch nicht fortgeschritten genug, um den Unterschied zwischen zweiter und dritter Lesung zu begreifen. Die große Mehrheit der Elsässer ist der Meinung, daß die Fraktion die Frage der Reichsfinanzreform durchaus richtig behandelt hat. In jedem Stadium der Verhandlung wußten wir draußen ganz genau, was wir zu tun und zu lassen hatten. (Sehr richtig!) Die neuen Steuern mußten bekämpft werden; waren sie nicht zu Fall zu bringen, so mußte mindestens die Last, die auf den Arbeiter fällt, so gering wie möglich sein. Selbstredend müssen wir Propaganda treiben, aber wir dürfen den Arbeitern nicht Agitationsreden statt Verminderung der neuen Steuern bieten. Die Hochsche Rede war keine Propagandarede, wenigstens nicht für die Sozialdemokratie. (Sehr gut.) Bei der Reichsfinanzreform haben wir wirklich ausgezeichnet praktische Politik getrieben. Die Wahlen von Stollberg und Landau beweisen das. Wir dürfen uns unsere Situation nicht versauen. (Sehr richtig!) Und wir würden sie versauen, wenn wir uns nach irgend einer Richtung hin festlegen würden.

Emmel-Mülhausen:

Wenn Schrader recht haben würde, so würde sogar der Parteitag über die Verhältnisse in der Fraktion ununterrichtet bleiben und könnte keine Stellung dazu nehmen. (Sehr richtig!) Da ist es doch besser, sich über die Differenzen offen auszusprechen, damit die Parteitage die Richtung angeben. Nicht die Fraktion, sondern die Partei soll die Taktik bestimmen. Dazu gehört die Kenntnis der Vorgänge in der Fraktion. Die Forderung, unbedingt für die Erbschaftssteuer zu stimmen, bedeutet eine Durchbrechung der Nürnberger Resolution, wonach unter keinen Umständen die Machtmittel des Staates verstärkt werden dürfen. Bis jetzt hat noch nie die sozialdemokratische Fraktion der Regierung wirklich eine Steuer bewilligt, denn 1906 wurde zwar für die Erbschaftssteuer gestimmt, aber das Mantelgesetz natürlich abgelehnt. Es liegt kein Grund vor, von dem Grundsatz abzugehen: diesem System keinen Mann und keinen Groschen. Warum sollen wir dem persönlichen Regiment Mittel für neue Soldaten und neue Schiffe bewilligen. Die Theorie des kleineren Uebels würde dahin führen, der Regierung schlechte Steuervorlagen zu bewilligen, nur damit sie nicht mit noch schlechteren kommt. (Sehr richtig!) Die Nationalliberalen und die Freisinnigen sind mit dieser Theorie vollständig in den Sumpf geraten. (Sehr richtig!) Wenn Löbe und andere fragen: wie hätten wir agitieren können, wenn die Fraktion die Erbschaftssteuer abgelehnt hätte, so stellen sie sich damit ein Armutszeugnis aus. (Sehr richtig! und Unruhe.) Gewiß sollen wir Wahlpolitik treiben, aber die beste Wahlpolitik besteht im Hochhalten des Klassenkampfstandpunktes. Dadurch werden wir die Massen aufrütteln und mehr positive Arbeit leisten, weil die Bourgeoisie und die heutige Wirtschaft dann in Furcht gesetzt werden. (Dr. Frank: Hurra!) Genosse Frank! Wir sind hier nicht im Zirkus oder im Varieté, sondern an einem Ort, wo ernst verhandelt wird. Der Zuruf ist recht bezeichnend. (Zuruf: Die Erbschaftssteuer steht ja im Programm!) Gewiß, aber dieser Einwand ist heute morgen schon widerlegt worden. Wir wollen grundsätzliche Politik treiben und uns nicht von dem Schein der sogenannten positiven Arbeit blenden lassen. (Lebhafter Beifall und Widerspruch.)

*) In Berlin IV war zuerst als dritter Delegierter Brückner gewählt worden unter der Voraussetzung, daß er im Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde nicht gewählt würde. Als sich aber herausstellte, daß Brückner bereits definitiv in Arnswalde gewählt war, wurde in der nächsten Versammlung, der Fortsetzung der ersten, dem Genossen Litfin das Mandat übertragen.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090915/11
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Meerfeld-Köln:

Es ist zu beklagen, daß unsere drei Vertreter in der Kommission in der Frage der Frauenarbeit im Baugewerbe drei verschiedene Meinungen vertraten. Das darf nicht wieder vorkommen, wenn es natürlich auch eine höchst alberne und sofort widerlegte Verleumdung der Zentrumspresse war, daß Stadthagen dabei als Arbeiterfeind gehandelt hat. Betrübend ist die Spaltung der Fraktion in zwei Lager in Sachen der Erbschaftssteuer. Unsere Stellung zu der Erbschaftssteuer ist durch das Programm gegeben. Wir haben grundsätzlich dafür zu stimmen und nur in außerordentlichen Fällen dürfen wir davon abgehen. Hätten wir durch die Ablehnung eine Reichstagsauflösung erzwingen können, so wäre ich auch für die Ablehnung gewesen. Schon der Jubel unserer Gegner über die unglaublichen Aeußerungen von Varnus hätte uns zeigen sollen, wohin wir mit der unbedingten Ablehnung steuern. Sollen wir dem Zentrum Agitationsstoff liefern, denn jetzt angesichts der Erbitterung in seinen Wählermassen höchst kläglich zumute ist? Jeder, der mit katholischen Arbeitern zu tun hat, wird meiner Meinung sein. Es war bezeichnend, daß die „kölnische Volkszeitung", die alles tat, um die Erbschaftssteuer zu Fall zu bringen, vor der zweiten Lesung schrieb, man würde es den Sozialdemokraten nicht verdenken können, wenn sie trotz gegen die verhunzte Erbschaftssteuer stimmen. Dem Zentrum hätten wir allerdings keinen größeren Gefallen tun können. Gewiß soll man nicht ausschließlich agitatorische Rücksichten maßgebend sein lassen, aber man braucht auch den Gegnern keinen Agitationsstoff zu geben. Ganz gewiß bedeutet die Sprengung des alten Blocks einen politischen Fortschritt, denn das Zentrum ist dadurch aus der ihm willkommenen Stellung als Ausgleichspartei herausgedrängt worden und hat durch den Bund mit den konservativen Wahlrechtsfeinden seine volksfeindliche Natur der aller Welt offenbart. Bleiben wir gut radikal, aber hüten wir uns vor einem krankhaften Ueberradikalismus.

Rettebohm-Dortmund:

Die gesamten Delegierten des westlichen Westfalens billigen sehr entschieden die Stellung der Fraktion. Dem Rüstungsscandal Einhalt zu bieten, geht verläufig über unsere Kraft. Die neuen indirekten Steuern wären mit oder ohne unsere Zustimmung zur Erbschaftssteuer gekommen. Der Effekt der Erbschaftssteuer wäre immerhin gewesen, daß das arbeitende Volk 50 Millionen weniger aufzubringen hätte. Gewiß war die Erbschaftssteuer unzulänglich, aber sie bedeutete den ersten Schritt. Die Fraktion hat der Gesamtpartei einen außerordentlich guten Dienst geleistet. Wir haben jetzt wuchtige Waffen gegen das Zentrum in der Hand, und wir legen Breschen in die chinesische Mauer, die bisher die Zentrumsgebiete umgab. Massenhaft strömen die katholischen Arbeiter in unsere Versammlungen. Keinerlei Grundsätze haben wir verletzt. Lange haben wir unserer Sache nicht besser gedient, als durch unsere Stellung zur Reichsfinanzreform. Nie hat die Sozialdemokratie besser marschiert als jetzt. Ich hoffe, die erdrückende Mehrheit der Delegierten wird auf seiten der Fraktion stehen. (Beifall.)

Robert Schmidt-Berlin:

Bei der Erbschaftssteuer handelt es sich zunächst um rein taktische Fragen. Als es zuerst vom Regierungstische hieß, ohne Erbschaftssteuer keine Finanzreform, waren wir entschlossen, gegen die Erbschaftssteuer zu stimmen, um mit ihr zugleich die 400 Millionen indirekte Steuern zu Fall zu bringen. Dann aber zeigte sich, daß der Bundesrat entschlossen war, jede Steuer zu nehmen, um das 500 Millionen-Loch zu stopfen. Damit war für uns eine Aenderung der Taktik geboten. Prinzipielle Erwägungen traten hinzu. Herr v. Heydebrand erklärte ausdrücklich, wir bewilligen unter keinen Umständen die Erbschaftssteuer in einem Parlament, das aus allgemeinen, gleichen Wahlen hervorgeht. Damit war der prinzipielle Gesichtspunkt gegeben. Die Erbschaftssteuer, wie sie war, hätten die Agrarier vielleicht noch geschluckt, aber es packte sie die Angst vor der grundsätzlichen Festlegung direkter Steuern durch den Reichstag. — Im Parteiprogramm heißt es, zunächst verlangt die Partei die Einkommen- und eine Erbschaftssteuer. Das „zunächst" heißt doch wohl unter dem kapitalistischen System, denn über das Steuersystem in der sozialistischen Gesellschaft sind wir uns vorläufig ja noch nicht einig. (Heiterkeit.) Es handelt sich nicht darum, daß wir mit den Steuern auch Soldaten und Kriegsschiffe bewilligen. Die Soldaten und Schiffe werden von den bürgerlichen Parteien bewilligt. Hier handelt es sich um die Verteilung der Kosten. Und da sagen wir: Keinen Groschen aus der Tasche der Arbeiterklasse. (Sehr gut!) Aus der Tasche der besitzenden Klassen nehmt, was ihr wollt. Wir sind nicht zum Schutz der Besitzenden da. Die Erbschaftssteuer ist der erste bedeutsame Schritt auf dem Wege, die indirekten durch direkte Steuern zu ersetzen. Wie kämen wir dazu, uns zu Mitschuldigen derer zu machen, die aus der großen Klassenerregung des Agrariertums heraus diese Steuer ablehnen. In dem Augenblick, wo die Agrarier unter Aufbietung aller ihrer Kräfte diese Steuer ablehnen, durften wir uns unter keinen Umständen an ihre Seite stellen. Das ist mein Standpunkt nicht, aus den Taschen der Leute, die Erbschaften über 20 000 M. einsacken, keinen Groschen zu bewilligen. Aus den Taschen solcher Leute mögt ihr Kriegsschiffe bauen, soviel ihr wollt. (Beifall und Unruhe.) Wenn die Besitzenden allein die Kosten für Militarismus und Marinismus zu tragen haben, wird ihre Begeisterung sich schon abkühlen. Aus allen diesen Gründen hätten wir nach meiner Meinung auch bei der dritten Lesung die Erbschaftssteuer bewilligen müssen. Ein paar Worte über die Vorgänge von 1906. In der Kommission wurde damals von unseren Vertretern die Tantiemesteuer abgelehnt. In zahlreichen Zuschriften wurde die Fraktion gefragt, wie man dazu komme, die reichen Aktionäre zu schützen. Darauf hat die Fraktion in zweiter wie in dritter Lesung für Erbschafts- und Tantiemesteuern gestimmt. Natürlich hat sie das Mantelgesetz abgelehnt. Das hätte sie auch diesmal getan, wenn ein Mantelgesetz vorgelegt worden wäre, weil eben das Mantelgesetz auch indirekte Steuern enthalten haben würde. Wenn aber über die einzelnen Steuern die Entscheidung zu fällen ist, so steht die Frage so: wem legen wir die Lasten auf? Die Steuern von der besitzenden Klasse abzuhalten, ist nicht unsere Aufgabe. (Lebhafter Beifall.)

Singer:

Da kein einziger Delegierter mit der Haltung der Fraktion unzufrieden ist, halte ich diese ganze Erörterung für überflüssig. (Lebhafte Zustimmung.) Was die Fraktion bei der dritten Lesung getan hätte, ist in der Fraktion gar nicht zur Erörterung gekommen. (Hört! hört!) Entsprechend unserer langjährigen Taktik und entsprechend unseren Grundsätzen haben wir, als es sich um die Abstimmung über ein einzelnes Gesetz handelte, für die Erbschaftssteuer gestimmt. Die Fraktion hatte ihren Redner zur ersten Lesung beauftragt, eine Erklärung abzugeben, wonach die Vorlage in der eingebrachten Form für die Fraktion als ungeeignet erklärt wurde. Bevor dieser Beschluß gefaßt wurde, haben lange Erwägungen in der Fraktion stattgefunden, und nachdem nun einmal Interna aus der Fraktion mitgeteilt worden sind, hätte ich gewünscht, daß auch der Hergang dieser Erwägungen wenigstens erwähnt worden wäre. In der Fraktion kam bei der Vorberatung auch die Auffassung zum Ausdruck, daß dem Fraktionsredner verwehrt werden solle, die eben erwähnte Erklärung abzugeben. Die Mehrheit der Fraktion hat aber gemeint, diesem Erbschaftssteuergesetz gegenüber müßten wir schon, um möglichst Verbesserungen in unserem Sinne durchzusetzen, keinen Zweifel lassen, daß wir das Gesetz in dieser Fassung nicht annehmen. (Hört! hört!) Verbesserungen wurden nicht vorgenommen, und so konnten wir nur in der zweiten Lesung für die Vorlage stimmen, weil wir der Meinung waren, wie das die Praxis der Fraktion seit langen Jahren ist, daß die endgültige Entscheidung in dritter Lesung zu fallen hat. Wir konnten also ganz ruhig in der zweiten Lesung für die Vorlage stimmen, ohne uns damit nach außen hin öffentlich für die dritte Lesung zu binden. Es ist nicht zur dritten Lesung gekommen und darum sehe ich keinen Vorteil in diesen Erörterungen. (Sehr richtig!) Da aber nun die Sache einmal hier besprochen worden ist, und zwar erfreulicherweise in den Formen, in denen Meinungsverschiedenheiten unter den Genossen auszutragen sind, möchte ich aus meiner Auffassung keinen Hehl machen und will gestehen, daß ich für den Fall der dritten Lesung für die Ablehnung gewesen wäre. (Bravo! Hört! hört!) Gewiß vertritt die Partei die Forderung direkter Steuern, aber damit ist nicht gesagt, daß wir Steuern nur darum, weil sie direkte sind, für Zwecke bewilligen, die wir an sich nicht billigen. (Zuruf: Niemand stellt ja ein solches Prinzip auf!) Ich für meine Person würde mich gegen die Bewilligung der Steuer in dritter Lesung erklärt haben, weil nach meiner Meinung die bloße Rücksichtnahme auf Verminderung der indirekten Steuern unserer Partei nicht angemessen wäre und wir prinzipielle Politik zu treiben haben. (Kautsky: Sehr richtig!) Wenn wir grundsätzliche Gegner des Verwendungszweckes dieser Steuer sind, so haben wir dagegen zu stimmen, unbekümmert darum, ob im Lande die Agitation vielleicht etwas erschwert wird. (Zuruf: Sehr erschwert!) Täuschen wir uns nicht, das ist der Kernpunkt unserer ganzen Debatte. **Was hat denn die sozialdemokratische Partei groß und stark gemacht? Doch nur die Unerschütterlichkeit und Offenheit, mit der wir unsere Grundsätze im Hinblick auf das Endziel und in der Augenblickspolitik vertreten haben.** Gewiß haben unsere Genossen im Lande den bürgerlichen Parteien gegenüber schwere Zeiten. Gewiß werden ihnen Knüppel zwischen die Beine geworfen, indem man sagt, ihr habt gegen diese direkte Steuer gestimmt. Da hier einmal vom kleineren Uebel die Rede war, so muß ich sagen, ich halte es für das kleinere Uebel, wenn einmal durch eine grundsätzlich gerechtfertigte Abstimmung Schwierigkeiten in der Agitation entstehen, als wenn wir, um diesen Schwierigkeiten zu begegnen, schließlich auf eine Bahn kommen, auf der es kein Halten gibt. (Bravo.) Aber wie gesagt, die Frage ist gar nicht akut. Um was handelt es sich jetzt eigentlich. Es wird eine große Sache daraus gemacht, daß die Entschließung einiger Kollegen dahingegangen ist, man hätte in dritter Lesung eventuell gegen die Steuer stimmen sollen. Diese Frage hätte gar nicht solche Wellen aufzuwerfen brauchen. (Sehr richtig!) Hier ist vielfach die Auffassung vertreten worden, daß hier die Taktik in bezug auf direkte Steuern festgelegt werden müsse. Ich würde eine solche Festlegung für den größten Fehler halten. (Lebhafte Zustimmung.) Es kann nichts Unpraktischeres, nichts Schädlicheres geben. Selbstredend werden wir für direkte Steuern stimmen, wenn der Zweck, für den die Steuern verlangt werden, unseren Auffassungen entspricht. Aber uns für einzelne Fälle festzulegen, ist unmöglich. (Sehr richtig.) Sie binden Ihrer parlamentarischen Vertretung die Hände, wenn Sie auf eine solche nicht einmal akute Frage hin für die Zukunft die Taktik der Fraktion für alle Fälle festlegen wollen. Nun noch ein paar Worte zu dem zweiten Vorwurf, daß die Fraktion keine Obstruktion gemacht hätte. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen hätte der Versuch einer Obstruktion statt propagandistisch zu wirken, uns einfach im Volke lächerlich gemacht. (Lebhafte Zustimmung.)

Wir haben die Obstruktion sehr ernsthaft erwogen und alle an der Beseitigung der indirekten Steuern interessierten Fraktionen für die Obstruktion zu gewinnen versucht. Das ist unmöglich gewesen, und so haben wir uns dagegen entschieden in der sicheren Ueberzeugung, daß der Obstruktionsversuch innerhalb weniger Stunden zu Boden geschlagen wäre. Wir haben uns bemüht, im Rahmen der strengsten Opposition und durch Anträge und Reden alles aufzubieten, um das Unheil vom Lande abzuwenden. Wir haben vom Mittel der Obstruktion nicht aus Mangel an Mut oder aus Mangel an Erkenntnis, sondern im Interesse der Partei abgesehen, die wir nicht lächerlich machen wollten. (Lebhafter Beifall.)

Ulrich-Offenbach:

Nachdem einmal im Lande die Aeußerungen kolportiert wurden, die von Hoch, Emmel und Stadthagen für nötig gehalten waren, mußten wir auf dem Parteitage zu dieser Frage Stellung nehmen. Die persönliche Erregung kann dabei aus dem Spiel bleiben. Es fragt sich, ob die Erfahrungen der Menge Parteigenossen, die im Lande unter den Gegnern zu arbeiten haben, ohne jede Bedeutung für die Partei bleiben sollen. Ich bin stets dafür gewesen, grundsätzliche Politik zu treiben. Daß wir das getan haben, hat es bewirkt, daß uns die Massen des Volkes, wenn sie auch innerlich noch nicht zur Sozialdemokratie gehören, ihr doch zuströmen, sobald die Situation brenzlich wird. Ihr Instinkt, ihr Klassenbewußtsein treibt sie uns zu, weil sie wissen, daß wir trotz aller Differenzen unter uns doch die allerschärfste grundsätzliche Politik treiben. (Sehr richtig!) Daß diese Politik die richtige ist, zeigen uns wieder die letzten Wahlen, bei denen die Gegner die Aeußerungen von Stadthagen, Hoch und Emmel gegen uns ausgespielt haben. (Zuruf: Es hat ihnen nichts genützt!) Gewiß, aber nur, weil unsere Fraktion so vernünftig gehandelt hat, weil aus dem amtlichen Protokoll des Reichstages nachzuweisen war, daß wir gegen die Belastung der Armen durch indirekte Steuern und für die Belastung der Reichen durch direkte Steuern gewesen sind. Das ist der springende Punkt. Wir mußten uns vor allem auch die Frage vorlegen, was geschah, wenn wir die direkte Steuer ablehnten. Die Folge war dann offenbar, daß das, was wir den reichen Leuten schenkten, den armen aufgehalst wurde. (Sehr wahr!) Dazu dürfen wir uns niemals hergeben. Wäre es infolge der Ablehnung der Erbschaftssteuer zur Auflösung des Reichstages gekommen, o, Genossen, das wäre ein lustiger Kampf gewesen, und der Deibel soll mich holen (große Heiterkeit), da wäre auch ich mit dabei gewesen. Aber die Auflösung wäre eben nur dann gekommen, wenn wir die Erbschaftssteuer durchgedrückt hätten. (Sehr richtig!) Die Situation war nicht anders als 1906, wo wir in allen Lesungen für die Erbschaftssteuer gestimmt haben, und wir durften unsere Haltung von 1906 nicht desavouieren. Ich erinnere auch daran, daß wir gelegentlich der Flottenvorlage noch viel weiter gegangen sind und beantragt haben, die Kosten von den Leuten mit einem Einkommen von mehr als 6000 Mark zu erheben. (Sehr gut!) Wie konnten wir dann jetzt auf einmal sagen: wir machen das nicht mehr mit. (Zuruf: Ausgezeichnet!) Nein, Genossen, wir haben nicht nötig, allzu radikal zu sein. (Stürmische Heiterkeit.) Allzu radikal macht schmal, genau so wie allzu scharf schartig macht. Wir haben nach allen Seiten hin unseren Standpunkt im Parlament scharf zu wahren und für die Arbeiter herauszuholen, was wir können. Alles, was wir fordern, geht auf dem Wege zu unserem Endziel: der Sozialisierung der Gesellschaft. (Sehr richtig!) Wenn wir einer solchen Räuberbande, wie die Mehrheit des Reichstages nun einmal ist, gegenüber erklären, diesen Raubzug auf die Taschen der Armen lassen wir nicht zu, Euch wollen wir schröpfen, dann haben wir den richtigen Weg eingeschlagen. (Lebhafter Beifall.)

Molkenbuhr:

Auch ich muß mein Bedauern darüber aussprechen, daß Interna der Fraktion zum Gegenstand einer öffentlichen Diskussion gemacht worden sind. Ich glaube nicht, daß das der Tätigkeit der Fraktion nützen kann. (Sehr richtig!) Immer, wenn Meinungsverschiedenheiten unter den einzelnen Fraktionsgenossen, insbesondere Kommissionsmitgliedern, entstanden, haben sie die Fraktion zur Entscheidung angerufen. Diese Meinungsverschiedenheiten aber zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion machen, heißt einen Zwiespalt in die Reihen der Genossen hineintragen. Leider hat Genosse Emmel ja in Aussicht gestellt, daß er diese veränderte Praxis auch für die Zukunft hochhalten will. (Hört! hört!) Es kann keine Rede davon sein, als ob diejenigen, die bereit waren, in dritter Lesung für die Erbschaftssteuer zu stimmen, nun etwa den Staat veranlassen wollten, noch mehr Soldaten und Kriegsschiffe zu beschaffen, es handelte sich da nicht um Mittel für Neubewilligungen, sondern um Bezahlung vergangener Bewilligungen, und es fragte sich: wer soll sie bezahlen? Da meine auch ich, zur Bekämpfung des Militarismus gibt es kein wirksameres Mittel, als wenn die Reichen die Kosten bezahlen müssen. (Sehr richtig!)

Die Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion waren gar nicht so groß, wie es hier dargestellt wird. (Sehr richtig!) Wir waren alle einig darin, nach Möglichkeit die Finanzreform zu behindern, und eventuell die Reichstagsauflösung herbeizuführen. Die Meinungen gingen nur darüber auseinander, welche Wirkung die Abstimmung nach der einen oder anderen Seite haben würde. Warum hat nicht Genosse Emmel im vorigen Jahre, als die Resolution über die Reichsfinanzreform zur Debatte stand, eine Resolution gefordert, daß wir alle Steuern ablehnen sollen? (Sehr gut!) In der Resolution des vorigen Jahres stehen wir auf dem Standpunkt unseres Parteiprogramms. Unser Programm ist nicht geändert, also konnten auch die, die in dritter Lesung für die Erbschaftssteuer stimmen wollten, die Grundsätze unseres Programms in Anspruch nehmen. Ob man damit die Auflösung des Reichstags erreicht hätte, ist eine andere Frage. Man hat der Fraktion den Vorwurf gemacht, daß sie keine Obstruktion getrieben habe. Genosse Kautsky wird sich beim Schreiben seines Artikels jedenfalls auch etwas dabei gedacht haben, aber er hätte das Wort „Obstruktion" durch gute deutsche Worte ersetzen und uns mitteilen sollen, wie er es sich dachte, mit Obstruktion einen Erfolg zu erzielen. Hier sind unsere österreichischen Genossen, die können ein Lied davon singen. Oesterreich ist ja das Heimatland der Obstruktion. Man kann Lärm machen, das ist die gewaltsame Obstruktion. Durch Lärmmachen hätten wir unsere eigenen Redner am meisten gestört, denn nicht die Anhänger der Steuern redeten hauptsächlich, sondern die Gegner. Dringlichkeitsanträge, die in Oesterreich ein sehr schönes Mittel sind, kennt die deutsche Geschäftsordnung nicht, und eine Aenderung der Geschäftsordnung wäre uns nicht zugelungen. Dafür, daß man Geschäftsordnungsdebatten nicht in die Unendlichkeit ausdehnen kann, hat die Lex Aichbichler gesorgt. Namentliche Abstimmungen haben wir in großer Zahl herbeigeführt, aber wie bei der Lex Heinze durch Hinausgehen die Abstimmung unmöglich machen, konnten wir nicht, weil der Schnapsblock die absolute Mehrheit hatte. Da soll Kautsky uns sagen, was wir tun sollten. Wir wollen das in deutschen Worten hören. (Lebhafter Beifall.)

Wurm:

Ein paar Worte über den grundsätzlichen Standpunkt verschiedener Redner. Gewiß haben wir beim Flottengesetz verlangt, daß die Mittel von den besitzenden Klassen aufgebracht werden sollen. Wir wollten zeigen, wie weit der Patriotismus der besitzenden Klassen geht. Es war ein Schachzug, wie ihn sich herausdie Partei leisten konnte. Ich meine aber doch, es geht nicht an, dem Verwendungszweck zu abstrahieren. Wir können nicht immer unter dem Gesichtspunkt der Agitation handeln, wir haben uns schon mals gefragt, in welche Gesellschaft wir geraten, wenn wir unseren Grundsätzen gemäß für oder gegen eine Vorlage stimmen. Wir haben 1906 mit den Pfaffen gegen die Kolonialpolitik gestimmt, 1909 mit den Agrariern gegen den Wuchertarif gestimmt. Gewiß wird durch solche Vorgänge die Agitation in noch nicht aufgeklärten Bezirken erschwert, aber wenn unsere Partei sich jemals von der Schwierigkeit hätte abschrecken lassen, die es kostet, den „dummen Kerl", den „Unverstand der Massen" aufzuklären, so wären wir nicht so weit, wie wir sind. Als Ferdinand Lassalle seine Agitation begann, da war der größte Teil der Arbeiter noch so befangen, daß er von uns nichts wissen wollte. Daß 50 oder 60 Millionen mehr von den besitzenden Klassen getragen werden, ist kein Schritt in den Zukunftsstaat, und kein Schritt auf dem Wege der Sozialisierung der herrschenden Gesellschaft. England hat schon längst direkte Steuern, und ist darum durchaus nicht auf dem Wege der Sozialisierung, keine herrschende Klasse kommt freiwillig, für die Geschäftszwecke des Kapitalistenstaates Beiträge zu zahlen. Wir hätten nur erreicht, daß dem dummen Kerl gesagt werden konnte: „Sehen Sie, wir reichen Leute tragen auch zu den Kosten bei!" Nehmen Sie ein drastisches Beispiel, denken Sie, daß eine schwarze Garde zur Niederknüppelung der Gewerkschaften von Staats wegen besoldet wird. Würden Sie dann auch direkte Steuern zu diesem Zweck bewilligen? Mit der Theorie der Bewilligung direkter Steuern in jedem Fall kommen wir auf die schiefe Ebene. Wir müssen uns zum Klassenkampf bekennen, zum Kampf gegen die jetzt herrschende Gesellschaft. (Lebhafter Beifall.)

Frank-Mannheim:

Es ist nicht Unverstand der Massen, sondern Klassenbewußtsein, wenn die Arbeiter für die Erbschaftssteuer sind. Es wäre das dümmste, was wir machen könnten, wenn wir uns nachträglich die Freude an der außerordentlichen Gunst der politischen Situation vereckeln wollten. Gewisse Leute können es anscheinend nicht vertragen, wenn wir Erfolge haben, und wenn unser Einfluß auf die Massen immer wächst. Die Erbschaftssteuer ist zweifellos eine Steuer, die nur im kapitalistischen Staat erhoben werden kann. Wie die Zukunftsgesellschaft aussehen wird, wissen wir nicht, aber daß es in ihr ein Privateigentum und ein Privaterbrecht nicht mehr geben wird, darüber sind wir einig. Also die Forderung einer Erbschaftssteuer hat nur Sinn im kapitalistischen Staat. Wenn wir dem kapitalistischen Staat nichts bewilligen wollen, müssen wir die direkten Steuern aus dem zweiten Teil unseres Programms streichen. (Sehr gut!) Selbstredend wird niemand hier im Saal der Meinung sein, daß wir ohne Rücksicht auf die Situation jede Steuer, bloß weil sie direkt ist, bewilligen. Unsere Haltung bei der Flottenvorlage war doch kein Schachzug, sondern der erste Versuch, den herrschenden Klassen Lasten aufzubürden. (Lebhafte Zustimmung.) Dieser „Schachzug" hat sogar große Erfolge gehabt. Gewiß haben uns die großen sozialistischen Zukunftsziele groß gemacht. Aber gegenwärtig macht uns auch die praktische Arbeit, die wir leisten, und weiterleisten wollen. (Lebhafter Beifall.)

Albert-Breslau:

Die offiziellen Stellen der Partei hätten, selbst wenn sie keine Obstruktion machen wollten, die Erregung im Volke über die niederträchtige Steuervorlage noch ganz anders ausnützen können. Sie hätten mehr an das Volk appellieren sollen. Wenn die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages mit voller Namensunterschrift eine Proklamation an die Wählerschaft erläßt, einen Aufruf an ihr Volk, so werden auch die Indifferenten darauf gestoßen, daß etwas los ist. Robert Schmidt ließ durchblicken, seine Leute könnten die besitzenden Klassen so viele Kriegsschiffe und Kanonen bauen als sie wollten, wenn sie es nur aus ihrer Tasche bezahlen. (Zuruf: Unsinn! Hat er nicht gesagt!) Ich danke aber auch dafür, daß auf Kosten der Reichen die Wahlbewußtsein mit Kanonen regaliert werden.

Die Debatte wird vertagt.

Robert Schmidt (persönlich): Albert hat eine Aeußerung von mir in rein demagogischer Weise gegen mich ausgenutzt. Ich glaube, in die Verlegenheit wird Albert und ich nicht kommen, daß wir besitzende Klasse aus ihren Taschen Kriegsschiffe baut, und deshalb war meine Redewendung nur eine Uebertreibung, mit der ich gewisse diejenigen Parteigenossen ad absurdum führen wollte, die bei der Erbschaftssteuer diesen Standpunkt vertreten.

Von der dänischen Sozialdemokratie ist folgendes Begrüßungstelegramm eingegangen:

„Die dänische Sozialdemokratie sendet brüderliche Grüße und Glückwünsche zu eurem Parteitag. Ebenso wie die Arbeit, welche vor beinahe einem halben Jahrhundert in Leipzig ihren Anfang nahm, von größter Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie gewesen ist, wird die Arbeit, welche ihr in diesen Tagen ausführt, ohne Zweifel auch zur Kräftigung der internationalen Sozialdemokratie beitragen. Glückauf eurer Arbeit zur Befreiung der Arbeiterklasse! Hoch der Sozialismus! Sigvald Olsen."

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

den Orte ausgeführt.

Naturkunde Mit Ballon und Blitzlicht in den afrikanischen Dschungeln. Eine eigenartige Expedition wird demnächst die Reise nach dem schwarzen Erdteil antreten: die photographische Expedition des amerikanischen Millionärs W. D. Boyce, des Verlegers zweier großer Wochenschriften von Chikago. Mit Luftballons, Drachenfliegern und mächtigen Scheinwerfern ausgerüstet, wird der amerikanische Zeitungsmann mit sechs Gehilfen, darunter dem bekannten Photographen [illegible], an der Spitze von 400 schwarzen Trägern den Marsch nach Uganda antreten, um hier mit der Kamera Löwen und andere Tiere zu jagen. Mehr als 400 000 M. sind angeblich für die umfangreiche Ausrüstung ausgegeben worden; nicht weniger als 3 Luftballons, 23 besondere photographische Apparate, 1 vollständiger Kinematograph, 3500 Meter gerollte Films, 6000 Platten und Einzelfilms, 600 Drachenballons, 40 Kastendrachen und ein ganzer Laden von Chemikalien werden im Herzen Afrikas ihre Beute bedrohen. „Es ist meine Idee," sagt Mr. Boyce, „die Träger und Eingeborenen durch Kinematographen-Vorführungen zu beruhigen und in Ordnung zu erhalten. Ich habe auch ein Dutzend neuester Grammophone mitgenommen. Nach der heißen Tagesarbeit werden die Neger die Tetrazzini und Caruso hören. Es ist keine leichte Aufgabe, 400 Träger in Ordnung zu halten." Die Kastendrachen sollen zu photographischen Aufnahmen dienen, wenn die Windstärke die Verwendung der Ballons verhindert. Besonders stolz ist Mr. Boyce auf seine Methode, Löwen in der Nacht und in Freiheit zu photographieren. Eine regelrechte Batterie von photographischen Apparaten wird dazu erforderlich. „Als Köder für den Löwen wird Tierfleisch in den Wald gelegt. Auch um den Köder werden sechs unserer größten Kameras angeordnet; in unmittelbarer Nähe soll auch ein Mikrophon stehen, das mit uns mittels eines Kabels verbunden ist. Wir selbst werden zwei Meilen vom Schauplatz entfernt sein, die Hörer des Mikrophons an den Ohren. Wenn Löwen kommen, werden wir ihr Gebrüll und ihren Kampf um die Beute hören, daß ist dann unser Augenblick. Wir drücken auf einen Knopf, die Scheinwerfer flammen auf und zugleich arbeiten automatisch die photographischen Apparate." Mr. Boyce will Aufnahmen erschreckter Löwen haben und freut sich schon auf die erstaunten Löwengesichter, die ihm die Platten nachher zeigen werden. „Wir haben solche Experimente in Amerika mit Hunden bereits gemacht und ausgezeichnete Aufnahmen erlangt."

Bildende Künste Zur Dresdner Galerieangelegenheit hat nunmehr auch Herr Professor Hermann Prell das Wort genommen. Er schreibt an den Dresdner Anzeiger unterm 13. September: „Von meiner Reise nach Norwegen zurückkehrend, erhalte ich erst heute Kenntnis von dem Gerücht, welches meine Person mit der Neubesetzung der Dresdner Galeriedirektion in Verbindung bringt. Was die Sache angeht, so halte ich für die Nachfolge in einem Amt, welches Woermann in so hervorragender Weise ausgefüllt hat, und hoffentlich noch lange ausfüllen wird, nur einen Kunsthistoriker für geeignet, der — wie Woermann — universelles Wissen mit eigenem Kunstempfinden verbindet, und der in gleichem Maße den Einklang mit der künstlerischen Kommission der Galerie zu wahren weiß. Es wird zweifellos schwer sein, einen gleich bedeutenden Erfolg zu finden. Was mich, als Künstler, veranlassen sollte, meine Arbeit, der ich ausschließlich lebe, mit einem Verwaltungsposten, sei er noch so ehrenvoll, zu vertauschen, wüßte ich nicht. Die absurden und taktlosen Angriffe des Berliner Tageblattes beruhen auf glatter Erfindung."

Wir wollen hoffen, daß die in diesem Brief geäußerten Ansichten, wenn über Jahr und Tag etwa eine Berufung des Herrn Prof. Prell geschehen sollte, auch für das Handeln des Briefschreibers unverbrüchlich bestimmend wären. Der Signalschuß des Berliner Tageblatts bleibt aber gut und nützlich, auch wenn Herr Prell seinen Namen von der Kandidatenliste der Woermann-Nachfolgerschaft wegstreicht. Die Gefahr, auf die Franz Stahl aufmerksam machte, ist nicht aus der Welt geschafft. Sogar die Erklärung Prells zeigt jetzt daher, sie noch zu sehn. Denn es kommt auch in Zukunft nicht nur darauf an, daß an der Spitze der Galerie ein „Kunsthistoriker mit universalem Wissen und eigenem Kunstempfinden" steht, sondern auch darauf, daß dieser Leiter so frei nach seinem Wissen und Empfinden handeln kann, daß kein „Einklang mit der künstlerischen Kommission der Galerie", den Herr Prell als für den Leiter der Galerie wichtig bezeichnet, nicht eine unfreiwillige Unterwerfung unter den vielleicht ganz anders gerichteten Willen der Mehrheit dieser Kommission bedeutet. Herr Prell sitzt zurzeit neben Herrn Woermann mit noch sieben anderen Herren in dieser Kommission. Um genau sagen zu können, wie Herrn Prells Hinweis auf den „Einklang" aufzufassen ist, müßte man näheren Einblick in den Gang der Dinge in dieser Kommission haben. Da die breitere Oeffentlichkeit diesen Einblick nicht hat, so ist der Erklärung des Herrn Prell gegenüber unbedingt Vorsicht am Platze. Die Erklärung sieht glatt und eben aus und doch könnten im Parkett heimliche Fußangeln eingelassen sein.

Kleine Mitteilungen In der Affäre des Direktors Fickel vom Berliner Lustspielhaus, gegen den bekanntlich von seiner früheren Schauspielerin Fräulein [illegible] und zugleich von der Deutschen Bühnengenossenschaft schwere Beschuldigungen erhoben worden sind, wird die polizeiliche Untersuchung in den nächsten [illegible] wird das Polizeipräsidium auf Grund des umfangreichen Beweismaterials gegen Direktor Fickel beim Reichskanzler auf Konzessionsentziehung klagen.

Der seit längerer Zeit von allen Sternwarten der nördlichen Halbkugel eifrig gesuchte Halleysche Komet ist jetzt auf der Sternwarte Königstuhl bei Heidelberg von dem bekannten Astronomen Professor Wolf auf photographischem Wege entdeckt worden. Der Komet befindet sich gegenwärtig im Sternbilde der Zwillinge und ist 16. Größe, steht also noch an der äußersten Grenze der Sichtbarkeit. Bei seiner weiteren Annäherung an die Sonne wird das winzige Lichtpünktchen jedoch nach und nach zu einer mit bloßem Auge sichtbaren Erscheinung am Himmel, schließlich zu einem hellen Objekt mit starkem, leuchtendem Schweif werden, daß zur Zeit der Sonnennähe des Kometen, im Frühjahr 1910, mit auffälligem Glanze am Abendhimmel strahlen wird. Der Halleysche Komet, der zu den periodischen Kometen gehört und die Sonne in einer 76jährigen Umlaufszeit umkreist, war zuletzt im Jahre 1835 sichtbar. Seine Wiederkehr ist seit Jahren von den Astronomen mit Spannung erwartet worden.

In einer Unterredung mit dem Vertreter der Associated Press in Battle Harbour erklärte Peary: Ich bin der einzige Mensch, der den Nordpol erreichte. Ich bin bereit, es zu beweisen und lehne es ab, mich in eine Diskussion über Einzelheiten einzulassen. Diese werden später an die Oeffentlichkeit kommen. Ich habe festgestellt, daß Cook den Pol nicht erreichte und besitze exakte Beweise für diese Feststellung. Eine lange Geschichte wird voraussichtlich in sechs Monaten in der Oeffentlichkeit bekannt werden. Es wäre nicht politisch von mir gehandelt, wenn ich mich jetzt in den Kampf der Meinungen einließe, denn ich würde damit Informationen bekanntgeben, von denen anderweitig Gebrauch gemacht werden könnte. Ich beabsichtige, auf Dr. Cooks Veröffentlichung zu warten, dann werde ich meine Informationen herausgeben, worüber von wissenschaftlicher Seite ein Urteil gefällt werden wird. Dann wird von Dr. Cooks Beweisen nichts mehr übrig bleiben. — Auch das kann nur den Eindruck machen, daß Peary ein falsches Spiel treibt.

In Regensburg stieß man beim Fundamentieren eines Neubaues auf eine gut erhaltene Grundmauer eines römischen Hauses.

Shackleton lehnte endgültig die Teilnahme an der Südpolarexpedition des Kapitäns Scott ab, da er mit der Abfassung eines Buches und der Vorbereitung seiner Vorlesungen zu sehr beschäftigt ist. Scott hat zu den Unkosten bereits 4000 Pfr. erhalten. Er hofft im Sommer 1912 wieder in England einzutreffen.

Josef Ruederer hat seine Tragödie „Der Schmied von Kochel", das Werk mehrerer Jahre, vollendet. Die Uraufführung findet den M. R. R. zufolge nach diesen Winter in Berlin statt.

Max Burckhardt, der ehemalige Burgtheaterdirektor, hat eine dreiaktige Komödie „Jane Akra . ." vollendet, die eine Satire auf das „Glückwerk" darstellt. Das Stück gelangt im Laufe der nächsten Wochen am Deutschen Volkstheater in Wien zur Uraufführung.

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 16. September. Opernhaus (Altstadt): Götterdämmerung. Dritter Tag aus der Trilogie: Der Ring des Nibelungen. Von Richard Wagner. Anfang 6 Uhr. — Schauspielhaus (Neustadt): Zum erstenmal: Tantris, der Narr. Drama in fünf Akten von E. Hardt. Anfang 7 Uhr. — Residenztheater: Kümmere dich um Amelie! Schwank in drei Akten von Georg Feydeau. Anfang 7½ Uhr.

Donnerstag den 16. September im Königlichen Schauspielhaus außer Abonnement Erstaufführung des Dramas Tantris der Narr von Ernst Hardt. Der Vorverkauf beginnt Mittwoch den 15. September, vormittags 10 Uhr. — Mittwoch den 15. September G. Hauptmanns Komödie Kollege Crampton mit Herrn Fischer in der Titelrolle. Die Rollen des Max und der Gertrud sind mit Herrn Wierth und Fräulein Lichtenegg neubesetzt.

Jugend-Bildungsverein von Dresden u. Umgegend

Gruppe Pieschen-Trachenberge. Mittwoch Mitgliederversammlung in Dubens Restaurant.

Morgen Donnerstag abends ½9 Uhr finden statt:

Gruppe Johannstadt. In Müllers Restaurant, Elisenstraße Spielabend.

Gruppe Gorbitz: Im Ratskeller Unterhaltungsabend.

Gruppe Neustadt. Mitgliederversammlung bei Rätzsch, Markgrafenstraße 33.

Gruppe Plauen. Diskutierabend im kleinen Volkshaus.

Gruppe Radebeul. Vortrag des Genossen Wendt in Radebeuls Restaurant Scharfe Ecke, Radebeul über den Deutschen Bauernkrieg.

Gruppe Leutewitz und Cotta. Vortrag des Genossen Rabehner Gröschel in Gorbitz Gasthof Leutewitz über die Reformationsbewegung.

Zahlreiches Erscheinen überall notwendig!

Leben · Wissen · Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 213 Dresden 15. September 1909

Dresdner Stadtmuseum

Otto-Ludwig-Zimmer

Als vor kurzer Zeit Otto Ludwigs Tochter starb, erhielt das Dresdner Stadtmuseum laut letztwilliger Bestimmung ein paar wertvolle Gegenstände aus ihrem Nachlasse. Dies führte zu dem Gedanken, auch anderes noch herbeizutragen, was an den Dichter der Heiterethei gemahnt. So entstand das Otto-Ludwig-Zimmer, das heute eröffnet wurde und nun den Freunden des Dichters ein Stündlein stiller Rückschau gewährt.

Der erste Blick fällt auf den kleinen, anspruchslosen Schreibtisch. Nichts verrät daran Außergewöhnliches. Was sind auch die Dinge? Es ist der Mensch, der den Dingen Bedeutung gibt. Auf dem Tisch liegt ein Bühnenmanuskript seines kraftvollen Dramas Die Makkabäer, mit vielen handschriftlichen Bemerkungen und Verbesserungen versehen. Links daneben breitet sich eine dicke Bibel, die beim dichterischen Schaffen benutzt wurde. Rechts gibt es Tabak und Feuerschwamm, mit denen Ludwig seine mächtigen Pfeifen füllte und in Brand steckte. Er war ein sehr starker Raucher. Ohne Qualmen ging ihm keine Arbeit recht vorwärts. Man fand ihn immer in einer dichten Wolke. Das Uebermaß dieser Leidenschaft mag mit ein Grund seines späteren Nervenleidens sein. Ueber dem Schreibtisch hängen die Oelgemälde seiner Angehörigen, sein Vater, der Rechtsanwalt, und seine Mutter, die Patriziertochter. Wie Goethe, sieht auch Ludwig seiner Mutter überaus ähnlich. Von ihr empfing er viele Förderung und Aufmunterung, sie besaß auch literarische Neigungen. Eine Bleistiftzeichnung zeigt Ludwig als 24jährigen Jüngling. Auf der Rückseite hat der Dichter selbst das Alter vermerkt. Ein Kupferstich, ein Werk des Dresdner Kupferstechers Langer, stammt aus dem Jahre 1844 und spiegelt das still-frohe Gesicht des Dreißigjährigen. Aeußerer Ernst, aber immer noch mit gesunder Bestimmtheit verbunden, spricht aus der Bleistiftzeichnung Langers, die 1850 entstand. Daneben gibt es eine Photographie, die aus der Zeit der vollsten Kraft stammt und bisher gänzlich unbekannt war. Auch Ludwigs Tochter wußte nichts von ihr. Die Bildnisse sind nicht unwichtig. Man hatte bisher andere Anschauungen über Ludwigs Aussehen, denn verbreitet wurde eigentlich immer nur die Heliogravüre, die den Dichter in seinem Verfall zeigt, kaum mehr so, wie ihn Hermann Riske 1860 sah: „eine gebeugte Gestalt, das große Haupt von langem schwarzen Haar umrahmt, den Bart bis auf die Brust hinabreichend, die Stirn über den ernsten langen tiefliegenden Augen hochgewölbt, trotz des Leidens aber noch beinahe faltenlos klar", schon durchweht vom Leiden und im Blick ein bohrendes Suchen. Nach diesem Bilde hat ihn Adolf Hildebrand in seiner Büste im Park zu Meiningen gemeißelt. Diese Bilder hier zeigen aber das ganze Leben, die Jugend und die Reife, aus denen spät erst, wie Joseph Lewinsky es nannte, die „lebendige Leiche mit lebhaftem Kopfe und Auge" wurde.

Den gleichen Entwicklungsgang zeigt seine Schrift; zunächst ist sie klar und sicher, wird dann klein und absonderlich, schließlich wenig und kaum zu entziffern. Unter den ausgestellten Autogrammen wird ein kurioses Ding manchen Autorenschüler treffen. Ist da ein Schulheft, so ein Exemplar des guten alten Julius Köhler, wohl aus der Zeit, da Ludwig die Eisfelder Stadtschule besuchte. Der Herr Professor ließ sich daraus alles Mögliche übersetzen und wollte in fröhlicher Neugierde sämtliche regelmäßigen und unregelmäßigen Verba der Welt in Erfahrung bringen. Dem jungen Schüler brachte die Situation anscheinend nicht aus der Fassung. Er saß unterdes hinten irgendwo auf einer Bank, hatte die erste Seite des Buches aufgeschlagen und benutzte ihr lockendes Weiß, um durch angestrengtes Ueben einen schwungvollen Namenszug sich anzueignen. Studenten wird auch der Brief des Kneipenbesitzers Walderich bedeutsam erscheinen. Es ist nicht etwa ein Mahnschreiben an den säumigen Dichter. Im Gegenteil. Der wackere Wirt hatte vernommen, unser Poet wolle auf die Wanderschaft. Da griff er — allen Wirten zum Exempel — in die Tasche, holte acht blanke Taler heraus und sandte sie dem Musensohne „mit dem Wunsche, daß Sie heiter und froh, wie eine Heidelerche, diesen und noch viele Sommer Jugend und dichtend verleben möchten". Dieser Walderich verdient die Unsterblichkeit, wenn es auch nur acht Taler waren. Was Ludwig selbst in Briefen und Aufsätzen schreibt, klingt immer schon wie ein Vorausahnen des kommenden Zusammenbruchs. Es ist ähnlich wie bei Lenau. Ein Brief über den Erbförster spricht von einer Ueberspannung, Außergewöhnliches zu leisten, von der Verzweiflung an der Kraft dazu und von der Bedrängnis dieser Kämpfe. In einer kleinen Selbstbiographie, die er wahrscheinlich für eine Zeitschrift konzipiert hatte, urteilt er über seinen Leipziger Aufenthalt (1839/44): „Bald ergriff mich Mutlosigkeit, Menschenscheu, Vorboten einer schleichenden Nervenkrankheit". Briefe scheint Ludwig stets vorerst konzipiert zu haben. Man braucht hierin keine krankhafte Selbstkritik zu suchen, es zeigt nur von strenger Künstlergewissenhaftigkeit. Manches Blättchen wieder verdeutlicht die ganze Bescheidenheit dieser stillen kampfesschwachen Natur. Seine Hand tat sich eigentlich nur ein einziges Mal auf, und zwar ganz im häuslichen Leben. Ein Zettelchen ist vorhanden, mit dem er einmal sein Töchterchen zur Mutter ins Nebenzimmer schickte: er ersucht darin seine Frau um neue Papierbogen, und zwar im Stil eines Liebesbriefes mit der scherzhaften Unterschrift: „Von Ihrem treu ergebenen Verehrer O. L."

Es ist bekannt, daß Otto Ludwig lange zwischen Musik und Dichtung schwankte. Mehrere seiner Kompositionen sind ausgestellt. Darunter eine große Partitur mit Text, das Singspiel Die Geschwister, das 1837 von einem Eisfelder Dilettantenvereine aufgeführt wurde. Auch seine zweite Oper Die Köhlerin kam auf die Bühne. Lieder nach Versen Goethes und Schillers mußten sich ebenso eine Vertonung gefallen lassen. Die Komposition zweier Goetheballaden, der wandelnden Glocke und des Totentanzes, erschienen, wie man sehen kann, 1839 sogar in Druck. Auch den König von Thule hat er vertont. Der Herzog von Meiningen ermöglichte dem Dichterkomponisten einen Aufenthalt in Leipzig, damit er bei Mendelssohn Unterricht genieße. Ludwig war nämlich auch hier Autodidakt. „Ich komponierte, ohne je Unterricht in der Komposition gehabt zu haben", schreibt er. Weil es aber in seiner Art nicht lag, viel mit Menschen verkehren zu können, trat er in Leipzig mit niemand in Fühlung und kam schließlich darauf, daß ihm das Sagen der Musik nicht genüge. „Gestalten muß ich sehen." (1840.)

Damit hatte der Dichter innerlich gesiegt. Von den ersten äußeren Erfolgen erzählen die vergilbten Theaterzettel aus Dresden und Wien, Chemnitz und Meißen. 1843 kam Otto Ludwig nach Dresden, um für seine dramatischen Arbeiten eine Bühne zu gewinnen. (Die Reise nach Dresden war seine erste Eisenbahnfahrt.) Ueber diesen Aufenthalt enthält die erwähnte Selbstbiographie die Stelle: „1843 tat sich mir in Dresden auf der Gemäldegalerie und im Hoftheater eine neue Welt auf." Mit einer Unterbrechung wohnte er dann hier bis zu seinem Tode: im Trompeterschlößchen, in Strehlen, in Loschwitz, am längsten in der Pillnitzer Straße. Eduard Devrient, der die Oberregie der Hofbühne hatte, setzte die Aufführung des Erbförsters durch. Devrient selbst spielte den Erbförster. Chemnitz gab das Stück noch im selben Jahre. Ein Theaterzettel aus Meißen (1852) sucht dem Schauspiel durch einen wohl vom unterzeichneten Direktor Ehe frei erfundenen Untertitel größere Zugkraft zu sichern. In großen Lettern wird einem verehrlichen Publico Der Erbförster oder der heimliche Grund zu Düsternwalde angekündigt. Andere Programme erinnern, wie das Wiener Burgtheater und speziell Laube und Lewinsky sich für Ludwig einsetzten.

Bei aller Zurückgezogenheit hatte Ludwig auch sonst ein paar gute Freunde, deren Bilder jetzt nebeneinander hängen. Vorerst sei Ludwig Ambrosius genannt, der Schreiber des Rechtsanwalts Ludwig, der dem Jungen den ersten Privatunterricht gab; dann ist Gustav Freytag da, Moritz Heydrich, Geibel, der einmal ein höheres Stipendium austrieb, und Berthold Auerbach, der die erste Veröffentlichung der Heiterethei durchsetzte. Heyse schickte ihm ein Buch mit einer freundlichen Widmung und der gütige Ludwig Richter erfreut ihn bei Ueberreichung einer Mappe [illegible] zum Dichter. Die Herren von den Fakultäten werden das gewöhnlich nicht gelten lassen, aber die Geschichte hat etwas an sich.

Zu nennen ist noch der Bücherschrank. Nicht einmal viele Bücher, und manches wohl aus der Schule und ererbt. Man sieht wieder einmal, daß das viele Lesen nicht not tut. Freilich deutet der Mangel zeitgenössischer Dichter und Schriftsteller auch darauf, wie wenig Otto Ludwig in seinen Tagen Wurzel[illegible] saß und hatte. In seinem Zimmer hatte er Shakespeare und Goethe, dürftig eingerahmt. Ein Aquarell erzählt das Schlafzimmer des Dichters, wie es der Maler Gey darstellt. Der Beruf, den ihm seine behördlichen Dokumente um den Hals hängen, der dramatische Dichter trug ihm himmelweit wenig ein. Er lebte mit den Seinen von einem kleinen Vermögen, das er angreifen mußte, um nicht in äußerste Not zu geraten. Auch die Bücher brachten wenig. Zu seinen Lebzeiten erschienen die beiden Dramen Der Erbförster und Die Makkabäer, die Erzählungen Die Heiterethei und Zwischen Himmel und Erde, die hier in ihren ersten Ausgaben zu sehen sind. Alles andere wurde erst nach seinem Tode gesammelt herausgegeben. Das Letzte, was noch auffällt, ist der Kalender, den Ludwig benutzte. Beim 25. Februar 1865 steht ein Strich daneben, wohl von der Hand der Gattin, die Bemerkung: Papa †. Drei Tage später wurde Otto Ludwig auf dem Trinitatisfriedhof bestattet.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090915/13
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

... Schwaben, ... von seiner Schwaben ... von seiner Kraft. ... gab bei er Heimatsiede, die Werk gesagt ist, ... Wucht zu ... fahren, die aber jeden mit Zauber und Menschen Kraft, der aus ihrer Mitte nach ... Zielen sich müht, auch dem Weg ins Freie, wie es schon in einem seiner Gedichte geschaut ist. Seiner habei freilich das eigene Ich strengrades Kraft gelangen aber doch sein eine Werke, aus denen das große Leben atmet.

Joseph Fulspold.

---

8)

Heimatgift

Roman von C. C. Scapinelli

Im nächsten Jahre hatte Gottfried seinen Doktor gemacht und war nach halbjähriger Spitalspraxis nach Freimarkt als Arzt gezogen. Bruno Werk hatte im Auftrag seiner Firma unten in Steiermark an einer großen Wasserleitung gebaut und war, nun damit fertig, auf einen Monat Urlaub auch nach Freimarkt gekommen, wohin es ihn trotz seines Hasses gegen den dortigen Erdgeist, trotz seiner Witze über die dortigen Bürger, trotz allem immer wieder zog.

War es die Lust, im Feindesland zu sein, waren es die paar Menschen dort oben im Schloß, die ihn lockten, wenn er konnte, kam er, und nun, da er zwei Jahre von Freimarkt ferne gewesen, zog es ihn doppelt mächtig dahin.

Ja, die Zeiten waren vorbeigeweht, wie im Sturm.

Nun war Bruno Werk endlich nach kurzen Fachstudien, nach langer Praxis so weit, daß er als junger Mann in guter, sicherer Stellung wieder nach Freimarkt kommen durfte.

Jetzt konnte er endlich den Kampf mit dem bösen Gespenst, das ihm der Eltern geraubt, aufnehmen. Jetzt konnte er ihm langsam im wahrsten Sinne des Worts den Boden abgraben, die Ausflußlöcher, die alten Brunnen verschütten und seine, seine ureigene Wasserleitung bauen, von der er seit Kindheit an träumte, deren Lage und Führung er schon als junger Bauschüler für sich unzählige Male gezeichnet hatte.

Vom Marquartsberg, dort drüben, wollte er die frischen, reinen Wässer in die verseuchte Stadt leiten, vom Marquartsberg, der dort in der Ferne herüberwinkte. Von dort sollte Gesundheit, Reinheit und Leben kommen, von dort Glück und Wohlstand.

So dachte er wieder, als er heute den Schloßberg hinaufstieg, jenen stattlichen Hügel, auf dem der alte Grafensitz stand, der wohl vor Jahrhunderten die ganze Gegend beherrscht hatte.

Sein erster Weg galt dem Schloß, der Höhe, von wo aus er Ausblick hatte auf die weite Ebene, von wo aus er jenen kegelförmigen Berg in der Ferne herübergrüßen sehen konnte, von dem er sein Heil und das Heil seiner Heimatstadt erhoffte.

An der Rampe vor dem Schloß, die weiten Ausblick gewährte, blieb er einen Augenblick stehen, die Hand an das Mauerwerk gestützt, sah er ins weite Land. Groß, fast wuchtig wuchs seine Gestalt über die Brüstung hinüber. Er achtete des Herbstwindes nicht, der mit dem Kragen seines Wettermantels spielte, der sich, wie gegen ihn ankämpfend, gegen seine breite Brust, gegen sein rotes, von einem blonden Schnurrbart geziertes Gesicht legte, unverwandt sah sein offenes, helles Auge hinaus ins Land, hinab zur Stadt.

Da lag das Häusergewirr friedlich unter ihm, durch das vor Jahrzehnten, vor Jahrhunderten immer wieder der Würgengel Tod geschlichen, da lagen die alten Stadtkirchen, da reckten sich falzig die Verkünder vor den Türen, da flatterten die Wäschestücke beim Fenster der Bodenkammer, am Vorsprung der Fenster lustig im Wind.

Und plötzlich, wie sein Blick hinaus ins weite Land fiel, sah er von ferne im Geist viel hundert Männer bei mühsamer Grabarbeit beschäftigt, sah Pumpen, Rohre, Stangen, Brunnenhäuschen am Marquartsberg heraufleuchten, und überall frischquellend die neuen Quellen sprudeln und fließen, und wo sie hinflossen, wuchsen Blumen, lachten die Kinder, freuten sich die Greise, blühten und Industrien erwachten an ihrem Lauf, und aus den alten, schmutzigen Häusern wurden neue, helle, freundliche Bauten.

Und das alles würde er gemacht haben, er, Bruno Werk, dem die Seuche die Eltern geraubt, er, Bruno Werk, der Bürger dieser Stadt, der Drachentöter, der Erretter des Gesundbrunnens.

Schwierigkeiten in Menge würden ihm erwachsen, die Menschen, die Elemente, alles, was hier kroch und vegetierte, alles, was hier schlummerte und erwachen sollte, würde sich gegen ihn stemmen, würde ihn bekämpfen —, aber das war ihm gleich, er wußte sein Ziel erreichen.

... dachte er noch ... Augen, den er schon seine Mädchenzimmer ... und sie ihn bekämpfen würde. — Sie, sie allein sollte ihn bleiben, sollte ihn lieben, ihn verstehen. Dann wollte er alles überwinden. Sie sollte sein Lohn sein, der Lohn und der Dank der Stadt Freimarkt für sein Werk.

Langsam schritt er weiter, sein Blick musterte die Fenster der Verwalterwohnung. Ob die dort oben wußten, daß er käme? Nein! Dann hätte Klara schon, vom Fenster herausspähend, ihm zugenickt. Denn unehrlich war sie nicht! Oder vielleicht grollte sie ihm noch, daß er ihren Bruder im Zweikampf verwundet? So kleinlich konnte sie auch nicht sein. Er hätte doch ebensogut den Schmiß davontragen können.

Freilich, wie er Gottfried kannte, hatte er ihr schon von jener Magda Berg gesprochen, derentwillen sie sich geschlagen. Magda Berg, er mußte lächeln, als er an sie dachte. Ein Rasseweib war sie gewesen, und glückliche Stunden hatte er mit ihr verlebt, gewiß, aber geistig, innerlich konnte sie ihm die keusche, zarte, verstehende, sorgende Klara nie ersetzen.

Wie er nur überhaupt dazu kam, die beiden Mädchen zu vergleichen, seine Geliebte, die jetzt auf weiß Gott was für einer Provinzbühne mit ihrem Feuer, ihren schwarzen Haaren, ihrer schlanken, biegsamen Gestalt der Herrenwelt den Kopf verdrehte und seine Jugendfreundin Klara, das fürsorgliche, häusliche Mädchen, auf das er kein Anrecht hatte, als das der gemeinsam verbrachten, verträumten, verspielten Jugend; Magda war ihm die Leidenschaft, Klara die Jugend, die verstehende, keusche Liebe. Bei jener zitterten seine Nerven, bei dieser schlug sein Herz.

„Bruno, was grübelst du?“ fragte er sich dann plötzlich. „Das ist doch sonst nicht deine Art. Hinein ins Leben, frischweg ins Haus, schau' in der Jugendfreundin treue Augen, schüttle ihr mit deiner derben Faust die kleine, arbeitsame Hand und frag' nicht viel, schau', genieße, begreife!“

Schon stand er an der Wohnungstüre. Die ländliche Magd öffnete ihm, und musterte den fremden Herrn mißtrauisch.

„Fräulein Klara, a fremder Herr ist draußen!“ rief sie der Haustochter in die Küche.

„Das sieht der drallen Resl wieder ähnlich, kurzweg, a fremder Herr!“ dachte Klara und kam, sich die Hände an der weißen Schürze wischend, aus der Küche.

Ein forschender Blick ins Halbdunkel der Flur. Eine Frage: „Du kennst mich wohl nimmer?“

Und schon hatte sie ihn an seinem tiefen Baß erkannt.

„Ach du, Bruno!“ Ein Aufschrei fast, aber ein freudiger, „Das ist schön, komm' nur herein.“ Ihr Köpfchen wurde noch röter, als er ohnehin schon vom Küchenfeuer war.

„Immer noch das fleißige Hausmütterchen, Klara! — bist du aber stattlich geworden!“

„Nur keine Komplimente, setz' dich ins gute Zimmer, gleich laß ich Vater vom Bureau holen, der wird sich über den seltenen Gast freuen!“

„Ins gute Zimmer, da tret' ich nicht. Darf ich denn nicht mehr in die Küche, wie früher?“

„Doch, doch, wenn es dir nicht zu heiß ist!“

„Der Wind hat mich recht ausgeblasen da draußen —, die Wärme hier tut mir sehr wohl!“ Er sagte es ruhig und ernst, als sollte es einen tieferen Sinn haben.

„So setz' dich her zum Feuer. Wärme dich, alter, großer Junge!“

Er ließ sich nieder und sah ihr zu, wie sie rasch nach einem Braten in der Röhre schaute, ob er nicht durch die Verzögerung angebrannt wäre.

„Gottlob, der Hasenrücken ist gerettet! Nun darf ich dich auch feierlichst einladen, mit uns zu Mittag zu essen!“

„Ich will euch doch keine Umstände machen!“

„Nein, nein! Gottfried wohnt ja jetzt unten in der Stadt wegen der Praxis — und hat eben heraustelephoniert, daß er zum Essen nicht kommen könne, da er zu einem Patienten über Land müsse!“

„Da darf ich also seine Portion essen! seinen Platz einnehmen!“

„Das tust du doch so gerne, Gottfrieds Platz einnehmen. Aber verhauen darfst du ihn nicht wieder!“

Bruno wollte etwas zur Entschuldigung erwidern, aber er fühlte, daß jetzt noch nicht die richtige Zeit dazu war, darum lachte er nur zu ihrem ernstgemeinten Scherz und meinte:

„Ja, an der Tafel des Lebens, da sucht eben jeder seinen Platz zu erhaschen, und um einen guten Braten stößt man den Nachbar vom Tisch!“

„Du bist noch immer der alte Raufbold!“ sagte sie lustig, doch hat nicht einmal die Großstadt glätten und abgleichen können.“

„Oder wie mit den auf! wo gibt es dort so ein warmes Plätzchen, wie hier, wo so einen stimmungsvollen Schlachthof, wo so einen Blick, wie ihr ihn von eurem vorderen Zimmern aus genießt!“

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Theater

Berliner Theaterbrief: Richard Dehmel als Dramatiker. Man schreibt uns aus Berlin, 13. September: Dehmels vieraktige Tragikomödie **Der Mitmensch**, die bereits 1895 erschienen ist, wurde am Sonnabend abend im Kleinen Theater zum ersten Male in einer öffentlichen Vorstellung aufgeführt. Das Werk zeigt, daß einem großen Lyriker nicht stets auch die Fähigkeiten des Dramatikers gegeben sind. Dehmel wollte vor allem jene weichen, zarten Gefühlsstimmungen verbannen, die man dem lyrischen Dichter zum Vorwurf macht, wenn er als Theaterdichter auftritt. Aber die großzügige monumentale Führung der Handlung, die ihm vorschwebte, wurde zum brutalen Bühneneffekt, die Vermeidung einer feineren psychologischen Charakterisierung rächte sich in gewaltigen Karikaturen, und so blieb nur noch ein Schatten jenes tragischen Pathos übrig, jener gewaltigen Weltmacht und Seelengröße des Erlebens, die wir an dem Schöpfer der Zwei Menschen bewundern. Das Werk ist in einer Zeit entstanden, die zwar erst 14 Jahre zurückliegt, aber in unserer Literatur einen völligen Umschwung gezeitigt hat. Was an Dehmels Versuch historisch bedeutungsvoll war, in einer Zeit der Detailschilderung und des Naturalismus große Symbolik und energische Handlung im Drama zu betonen, das ist heute ein Gemeinplatz geworden, dessen Verwirklichung viele zustreben. Und von diesen hat Dehmel nichts voraus, denn auch er hat nur gewollt, nicht gekonnt. Der tiefruppische Konflikt, der in den Reden des Mitmenschen angeschlagen ist, dieses trostlosen Wesens, das nicht für sich allein, sondern nur mit den Menschen und durch sie leben kann, der nicht selbst schafft, sondern das Schaffen anderer genießt, die bohrende Dialektik und der stolze Schwung mancher Reden, diese Lichtblicke, in denen Dehmels Talent auch aus diesem mißglückten Werk hervorleuchtet, konnten nicht entschädigen für die qualvolle Unnatur der Handlung, die das Stück zu Fall brachte.

Dr. P. L.

Erdkunde

C. K. Peary am Pol. Die ausführlichen Depeschen, die Peary von Labrador aus durch drahtlose Telegraphie nach Neuyork sandte und die von dort zugleich nach London und Paris übermittelt wurden, liegen nun in der Times und im Matin vor. In dem spannenden Bericht interessiert besonders die Erzählung von dem Höhepunkt der Expedition, als die Reisenden endlich den Pol erreichten. „Der Preis von drei Jahrhunderten, mein Traum und Ziel seit 20 Jahren, war endlich mein“, so schrieb Peary wenige Stunden später in sein Tagebuch. Er konnte sich dieses stolze und große Gefühl gar nicht recht zur Gewißheit bringen, es schien ihm alles so einfach und alltäglich. Wie einer seiner Gefährten, Bartlett, es ausdrückte, als sie davon sprachen, daß noch kein Sterblicher je in diese fernen Gegenden vorgedrungen sei: Es ist gerade so wie jeden Tag. Doch die Aufregung Pearys war so groß, daß er keine Minute Schlaf finden konnte, trotzdem er 30 Stunden höchster Anstrengung hinter sich hatte. Die 30 Stunden, die sie am Pol verbrachten, wurden zu Beobachtungen verwendet und auch zu Exkursionen, die sie zehn Meilen über ihr Lager hinaus und acht Meilen seitlich davon führten. Zahlreiche Photographien wurden aufgenommen, ein Bericht von der Expedition wurde geschrieben. Mit dem Fernrohr suchte der Forscher den Horizont ab, um zu sehen, ob er irgendeine Spur von Land finden könnte. Zehn Stunden nach ihrer Ankunft verhüllte ein leichter Wind die Wolken, und von diesem Moment bis zum Abmarsch am Nachmittag des 7. April blieb der Himmel völlig klar. Die niedrigste Temperatur während der 30 Stunden am Pol war — 33 Grad, die höchste — 25 Grad. Doch nachdem das Ziel erreicht war, blieb noch die gefahrvolle Rückkehr übrig. Nachdem die Schlitten repariert waren, die Hunde doppelte Rationen erhalten hatten und alle entbehrliche Kleidung fortgeworfen war, wurde der Weg nach dem Süden eingeschlagen. Es ging mit großer Schnelligkeit vorwärts, und sie legten in drei Marschtagen so viel des Weges zurück, wie sie auf dem Hinwege in fünf Tagereisen bewältigt hatten. So ging es bald über das ewige Eis. Endlich, am 23. April, zeigten sich die Spuren von festem Land; am Horizont erhob sich die senkrechte Wand des Gletschers vom Kap Columbia. Nun war nichts mehr zu fürchten; die Expedition war geborgen und gerettet. Als der letzte Schlitten vom Eis heruntergezogen war, gebärdeten sich die Eskimos wie toll vor Freude; sie schrien, heulten und tanzten bis zur völligen Erschöpfung. Einer von ihnen sagte zu Peary: „Der Teufel muß geschlafen haben, oder er hat sich mit seiner Frau gezankt; sonst würden wir niemals so leicht davongekommen sein.“ Wenige Stunden danach erreichten sie das Lager von Crane-City und warfen sich nieder zum Schlummer des Gerechten. „Niemals werde ich diesen Schlaf vergessen. Schlafen! Schlafen, dann sich umdrehen und wieder schlafen, ohne das Gefühl des warnenden Zwangs auf sich lasten zu fühlen!“ Nachdem Peary ... Zwei Nacht ... beide ... Tage durch, während unsere Kleider getrocknet wurden.“

Aus Cooks Jugend. In der Jewish World werden interessante Tatsachen über Cooks Jugendgeschichte und erste Entwicklung zusammengetragen. Wenn in dem Knaben und Jüngling die Wesenszüge des Mannes sich bereits ankündigen, denn wird man in Cooks harter Jugend unschwer die Bedingungen finden, unter denen sich seine zähe Energie, seine Kühnheit, sein Tatenfreude entfalteten. Sein Vater war ein **deutscher Arzt**, Dr. Koch, der aus einer bekannten Frankfurter jüdischen Familie stammte, wie die Jewish World aus zuverlässiger Quelle mitteilen kann. Er wanderte in jungen Jahren nach den Vereinigten Staaten aus, erwarb sich in einem Landbezirk im Staate Neuyork eine kleine Praxis und änderte seinen Namen in „Cook“ um, wie dies viele Tausende vor und nach ihm getan haben, wenn sie fanden, daß ein ungewöhnlicher Name in Amerika ein Vorteil ist. Der Vater Cooks starb, als sein Sohn, der spätere Entdecker des Nordpols, sechs Jahre alt war, und hinterließ seiner Witwe und seinen vier Kindern eine winzige Farm, von der sie ihren Unterhalt bestreiten mußten. Da kamen denn Zeiten der Not und des Elends, und schließlich zog die Familie nach Brooklyn, um dort ihr Auskommen zu finden. Der junge Cook mußte hier tüchtig Geld verdienen helfen und verkaufte Gemüse auf dem Markte. Die kurze Zeit, die er für sich übrig behielt, verbrachte er mit Lesen. Mit eiserner Energie sparte er jeden Pfennig und hatte allmählich so viel gesammelt, daß er ein Milchgeschäft aufmachen konnte. Er trug selbst die Milch bei seinen Kunden aus und mußte schon um 1 Uhr nachts anfangen, die Milch einzufahren; bis 7 Uhr morgens hatte er dann mit dem Austragen zu tun. Um 9 Uhr saß er schon wieder auf den Studienbänken der Columbia-Universität und widmete sich einem anstrengenden medizinischen Studium bis um 4 Uhr nachmittags. Dann machte er die lange Reise von der Universität nach Brooklyn zurück und las und studierte bis in den Abend hinein. So verdiente sich der Knabe selbst sein Geld, um studieren zu können, aber die ganze Woche mußte er mit einem Minimum von Schlaf auskommen. Nur Sonnabends und Sonntags, wo er keine Kollegien hatte, konnte er ein wenig von dem verlorenen Schlaf nachholen. Sechs Jahre lang führte er dieses Leben der aufreibendsten Anstrengung und größten Entbehrung tapfer durch, bis er sein Diplom als Arzt erlangt hatte. Das war im Jahre 1891, und gleich darauf hatte er das Glück, als Arzt von der Peary-Expedition nach Nordgrönland mitgenommen zu werden, indem unter all den jungen Ärzten der Columbia-Universität die Wahl auf ihn fiel. Nachdem er wieder nach Hause zurückgekehrt war, mühte er sich als Arzt sechs Jahre lang in Brooklyn um sein Brot; als aber ein Arzt für die belgische antarktische Expedition gesucht wurde, telegraphierte er sogleich an die Expeditionsleitung und stellte sich als Freiwilligen zur Verfügung. Das Anerbieten wurde angenommen und er stieß in Rio de Janeiro zu der Expedition. Seit dieser Zeit hat er sich dann an einem kühnen Forschungsunternehmen nach dem anderen erfolgreich beteiligt.

Völkerkunde

Die Heimat der Zigeuner. Die Zigeuner sind, solange es eine eigentliche Völkerkunde gibt, immer als eines der merkwürdigsten Völker der Erde betrachtet worden, nicht nur wegen ihrer Sitten und ihrer eigenartigen Lebensweise, sondern auch wegen des Rätsels ihrer Abstammung. Neue Wege wies der Zigeuner-Forschung vor etwa 30 Jahren eine Arbeit des jüngst verstorbenen Professors Pischel, der auf Grund von vergleichenden Untersuchungen über die Zigeunerdialekte zu der Folgerung gelangte, daß die eigentliche Heimat dieses Volksstammes in Dardistan, einem Hochland an den Grenzen von Indien und Afghanistan, also zwischen Kaschmir und Afghanistan, zu suchen sei. Durch spätere Forschungen ist diese Ansicht nur bestätigt worden, und die hohe Schätzung, die den Untersuchungen des deutschen Gelehrten in Fachkreisen entgegengebracht wird, spricht sich auch darin aus, daß das Journal der in England ausgezeichneten Gesellschaft für Zigeuner-Forschung jetzt eine Uebersetzung jenes Aufsatzes veröffentlicht. In derselben Zeitschrift findet sich eine fesselnde Abhandlung über die Sitte der Zigeuner mit Bezug auf Geburt, Heirat und Tod. Unter den Gebräuchen, die sich mit der Geburt verknüpfen, besteht die merkwürdigste darin, daß das Kind auf den Erdboden gelegt wird, und daß später die Mutter mit dem Kleinen zusammen durch ein Feuer springen muß, in das der Vater einige Tropfen seines Blutes hat fallen lassen. Die Ehe wird bei den Zigeunern nicht sehr streng gehalten, doch es sind Fälle aufgewiesen, in denen ein Austausch der Frauen erfolgte. Zu den Symbolen der Ehe gehören bezeichnenderweise der Schmied und die Zange, Gegenstände, die sich in Gemeinschaft nach [illegible] ... wie unser Brotlaib. Der junge Ehemann trägt die Braut, wie es ja auch sonst vielfach Sitte ist, auf seinem Arm über die Schwelle. Der Ehebund wird über der Leiche eines Pferdes oder eines Hundes ausgetauscht. Ebenso bestehen strenge und bestimmte Regeln für die Scheidung. Nicht sonderbar ist die Sitte, daß im Fall zu großer Jugend des Ehepaares der Schwiegervater eine Zeitlang mit seiner Schwiegertochter zusammenwohnt. Nach dem Tode eines Mannes werden dessen Kleidung und gesamte Ausrüstung ...

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090915/14
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible] herein, daß den in Frage stehenden Erscheinungen ganz besondere Eigenschaften innewohnen mögen. Jetzt hat sich nun Gelegenheit geboten, verschiedene aus den [illegible] stammende Proben „eßbarer Erden" näher zu untersuchen. Das kolonialwirtschaftliche Komitee in Berlin erhielt durch Vermittlung des Missionars solche wunderliche Leckerbissen, über deren chemische Zusammensetzung und Eigentümlichkeiten Professor Gruner im Tropenpflanzer berichtet. Er untersuchte dreierlei Proben: kugelförmige, etwa 5 Zentimeter im Durchmesser haltende Gebilde aus eisenschüssigem Ton, ferner pulverförmigen [illegible] und endlich [illegible], bräunlichen, feinkörnigen Lehm. Ton wird in tropischen und subtropischen Gegenden sehr viel gegessen und gilt sowohl in rohem Zustande wie schwach geröstet als Nahrungsmittel. Auch medizinische Wirkungen werden ihm vielfach zugeschrieben. Die Javanen z. B. glauben, daß das Essen von Ton während der Schwangerschaft gute Dienste leiste. Auch andere mineralische Stoffe werden in den verschiedensten Ländern verzehrt. Auf den Antillen nehmen die Eingeborenen eine gelbe Tuffgattung, in Neu-Kaledonien einen leicht zerreiblichen Speckstein. Auch Speckstein und Infusorienerde werden gegessen. Weniger bekannt ist, daß auch in unseren Gegenden derartige Naturerzeugnisse als [illegible] sowie als [illegible] und sogenannte „Steinbutter" Verwendung finden. Die Kalkarbeiter in [illegible], Steinbrüchen und anderwärts kauen den im Torf vorkommenden sogenannten Doppelerit, eine zähe Masse, die aus [illegible] Kalk besteht. Am Kyffhäuser essen die Arbeiter einen dort vorkommenden feinen weißen Ton wie Butter auf Brot. Die Untersuchung der Südsee-Erden hat gezeigt, daß sie so gut wie ausschließlich aus nichtorganischen Stoffen bestehen. Sie können also ihrer Zusammensetzung nach als Nahrungsmittel für den menschlichen Organismus in keiner Weise in Betracht kommen. Die ungünstige physikalische Beschaffenheit des Materials macht einige der Proben sogar zur Pflanzenkultur unbrauchbar. Man kann sich demnach die Gewohnheit des Erdessens eigentlich nur als einen höchst merkwürdigen Irrgang des Instinkts erklären, der durch einen Akt des Genusses dazu gebracht wird, ein Ding für eßbar zu halten, was in Wirklichkeit ganz und gar unverdaulich ist. Allerdings muß man sich fragen, ob nicht in diesen Fällen ein bloßes Kauen vorliegt, das sehr wohl zu verstehen wäre und in mancher Hinsicht eher nützlich als schädlich wirkt. Von eßbaren Erden sollte man jedenfalls überhaupt nicht sprechen, da dieser Ausdruck nicht ganz bezeichnend ist.

Naturkunde

Die Bewegungen des Kehlkopfs. Jeder kann sich von den Bewegungen des Kehlkopfs bei den Verrichtungen des Sprechens, Singens, Schluckens und bei allen andern, bei denen die Schlundmuskeln in Bewegung gesetzt werden, leicht selbst überzeugen. Außerdem aber führt er noch andere Bewegungen aus, von denen man sich schwerlich Rechenschaft geben könnte, wenn sie nicht durch besondere Beobachtungen ermittelt worden wären. Sie erfolgen bei sehr vielen Bewegungen des menschlichen Körpers, mit denen der Kehlkopf nach seiner eigentlichen Bestimmung gar nichts zu tun haben sollte, so beim Gehen, Laufen und Springen, bei Greifen und Stoßen, also bei allen sogenannten Arbeitsbewegungen. Bei diesen wird ebenso wie in Augenblicken besonderer Aufmerksamkeit der Atem angehalten, wodurch eine Verengerung der Stimmritze bedingt wird. Das Anhalten des Atems bei besonderer Aufmerksamkeit ist früher durch die Annahme erklärt worden, daß die Geräusche der beim Atmen an der zum Ohr führenden Eustachischen Röhre vorbeistreichenden Luft das Gehör beeinträchtigen könnten. Diese Vermutung scheint nicht richtig zu sein, da das Anhalten des Atems bei den Arbeitsbewegungen nicht auf diese Weise zu erklären wäre. Es ist aber eine einfache Tatsache, daß der Kehlkopf bei diesen Körperbewegungen in Mitleidenschaft gezogen wird, und mittelbar kann man sich selbst davon überzeugen, indem der Versuch, während solcher Bewegungen zu sprechen, stets eine Pressung oder ein Beben der Stimme verrät. Als Zweck oder Grund dieser Mitbewegungen des Kehlkopfes betrachtet Dr. Kremer in der Allgemeinen Wiener Medizinischen Zeitung die Notwendigkeit, bei solchen Bewegungen die Aufmerksamkeit angespannt und die Willenstätigkeit in Bereitschaft zu schnellem Handeln zu halten. Die Mitbewegung des Kehlkopfs wäre also eine ähnliche Begleiterscheinung wie das Aufheben einer Vorderpfote beim Hunde, das Darwin als einen besonderen Ausdruck der Aufmerksamkeit bezeichnet und erklärt hat. In physiologischer Hinsicht spielen selbstverständlich Erscheinungen wie die Erhöhung des Augendrucks und die gleichzeitige Spannung der Gefäße eine bedeutsame Rolle.

Himmelskunde

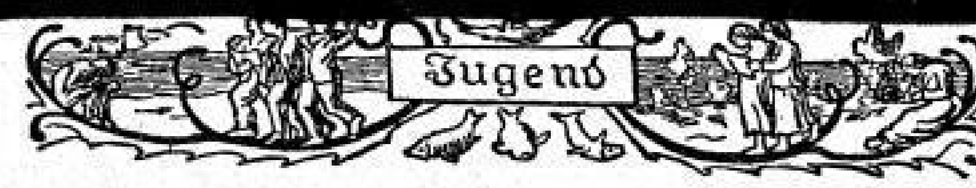
Die Fata Morgana des Lichtäthers. Die jetzige Generation hat im Physikunterricht zu hören bekommen, daß die Lichtstrahlen ihrem Wesen nach „Ätherschwingungen", und zwar solche in „transversalem" Sinne seien. Alles, was man durch das Experiment über die Natur der Lichterscheinungen ermittelte, ließ sich gut und ungezwungen aus einer Wellenbewegung deuten und auf Grund von deren Gesetzen rechnerisch behandeln. Als aber eine Wellenbewegung war, da mußte auch ein Träger dieser Wellenbewegung angenommen werden. Der Lichtstrahl, der etwa von der Sonne zur Erde gelangt, bedarf nach dieser Forderung eines Mittels, dessen Teilchen die Schwingungen fortpflanzen wie das Wasser die Wellenringe, die ein hineingeworfener Stein in ihm erzeugen läßt. Auch [illegible] Schwingungen". Nun ist dieser Lichtäther ein geheimnisvolles Ding, [illegible], das sich bisher nicht anders als in Gedanken greifen ließ. Der Äther kann nicht gefangen werden. Keine unserer Sinnesempfindungen findet einen Weg zu ihm. Die Körper grenzen ihn nicht ab, denn er durchdringt sie, und wir müssen annehmen, daß der Äther die Zwischenräume der Körperteilchen ausfüllt wie das Luftmeer den Erdball. Nur so läßt sich die Durchlässigkeit des Weltalls für das Licht erklären und der Durchgang von Wärme- und anderen Strahlen durch Körper aller Aggregatzustände. Manche Physiker und Chemiker haben freilich geglaubt, daß der Äther etwas ganz Körperliches sei, das nur viel feinere und zartere Eigenschaften besitze als die Gase. Der Berliner Chemiker Landolt hat versucht, mit einer außerordentlich feinen Wage Gewichtsunterschiede festzustellen, die bei chemischen Umsetzungen infolge Veränderung der in den verschiedenen Stadien eingeschlossenen Äthermengen stattfinden könnten. Er wollte also den Äther, der vielleicht doch ein bestimmtes, wenn auch noch so geringes Gewicht besitzen mochte, wiegen. Er fand mit seinen vorzüglichen Instrumenten in der Tat ganz feine Gewichtsunterschiede. Allein ein beweiskräftiges Ergebnis haben sie dennoch nicht, denn sie lagen innerhalb der Fehlergrenze der Messungen. Man hat auch die Störungen des Enckeschen Kometen, für die sich kein Grund durch astronomische Beobachtungen ermitteln ließ, auf den Widerstand zurückgeführt, den der Äther dem Laufe dieses Himmelskörpers bieten sollte, wie ja auch die Luft den Gang einer abgeschossenen Flintenkugel etwas zu verzögern vermag. Die neuesten Entdeckungen auf dem Gebiete der Strahlung mit der im Anschluß an sie aufgestellten Elektronentheorie haben die Ätherlehre, nach der die Moleküle des Lichtäthers vielleicht als die Bausteine aller materiellen Elemente angesprochen wären, von neuer Seite beleuchten gelehrt. Der Äther wird dem Physiker und Chemiker immer unentbehrlicher und ist ihm weit mehr als ein bloßes Phantasma oder ein Gedankending, mit dessen Molekülen er hantiere wie mit Rechenpfennigen. Heute freilich vermöchte auch die Radioaktivität und ihre Deutung noch keinen Aufschluß über das Wesen des Äthers zu geben. Der Zerfall des Radiums und seine Umwandlung in die gasförmige Emanation ist jedoch ein erster Fall von Erscheinungen, die alle bisherigen Ansichten von der starren Unwandelbarkeit der Elemente erschüttern und einen Ausblick auf ein tiefes Eindringen in das Wesen der Materie eröffnen, deren letztes Zerfallsprodukt — und somit auch vielleicht ihr Urquell — der Äther sein könnte. Vielleicht wird daher seine Wirklichkeit einmal ebenso bewiesen werden wie die jedes stofflichen, der menschlichen Beobachtung zugänglichen Körpers. Dr. v. N.

Erdkunde

Die Bewegung der Erdpole. Die Erdpole gelten dem Menschen als ein Sinnbild der Festigkeit noch mehr als der Erdboden selbst, der durch die häufigen und schweren Erdbeben in seiner unbedingten Vertrauenswürdigkeit beeinträchtigt wird. Aber auch mit dem „ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht" ist es, soweit man diese Worte Schillers auf den Erdpol beziehen könnte, eine bedenkliche Sache. Gelehrte haben schon früher gemeint, daß nach dem uralten Lehrsatz von der Wandelbarkeit aller Erscheinungen und Größen auch die Erdpole im Verlauf der Geschichte unseres Planeten nicht immer an derselben Stelle gelegen haben können. Zuerst erhielt diese Annahme eine bedeutsame Anwendung durch den Einfall [illegible], die große Eiszeit, die vor einigen hunderttausend Jahren die nördliche Halbkugel der Erde überfallen hat, dadurch zu erklären, daß der Nordpol damals an anderer Stelle, nämlich mehr nach Mitteleuropa hin, gelegen gewesen sei. Auch jetzt ist man noch dazu geneigt, nachweisliche Klimaschwankungen, die in verschiedenen Erdgebieten während vergangener Epochen stattgefunden haben, durch Änderungen der Lage der Erdpole zu begründen. In den letzten Jahren aber ist es tatsächlich gelungen, Schwankungen der Erdpole sicher festzustellen, jedoch sind sie längst nicht so erheblich, um so eingreifende Veränderungen des Klimas oder anderer Verhältnisse auf der Erdkugel hervorzubringen, wie es der Eintritt einer Eiszeit wäre. Die Bewegungen des Pols zeigen eine Periode, deren Länge zwischen 427 und 443 Tagen zu betragen scheint. Der japanische Forscher Kimura hat jetzt in den Astronomischen Nachrichten nachgewiesen, daß diese Periode gleichfalls noch erheblichen Veränderungen ausgesetzt ist, und daß es noch längerer Untersuchungen erfordern wird, ehe volle Klarheit darüber geschaffen ist.

Zeitschriften

Arbeiter-Jugend. Aus dem Inhalte der soeben erschienenen Nr. 17 heben wir hervor: Der Rat der Alten. — Die jugendlichen Arbeiter in der Arbeiterversicherung. Von Fr. Kleeis. — Wie ich denken lernte. Von Paul [illegible]. — Andreas Hofer und der Tiroler Freiheitskampf. Von M. [illegible]. — Vom Urtier zum Menschen. Von W. H. [illegible]. — [illegible]. — Aus der Praxis der Jugendbewegung. — Aus der Jugendbewegung. — Vom Kriegsschauplatz und so weiter. — Beilage: [illegible]. Erzählung von A. Ger. — Vision der Arbeit. Gedicht von Bernhard Wilhelm. — Menschen und Götter. Von G. Eckstein. — [illegible] Zukunftsträume. Von Wilhelm [illegible].



Es ist im Grunde auch alles Torheit, ob einer etwas aus sich habe, oder ob er es von andern habe; ob einer durch sich wirke oder ob er durch andere wirke; die Hauptsache ist, daß man ein großes Wollen habe und Geschick und Beharrlichkeit besitze, es auszuführen; alles übrige ist gleichgültig.

Goethe

Im Krankenhaus

Erzählung von Richard Engelmann

3

Für diesen wichtigen Tag war die [illegible], welche öfters im Spital schrubbte, zur Aushilfe für die Wärterin herangezogen worden. Die Wärterin mußte sich nebst dem Bader zur Verfügung der Ärzte halten. Es sollte nämlich auch der Breitenbrunner Doktor mit zugegen sein.

Ich harrte mit größter Ruhe den Dingen entgegen. Unterdessen sorgten der Haselbauernhans und der Fuchsen-Hackel für kurzweilige Unterhaltung. Letzterer, der Hackel, schaffte beim Schuster-Klaus für 2 Mäuler sowie sonst die ganze Woche. Frei Kost und Logis extra noch. Gerade an Fastnacht mußte er ins Spital. Ein rostiger Nagel hatte den Anlaß dazu gegeben. Gern hätte er dem Faschingstrubel beigewohnt. Der arme Hackel; aber der liebe Gott wollte es anders.

Vielleicht war es gar die Strafe für sein unanständiges Benehmen während der Sonntagspredigt in der Kirche. Unter dem Gottesdienst liebäugelte er stets zu den Bänken, auf denen die jungen Mädchen saßen, hinüber. Trotz seiner sechzehn Jahre. Wer ihn nicht kannte, hielt ihn allerdings für älter. Hatte er doch auch schon etliche Haare unter der Nase, und das wollte gewiß viel sagen.

Nun hatte der Pfarrprobst sein und der anderen Burschen aufsässiges Benehmen während des Gottesdienstes gerügt. Auch die anderen Kirchenbesucher. Die ging es zwar gar nichts an. Sie schliefen doch auch manchmal während der Predigt, besonders die alten Betschwestern. Aber auf andere Leute hatten sie ihre Augen stets. So waren sie von jeher gewesen.

Daß es aber gerade der hochwürdige Herr sehen mußte, das war gewiß fad; es war aber nichts dagegen zu tun. Der mußte seine Augen auch gleich überall haben.

In der Klosterkapelle war es noch strenger. Da verrichteten drei Patres die kirchlichen Handlungen. Der vierte, der Pater Magister, hatte die Seelsorgerstelle vom nahe liegenden Wallfahrtsorte [illegible] inne. Früher waren auch die Novizen, als auch die Brüder beim Gottesdienste im Kloster zugegen. Trotz alledem passierten ab und zu Unarten. Hauptsächlich waren es die Schulbuben. Vor allen Dingen der Spitalhanne ihr Neffe, der Hofmeier-Richard. Wußte nicht, wie er tun sollte, der eingebildete Laffe der [illegible]. Dabei mußte er froh sein, daß ihn seine Tante zu sich ins Spital nahm. Daheim hätte er nicht so viel zu essen gehabt bei seinem Vater in [illegible]. Der hatte so genug zu schaffen, und seine Einkünfte waren auch nicht so hoch als Schneider.

Trotz vieler Widerwärtigkeiten seitens ihres Bruders nahm sie den Buben zu sich. Sie hatte gewiß ein gutes Herz, die Hanne. Der Herrgott würde ihr gewiß diese edle Tat anrechnen. Früher war schon der älteste Sohn ihres Bruders bei ihr gewesen. Es war halt gut, daß er wieder fort war. Einen größeren Racker konnte es bald nicht geben als wie den. Geriet der einmal während der Predigt mit einem anderen Buben in Streit, daß es sogar die Betschwestern bemerkten. Dieses ungeratenen Buben wegen war die Hanne so mächtig in Zorn geraten, daß sie ihm nach der Predigt in der Kapelle eine ganz gehörige Ohrfeige verabreicht hatte.

Dieser Vorgang war natürlich so etwas für die Klatschbasen gewesen. Der Spitalhanne geschah es ganz recht so. Wußte immer nicht, wie sie tun sollte, stets hochfahrend. Vielleicht, weil sie im [illegible] Orden war? Da waren noch ganz andere Leute drin [illegible]. Oder bildete sie sich etwas auf ihr Mädchen ein? Ja, das wußte man schon, was an denen war, die von München kamen.

War das ein Schreck für die Hanne gewesen. Sich so zu vergessen im Zorn an solch einem geheiligten Ort. Die Scham war ihr [illegible], als sie darauf zum hochwürdigen Herrn Pater Magister beichten gegangen war. Sie hatte sich Gedanken gemacht, was er dazu sagen würde. Wenn er ihr die Absolution verweigert hätte, das hätte sie nicht überstanden. Die arme Hanne! Aber ihrem Bruder hatte sie es doch geschrieben, der mußte erfahren, was er für einen Sohn hatte.

Auf einmal klopfte es an der Haustür. Es waren die Ärzte. Schnell war der Fuchsen-Hackel zur Tür hinaus. Der Hans nahm eine ernste Miene an, wodurch sich sein Gesicht wesentlich verzog.

Nach ein paar weiteren Minuten klopfte es halblaut an der Tür. Die Ärzte traten ein. Sie hatten sich schon ihre weißen Schürzen umgebunden und die Hemdärmel aufgekrempelt. Der Bader war auch dabei, desgleichen die Wärterin.

Der Spitalarzt fragte mich, ob ich diesen Morgen Nahrungsmittel zu mir genommen hätte, was ich verneinte. „Nun, das ist recht so. Bei solchen Angelegenheiten, wo Chloroform eine mitwirkende Rolle spielt, muß man vor der Narkose vollständig Diät halten," meinte der Arzt. „Ebenso mindestens zwei Stunden nach der Narkose, da sonst starkes Erbrechen eintritt."

Jetzt trugen sie mich ins Operationszimmer, der Breitenbrunner Arzt und der Bader. Sorgfältig legten sie mich nieder.

Das Chloroformieren begann. Ich mußte zählen. Einmal verzählte ich mich, korrigierte es aber sofort wieder. Für eine knappe Minute war ich betäubt, war jedoch gleich wieder bei Besinnung. Alles, was im Zimmer vorging, sah ich. Nur die Amputation nicht, weil der Kopf eine zu tiefe Lage hatte. Wie der Knochen der großen Zehe abgesägt wurde, verspürte ich fürchterliche Schmerzen, trotzdem ich noch halb betäubt war. Die Knochen der anderen Zehen fielen ohne weiteres ab. Während der ganzen Prozedur hielt mir der Bader das linke Bein so fest, daß ich unmöglich eine Bewegung damit machen konnte.

Endlich war es vorbei! Ich richtete mich wieder in die Höhe. Die Ärzte verbanden noch die Wunde fachgerecht. Der Spitalarzt schnaufte förmlich nach seiner Arbeit. Sie waren beide froh, daß es geschehen war. Trugen sie doch auch eine große Verantwortung auf sich. Beide konnten einem Kranken seinen Schmerz richtig nachfühlen. Besonders der Breitenbrunner. Hatte er doch selbst zwei kranke Kinder zu Hause liegen mit hitzigem Nervenfieber.

Mir war es übernächtig im Halse von dem Chloroform. Dazu drückte mir die Wärterin noch ein Stückchen Zucker mit Morphiumtropfen durch die Zähne. Für ein zweites Stück dieser Medizin dankte ich, das versetzte einem nebst dem Chloroform den Magen mehr als man vertragen kann.

Ich lag wieder in meinem Bette. „Also, die nächsten zwei Stunden streng Diät halten und die darauffolgenden Stunden sehr mäßig."

Am Abend stellte sich Fieber ein. Drei Tage hielt es an, dann stellte sich wieder Appetit ein. Ich konnte essen und trinken, so viel ich wollte. Bloß, daß ich mir bisweilen etwas kaufen mußte. Ich wurde ja auf dem Laufenden mit Geldmitteln unterstützt. Außerdem erhielt ich öfters Eier von der ältesten Schwester des [illegible], der [illegible]. Ferner erhielt ich Unterstützung von der Aufschlägerswitwe, Frau Berg, welche zwei Söhne hatte, die Franziskanernovizen in der Schweiz waren. Weiter von der Schmiede-Marie, der Lang-Emma, der Freihardt-Grete, dem Steinmetzmeister Werner, dem Pfarrprobst, dem Doktor selbst, von einigen Ladeninhabern und wie sie sonst noch alle hießen. Es waren deren viele. Viele waren es aber auch, die mich verwünschten, weil ich ein Andersgläubiger war.

Die Leute sind so zu fanatisch in ihrem Glauben. Freilich, wenn diese einen Lebensspiegel zur Hand nehmen würden und dann ihr Tun und Treiben dem der andersgläubigen Menschen, als auch verschiedener ihrer Glaubensgenossen gegenüber betrachteten, sie würden dabei ein schlechtes Resultat ergeben. Vieles, sehr vieles könnten sie nicht mit ihrer kirchlichen Lehre, welche sie die allerchristlichste nennen, vereinbaren.

Es sei hier nur ein Beispiel gegeben: Die Dienstpersonen, die ins Spital aufgenommen wurden, erschienen meist in schmutzigem Zustande. Wenn sie auch im Gesicht und an den Händen rein waren, so war dies doch nicht am übrigen Körper der Fall. Die Wärterin erzählte mir oft, daß, wenn sich die bäuerlichen Patienten entkleidet hätten, sie an den Beinen voller Schmutz waren, namentlich auch weibliche Patienten. Die Leute auf dem Lande haben so einen fanatischen Glauben, daß sie es für eine große Sünde halten, wenn sie sich am ganzen Körper ihrer Kleidung entledigen und waschen. Man sollte es doch eher für richtig halten, daß, wenn ein gläubiger Christ seine Seele reinigen wolle, er doch zuerst seinen Körper einer genügenden Reinigung unterziehen müsse. — — —

Sieben Wochen waren vergangen, seit ich im Spital war. Der Hans verließ mich nun. Sieben Wochen hatte er zugebracht. Der Finger war zwar schon längst heil, aber dem Haselbauernhans

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19090915/15
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

[illegible] ... an dieser Zwietracht.

Seit der Hansl kein Stiefbrüderchen bekommen hatte, war man für ihn nicht mehr da. Jähzorn hatte den Hansl gepackt. Sein Stiefbruder hatte noch im Wiegebett gelegen, da hatte er ihn kurzerhand einmal angefaßt und auf den Hof geworfen. Die Nachsicht war dem Hansl aber nicht gut bekommen.

Von nun an hatte er sich von einem Bauer zum andern verdingt. Von Zeit zu Zeit erschien er einmal zu Hause, geriet mit seiner Stiefmutter in Streit, packte sie an den Haaren und schlug sie. Daraufhin wurde er von seinem Vater gerichtlich aus dem Hause gewiesen, irrte umher und fand diesseits keine Ruh'. Wie leicht hätte er sonst eine freien können! Und das alles wegen so 'nem Bankel von einem Stiefbruder.

Und nun wollte er wieder nach Haus. Er mußte! Im Spital durfte er ja nicht mehr bleiben. Der arme Hansl!

Ich selbst war froh, daß er hinaus war. Der mit seinem Murmeln und Gekrächze den ganzen Tag über.

Der Fuß besserte sich jetzt zusehends. Die Schmerzen waren ja noch nicht weg, ließen jedoch mehr und mehr nach. Schlaf fand ich allerdings noch wenig. Trotzdem wurde mir die Zeit nicht lang. Erstens war ich stets mit genügendem Lesestoff versehen, wenn auch etwas heiligen Textes. Zweitens hatte ich wieder einen Kameraden erhalten, — Einen Schwindsüchtigen! Den Schmid-Franz!

Ich kannte ihn schon. Er war bereits einmal dagewesen. Eine sehr lustige Natur hatte er. Seine ernste Krankheit hinderte ihn sehr wenig am Spaßmachen. — Ihm konnte man schon mal sein Herz ausschütten. So fanatisch wie die anderen war er nicht. Auch war er auf die Pfaffen nicht gut zu sprechen, besonders auf die Ordenspriester nicht. Gar zu offen durfte er selbstredend davon auch nicht sprechen. Die Wände hatten hier des öfteren Ohren, manchmal nur zu oft.

Sonntag kam Schmid-Franz seine Frau zu Besuch. Verhutzelt und im Feiertagsgewand. Dann legte sie sich einen Quatsch zurecht, den kein Mensch verstand, außer ihr „Mo", der Schmid-Franz.

Seine Frau. Ja, wenn die nicht wäre! Die hatte ihn ins Unglück gestürzt. Wie hatte er früher dagestanden! Und jetzt? Zum Verzweifeln war es. Eine Frau, die nicht richtig im Kopfe ist, die wird zum Kreuz für einen Menschen.

Einmal hatte er sie im Jähzorn in den Arm gestochen. Vor Jahren war es gewesen. Dafür mußte er neun Monate nach Amberg. Er war aber schon mit sechs Monaten begnadigt worden, und da war die Plagerei mit der Frau wieder von neuem losgegangen. Er war sozusagen ein richtiger Unglücksvogel. Seine Brüder alle gesund und ohne Gebrechen. Er schwindsüchtig, herzleidend und ein verkrüppeltes Bein. Seine Brüder reich und er hatte kaum das Nötigste zum Essen. Woran fehlte es da noch [illegible] Tagelöhner im Sommer, im Winter verdiente er noch weniger. Kaum ein Stück Fleisch das Jahr. — O, Wunder, der göttlichen Weltordnung!

Der Schmid-Franz dauerte mich manches Mal, aber helfen konnte ich ihm doch nicht. Er hatte ja sein übervolles Maß mit tausend anderen armen Teufeln. Er sagte immer: „Der einzige Trost für mich ist, daß der Herrgott die Reichen auch sterben läßt."

Lange blieb er nicht da. Ein paar Wochen, dann wurde er als ungeheilt entlassen. Im Spital wurde es doch nicht besser mit ihm. Luft war ihm dienlich, gesunde Waldluft mußte er haben. Und die hatte er ja in der gesamten Umgegend. Aber leben, wovon er nichts verdienen konnte. „Schließlich macht es sich mit der Invalidenrente", meinte der Arzt.

Was wollte er denn mit den paar Pfennigen anfangen? [illegible] — Lange würde er ja sowieso nicht mehr [illegible] gelegt. — — —

Unter den Büchern, die ich las, befand sich auch ein kleines Schreibheft. Es gehörte der Krankenwärterin. Der Inhalt des Heftes waren schriftliche Aufsätze früherer Patienten. [illegible]

[illegible]

Ostern kam heran. Die Leute gingen zur Osterbeichte, um sich ihrer Sünden für ein volles Jahr zu entledigen. Wehe dem, der nicht zur Osterbeichte gewesen war, der keinen Beichtzettel aufweisen konnte.

Oder wer die Fasttage vor Ostern nicht eingehalten hatte, der war nicht wert, noch weiter die Werke der göttlichen Schöpfung zu genießen.

Freilich die Reichen, wenn die ihre Sünden beichten sollten! Das war für manche doch etwas faul. Aber die wissen sich schon zu helfen. Es wurde auch viel gemunkelt, daß in verschiedenen Klöstern Beichtzettel verkauft würden.

Mancher geht ja zu einem anderen Herrn als dem zuständigen zur Osterbeichte. Wenn es auch nicht sein soll. Da wird schon mal ein Auge zugedrückt.

Der erste Osterfeiertag war da. Vormittags, nachdem die Hanne im Kloster zum Gottesdienst gewesen war, brachte sie mir Osterspeisen. Und alle geweiht! Von einem hohen Diener Gottes! Salz, Eier, Osterbrot, Fleisch und Rettich. Daß mir die Sachen wegen ihrer heiligen Osterweihe nicht bekommen wären, könnte ich nicht sagen. Daß ich aber durch diese Speisen den katholischen Anschauungen etwas näher gekommen wäre, fand ich auch nicht. Und das wurde doch unzweifelhaft bezweckt. In dieser Sache hatte die Wärterin schon viel Mühe um mich verloren.

Wie oft schon hatte sie durch ihre weibliche Redekunst versucht, mich zu bekehren; wenn auch in unauffälligerweise. Schade! Es war umsonst!

Die Ostertage waren vorüber. Jetzt kam gar ein Kollege von mir ins Spital. Die Schwindsucht sollte er haben.

Verderbend führte ihn die Wärterin in mein Zimmer. Sie wollte erst ein anderes helfen, die Betten verrichten, ein Spucknapf herbeischaffen und was sonst noch notwendig war. Ich fragte ihn, wie lange er dachte, daß er im Spital bleiben würde. „Acht Tage," antwortete er, „länger mit auf keinen Fall!"

Daß er nur nicht ganz dableiben würde! Er sah gerade danach aus. Das Gesicht fahl, der ganze Körper stark gezeigt. Sein Zustand deuchte hoffnungslos. Die Wärterin rief ihn.

„Na, pfüat Gott derweil, Kolleg!"

Er schlich durch die Türe. Er sah aus, als wenn er der Tod selbst wäre.

Der Doktor hatte ihn untersucht. Daß das Leben meines Kollegen schwinden würde, glaubte er nicht. Er fand nichts Auffälliges.

Die ersten zwei Tage ließ der neue Patient sehr wenig von sich hören. Er hustete mal fünf Minuten, redete laut mit sich selbst, sonst störte er mich nicht. Ich konnte ja alles hören, sein Zimmer war neben dem meinen.

Der dritte Tag war da. Das Husten hörte nicht auf. Minuten konnte ich förmlich hören, wie es in seinem Innern pfiff. — Die Nacht kam heran. War das ein Gepfeife! Wie es dem Menschen mitspielte. Immer schlimmer wurde es. Mir verscheuchte es den Schlaf für die ganze Nacht.

Jetzt ward das Husten so stark, daß ich meinte, er müßte im Augenblick sterben. Es ward Zeit, daß ich die Wärterin herbeirief. Klingeln konnte ich nicht, denn eine Klingel war nach Meinung der Behörden überflüssig, also mußte ich stark auf den Fußboden klopfen.

Die Hanne hatte den Lärm schon vernommen. Ich hörte die hölzerne Treppe knarren. Gott sei dank, daß sie oben war. Bald danach kam sie zu mir. Sie meinte, wenn der ohne die heilige Wegzehrung stürbe, das könne sie nicht übersehen. Ihr Gewissen würde sie zu Tode peinigen. Und die Leute, was die sagen würden? „O, du himmlischer Vater, laß doch den armen Menschen nicht so sterben!"

Ohne Generalabsolution und die Sterbesakramente zu erhalten, das konnte doch der Herrgott nicht wollen. „Heiliger Antonius hilf, bitt' doch für die arme Seele!" Eine Messe wollte sie lesen lassen, wenn er noch die Sterbesakramente erhielt.

Sie stellte sich sofort zum Ausgehen an, um einen Herrn zu holen. Der Pfarrprovisor kam selbst. Kurz vor der siebenten Morgenstunde des neuen Tages. Zur Beichte.

Die Hanne war mir, daß ich ganz ruhig wäre, wegen der heiligen Handlung im Nebenzimmer. Es war eine lange Beichte! O, die war lang! Der hatte gewiß viel zu beichten! Nun, den Beichtvater störte es nicht, ob die Beichte lang war oder nicht. Er wollte ja absolvieren, war er doch dazu berufen! Die Hauptsache war, daß der Sterbende alles sagte und nichts verschwiege; denn das konnte nachteilige Folgen am jüngsten Gericht für ihn haben.

Endlich war er fertig! Jetzt wurde ihm leicht ums Herz!

Der Pfarrprovisor kam auch für einen Augenblick zu mir. [illegible] Nach der [illegible] wollte er wiederkommen, aber jetzt hätte er keine Zeit mehr. [illegible] Die Hanne konnte nicht einmal [illegible] Schuhmacher gehen. [illegible] hatte sie zu tun. Die weißen Tücher mit den [illegible], die guten Heiligenbilder, alles suchte sie hervor, die [illegible] an den heiligen Handlungen. Wie in der Kirche mußte es aussehen, wenn der Herr mit dem Allerheiligsten kommen würde.

Horch! Das müssen sie sein. Ich richtete mich im Bett auf und sah durch das Fenster. Jetzt sah ich sie deutlich. Der Mesner voran mit dem ewigen Licht, fortwährend klingelnd. Der Diener [illegible] Gemeinde.

Die Leute knieten auf der Straße vor dem Allerheiligsten nieder, welches der Diener des Herrn mit seinen Händen trug. Ministranten und etliche Frauen folgten dem Zuge. Dabei rutschten sie die Perlen an ihrem Rosenkranz ab und [illegible] an besonders weihevollen Stellen des Gebetes, „Gegrüßet seist du, Maria! Und der Herr ist mit dir, du bist gebenedeit unter den Weibern und gebenedeit ist die Frucht deines Leibes" —, und so ging es fort in einer Leier. Endlich waren sie da! Die Leute blieben vor der Haustüre stehen, beteten dort noch eine kleine Weile. Dann zerstreuten sie sich, den Fall eifrig besprechend.

Die heilige Handlung war vorüber. Der Sterbende hatte die Sterbesakramente ruhig entgegengenommen. Nun konnte er in Frieden dahin scheiden, seine Seele war gereinigt. Keine Sünde drückte ihn mehr — aber er starb nicht. Es vergingen einige Tage, er lebte immer noch, es wurde sogar besser mit ihm.

Die Hanne schämte sich, da hatte sie es wieder 'mal sehr eilig. Aber die Verantwortung war doch auch zu groß für sie gewesen. Der Doktor lachte. Das war so ein Spaß für ihn. Nein, auch gleich so zweifelig zu sein. Der Mesner hatte es ja auch gleich gesagt, der würde nicht sterben. Bloß einen starken Hustenanfall habe er gehabt und was sonst noch alles. Ja, das hat sich was mit so 'nem Hustenanfall, wenn der Mensch bald nicht mehr schnaufen kann. Wenn der Patient nun gestorben wäre ohne die heilige Wegzehrung. Nein, es war doch besser, er lebte nach dem Genuß der Sterbesakramente weiter, als daß er ohne sie gestorben wäre.

Aber wie, wenn er sein Wiederaufleben der letzten Oelung verdankte? Ohne Zweifel! Es wäre nicht das erste Mal, daß ein Mensch nach dem Genuß der letzten Oelung weiterlebt. Möglich!

Denn am neunten Tage verließ mein Kollege das Spital als geheilt. — — —

Mein Geburtstag war gekommen. Von der Aufschlägerswitwe erhielt ich eine Flasche Wein und Eßwaren als Geburtstagsgeschenk. Auch die Kundschaftsfamilie hatte mich nicht vergessen.

Am ersten Mai hatte der Pfarrprovisor die Stadt verlassen. Zuvor hatte er noch Abschied von mir genommen. Für mich hatte er manches Gute getan, obwohl ich ein Ungläubiger war.

Das Letzte, was der Pfarrprovisor vor seinem Weggange noch erleben mußte, war, daß eine Frau, die Viechmaurerswitwe [illegible], wegen religiösen Wahnsinns ins Irrenhaus nach Regensburg geschafft wurde. Der Berg hatte die Frau geplagt. Nicht einmal ruhig schlafen konnte sie des Nachts. Sie vermeinte überall Teufel zu sehen. Aus diesem Grunde mußte die Wenzel-Rese des Nachts bei ihr schlafen. Wenn sie auf den Friedhof ging, wagte sie sich nicht umzuschauen vor Angst. Sogar in der Kirche, wo doch der Herrgott allein seinen Wohnsitz hatte, sah sie die Teufel.

Die arme Frau! Wie hat sie allerdings auch ein paarmal frech ihren Segen Geld gegeben. —

Vierzehn Tage später konnte ich das Bett verlassen. Ueber fünfzehn Wochen befand ich mich nun schon im Krankenhaus. Die Gehversuche glückten mir auch. Anfangs mit Krücken, dann bekam ich Stöcke. Mit diesen ging es merklich besser. Der Doktor war voller Freude darüber.

Oefters ging ich in den nebenanliegenden Friedhof und besah mir die Gräber. Besonders die frischaufgeworfenen. Hatte ich doch so manches Leichenbegängnis von meinem Fenster aus gesehen. Die halbe Stadt war manchmal zugegen gewesen. Hauptsächlich bei Standespersonen. Sogar der neue Stadtpfarrer hatte schon eine Leiche gehabt. Den Herrn Schreindel, des Doktors Schwiegervater. Für den war es so besser gewesen; sonst hätte er seinen Bankrott noch erlebt. Er, der größte Gutsbesitzer der näheren Umgebung. — —

Neben dem Spital, im Armenhaus, wohnte eine Witwe mit ihrer geistig beschränkten Tochter. Die Gaullerin mit ihrer Liesl war es. Nur schade, daß die Liesl bereits siebenundvierzig Lenze auf ihrem breiten Buckel hatte und daß sie auf der linken Seite vollständig gelähmt war. Mit der hatte ich so manchen Spaß. Sah sie einen hergelaufenen Herrn in einer Equipage an sich vorbeifahren, so meinte sie immer: es wäre ein Prinz aus München. [illegible] sie die [illegible], so wurde sie furchtsam und schrie immer: „Mutta! Mutta!"

Die Liesl machte ihrer Mutter manche Beschwerden. Oft erhielt sie dafür Schläge. Die Alte behauptete allerdings auch, daß sie schon von ihrer Tochter geschlagen worden sei. Zuzutrauen war es der schon.

Mit der Liesl vergingen nun die Tage schnell. So kam der Fronleichnamstag heran. Vormittags war ich ein Stück Wegs in die Stadt gekommen, um mir die Prozession anzusehen. Es ging sehr feierlich bei dieser zu. Die Honoratioren waren beisammen, Geistlichkeit, kirchliche Vereine, nichts fehlte. So viel Menschen beieinander sah man die Stadt nur einmal im Jahr.

Als die Prozession zu Ende war, kehrte ich wieder zurück ins Spital.

Vor dem Mittag kam der Krankenhausverwalter. Was wollte denn der? Ich stand am Fensterl. „O, das ist wohl der Handwerksbursch," fragt er die Wärterin. Er erkundigte sich, wie es mit meinem Fuß stünde. Wenn ich so gehen könnte, müßte ich das Spital verlassen, auch wenn der Fuß noch nicht geheilt wäre.

Da half kein Protest. Nur schade, daß der Arzt nicht da war, der hätte mich nicht fortgeschickt. So mußte ich den anderen Tag hinaus. Nach Hause aber wollte ich sonst nicht. Ich fragte, wer die Reise bezahle. Geld hätte ich ja, aber zur Fahrt würde es nicht reichen.

„Na, da sollen Sie eben das Geld haben, aber mehr nicht, als [illegible]

[illegible] welcher die zahlreichen freien Stunden gewesen, welche mir [illegible] verschönerten.

Gleich nach dem Mittag kam der Schuster-Mich. Ein Paar Filzschuhe brachte er mit. Ich sollte mir ein Paar passende auswählen. Eine kleine Änderung mußte daran noch vorgenommen werden, dann waren sie fertig zum Gebrauch.

Nun hieß es an das Zusammenpacken gehen. Es sollte schon den anderen Morgen mit der Post fortgehen.

Nachmittags erschien der Doktor. Wäre er am Morgen da gewesen, meinte er, so hätte er seine Einwilligung zu meiner Entlassung nicht gegeben. Es war ohne sein Wissen gehandelt worden. Herzlich nahm ich von ihm Abschied, verdankte ich ihm doch so viel. Er war eben ein Arzt, der seine Patienten richtig zu behandeln wußte. Seiner werde ich immer gedenken.

Gegen Abend ging ich noch in die Stadt, um von der Verwandtschaft des Arztes Abschied zu nehmen. Der Kaufherr und seine Frau waren nicht zu Hause, dafür traf ich aber die anderen an. Es freuten sich sehr über meinen Besuch. Sollte ich sie doch längst einmal besuchen.

Ich mußte essen und trinken. Danach verabschiedete ich mich, nachdem sie mir noch eine Unterstützung für die Reise gegeben hatten.

Lange war ich noch nicht ins Spital zurückgekehrt, als die Frau Lenz in Begleitung der Forstwart-Resie kam. Beide wollten von mir Abschied nehmen. Auch hier fiel dieser sehr gut [illegible] aus. —

Endlich war der für mich so abwechslungsreiche Tag zu Ende. Die letzte Nacht im Spital. Und dann? Dann würde es der Heimat entgegen gehen.

Am anderen Morgen war ich sehr zeitig munter. Nachdem ich mich gewaschen und angekleidet hatte, wartete ich, bis die Hanne mit dem Frühstück kam. Mir dauerte es schon zu lange. Ich wurde unruhig! Endlich!

So schnell es meine Beine erlaubten, verließ ich das Krankenzimmer und stieg die Treppe hinunter. Zuvor sah ich mich noch mal in dem Zimmer um. Das letzte Mal! Jeden Winkel musterte ich noch. Das Kruzifix über meinem nun verlassenen Bett. Die Heiligenbilder an der Wand. Es war mir ja alles so bekannt. Was mochten diese Bilder schon für Elend gesehen haben?

Unten angelangt, mußte ich sofort richtig frühstücken. Es war auch das letzte Frühstück im Spital.

Bis dreiviertel acht konnten wir uns noch unterhalten. Dann würde die Postkutsche kommen. — Dies und jenes besprachen wir noch. Wie die Zeit verflossen war! Achtzehn Wochen! Kaum zu glauben war es. Und doch war es Tatsache. Vieles hatte ich kennen gelernt in dieser Zeit. Mancherlei Menschencharaktere habe ich studieren können. Und dann nicht zu vergessen die Wohltaten an mir. —

Da wurde mein Gedankengang abgebrochen. Die Post kam angefahren. Der Postwagen hielt vor der Tür. Noch ein flüchtiges Abschiednehmen von der Hanne, dann stieg ich ein. Die Gaullerin und die Liesl, letztere gleichfalls Bewohnerin des Armenhauses, ließen es sich ebenfalls nicht nehmen, mir ein letztes Mal die Hand zu reichen. Die Liesl hatte meine Abfahrt verpaßt. — Schade!

Die Pferde setzten sich in Bewegung. Noch ein Winken, dann hatte ich das Spital aus meinen Augen verloren.

Sobald wir die Stadt hinter uns hatten, ging es im Trabe auf der Landstraße entlang der fernen Heimat entgegen . . .

Umschau

Gesundheitspflege

Das Rauchen der holländischen Schulkinder. [illegible]

Völkerkunde

[illegible] in der Tasche. [illegible]